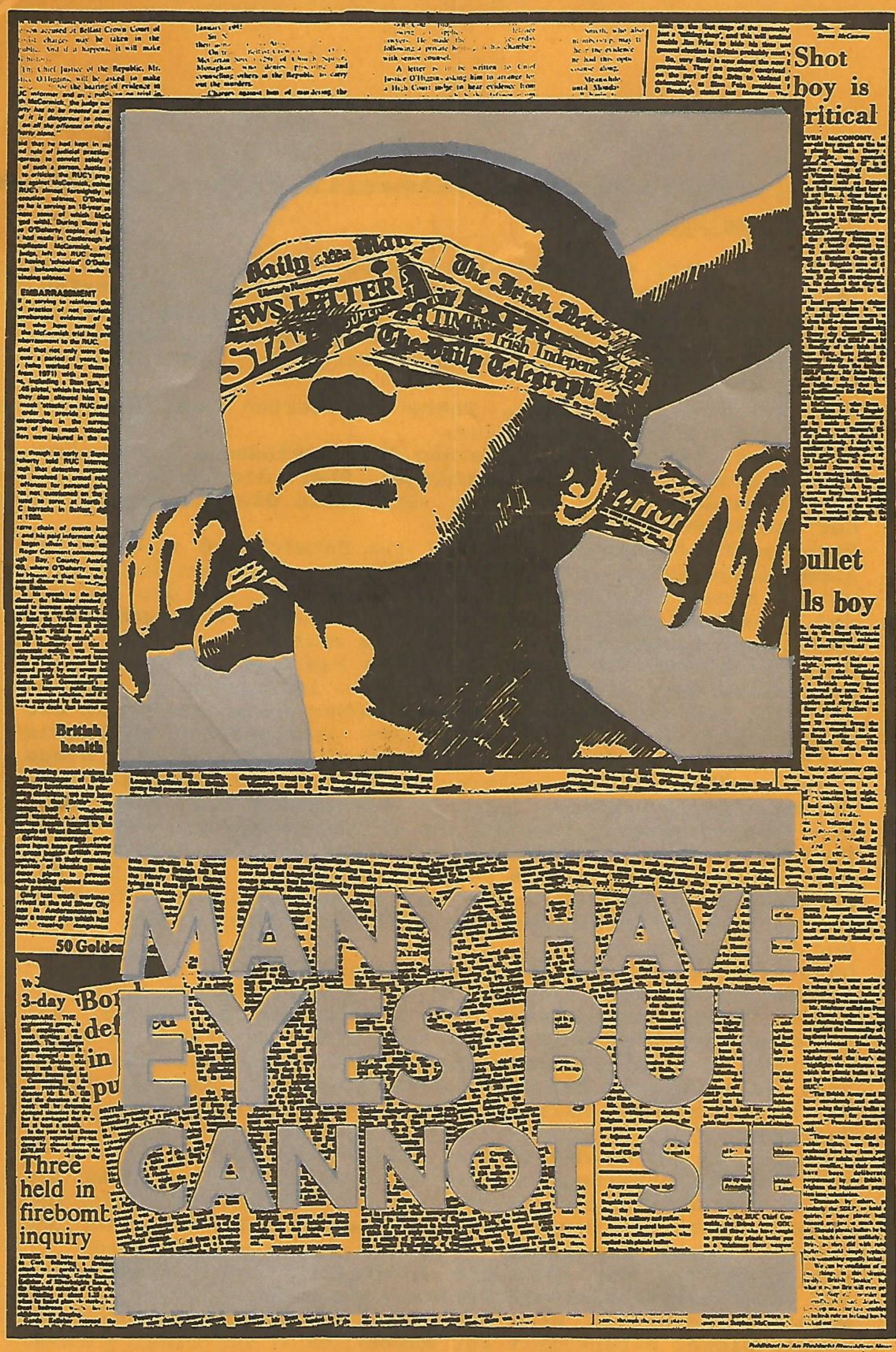
DE KNIPSELKRANT



GUERRILLA STRIJD, SMERIS, IMPERIALISME, FASCISME, COUNTER INSURGENCY...

Resistance
DE KNIPSELKRANT
Documents and Analysis ... the Illegal Front

****

Zum Knipselkrant

De Knipselkrant erscheint seit August 1978, jetzt ca. 35 mal im Jahr. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch (hauptsächlich), holländisch und englisch. Themen: Bewaffneter Kampf und Widerstand in Westeuropa, Antimilitarismus, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Wir benutzen Erklärungen, Texte und werten weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus.
Unser Ziel ist die Verbreiterung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.
Unzensierte Zeitungen sind für die Entwicklung unserer Zusammenhänge enorm wichtig. International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antiimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.
Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozess mit der Praxis. Noch vor wenigen Jahren gab es Dutzende linker Zeitungen. Die Repression hat diese Zahl bis auf wenige dezimiert. Doch es ist in erster Linie keine Frage der Zahl, sondern der Stärke der Strukturen.
Dazu brauchen wir vor allem auch eure Hilfe: schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als garnicht. Wir verstehen de Knipselkrant als Teil unserer gemeinsamen Kommunikationsstruktur. Schnelle und präzise Informationen stärken die Kraft des Widerstandes - helft uns dabei: es ist unsere gemeinsame Zeitung.
Abonnement: 180 Gulden im Jahr inkl. Porto
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).
Buchläden: erhalten 30 % Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim)

****

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

kommunikee

BERLIN 15.3.87

HOCH-TIEF IST GRÖSSTES BAUUNTERNEHMEN BEIM WAA-BAU IN WACKERSDORF. DER HOCHTIEF KONZERN IST WEITVERZWEIGT, DADURCH AUCH GUT ANGREIFBAR. EINE SEINER TOCHTERFIRMEN, DIE DIETER HAFEMEISTER ERDBAU GMBH (ZU 100% IN HOCHTIEFBESITZ) HABEN WIR HEUTE NACHT ERNEUT HEIMGESUCHT. AUF DEM GELÄNDE DER BAUSCHUTTVERWERTUNGSANLAGE AM SCHÖNEBERGER PRIESTERWEG HABEN WIR MEHRERE BAUFAHRZEUGE, DARUNTER EINEN GROSSEN SCHAUFFELBAGGER, MIT BRANDSÄTZEN ZERSTÖRT.

HOCH DIE VERLUSTE -
TIEF DIE GEWINNE !

HÄNDE WEG VOM WAA-PROJEKT IN WACKERSDORF !

AUTONOME ZELLE ERNA SIELKA

AN DIESER STELLE, DA DARÜBER EINE NACHRICHTENSPERRE VERHÄNGT WURDE, ... DER HINWEIS: AM 7.3. HABEN REVOLUTIONÄRE ZELLEN AM BERLINER KUDAMM IN DER NIEDERLASSUNG DER WAA-BAUFIRMA HEITKAMP SCHWEREN SACHSCHADEN MITTELS BRANDBOMBE ANGERICHTET. WIR FINDEN ES GUT UND WICHTIG, WENN HIER IN WESTBERLIN MEHRERE GRUPPEN EINE MILITANTE KONTINUITÄT IN SACHEN WAA BRINGEN UND NICHT DIE ZEIT MIT OHNMÄCHTIGEM SCHWÄTZEN VERBRINGEN.

ATOMSCHWEINE INS WELTALL

AZ

17. MÄRZ 1987 DER TAGESSPIEGEL

Mehr als 700 000 DM Sachschaden bei erneutem Brandanschlag auf Baufirma

Zweites Mal in sechs Monaten — Schreiben der „Autonomen Zellen"

Auf die Baufirma Hafemeister wurde zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres ein Brandanschlag verübt. Dabei entstand nach Auskunft eines Firmensprechers in der Nacht zum Sonntag ein Sachschaden von mehr als 700 000 DM. Eine Reparaturhalle, insgesamt vier Wohn- und Werkstattcontainer sowie zwei Baufahrzeuge wurden völlig zerstört. In zwei auf dem betroffenen Firmengelände am Schöneberger Matthäifriedhofsweg gefundenen Schreiben bezichtigten sich „Autonome Zellen" der Tat.

Bereits im vergangenen Oktober waren neun Lastwagen derselben Baufirma an der Kreuzberger Flottwellstraße durch ein Feuer zum Teil schwer beschädigt worden. Damals entstand laut Hafemeister ein Schaden von über 350 000 DM. In einem Flugblatt hatte seinerzeit eine „Autonome Zelle Alois Sonnleitner" erklärt, den Anschlag aus Protest gegen die Beteiligung der Firma beim Bau der atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf verübt zu haben.

Ähnlich lautet auch der Inhalt der Selbstbezichtigungsschreiben vom Sonntag, die jedoch von einer „Autonomen Zelle Erna Sielka" unterzeichnet sind. Von der Firma Hafemeister hieß es dazu, man sei selbst nicht in Wackersdorf tätig, wohl aber die Muttergesellschaft Hochtief. Auf einen Lagerplatz von Hochtief in Spandau war im Frühjahr 1986 ein Brandanschlag verübt worden, bei dem ein Sachschaden von etwa 200 000 DM entstanden sein soll.

Der stellvertretende Leiter des polizeilichen

WAR NEWS

Staatschutzes, ~~Mete~~, sagte gestern, es sei noch völlig unklar, wer sich hinter der Bezeichnung „Autonome Zellen" verberge. Auffällig sei, daß sie oft den Namen einer Person benutzten, um den Bezug zum Motiv des Anschlags herzustellen. Der 38jährige Alois Sonnleitner war am Ostermontag letzten Jahres im Verlauf eines CS-Reizgaseinsatzes am Bauzaun der WAA gestorben. Die 61 Jahre alte Erna Sielka hatte bei einer polizeilichen Absperrung in Wackersdorf einen tödlichen Herzinfarkt erlitten.

Für den Anschlag vom Wochenende wurden nach Polizeiangaben sogenannte Molotowcocktails mit einem Benzin-Dieselkraftstoff-Gemisch verwendet. Bemerkt wurde das Feuer von Anwohnern. Nach Auskunft des Unternehmens war der Platz bislang unbewacht, soll aber von jetzt an ständig beaufsichtigt werden. Eine Polizeistreife in jeder Stunde habe offensichtlich nicht ausgereicht.

Zusammenhang mit anderer Tat

Offenbar gibt es auch zwischen der Tat vom Wochenende und einem Brand im Büro der Baufirma Heitkamp am Kurfürstendamm einen Zusammenhang. Dort war, wie berichtet, am 7. März zweimal innerhalb weniger Stunden ein Feuer ausgebrochen und hatte erheblichen Sachschaden angerichtet. Erst fünf Tage später ging laut Staatsschutz ein Selbstbezichtigungsschreiben der „Revolutionären Zellen" ein, in dem ebenfalls wieder ein Bezug zum Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und dem Engagement der Firma hergestellt wurde.

ZUR RADIKAL — Hamburg, 12.3.87

Wir wollen hier nicht nochmal aufwärmen, daß mit den Beschlagnahmeaktionen der letzten Monate und den neuen Kontrollgesetzen unsere Kommunikationsstrukturen angegriffen werden sollen, das ist wohl jedem klar. Uns geht es darum, neue Möglichkeiten zu finden, unsere Strukturen trotz verschärfter Bedingungen aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Deswegen haben wir uns nach der Beschlagnahmeaktion gegen die Radikal 132 entschlossen, dem praktisch etwas entgegenzusetzen und die Radikal öffentlich in Hamburg zu verkaufen.

Zuerst einmal haben wir sie, natürlich unter entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen, vervielfältigt . Dann haben wir uns zwei Kneipen ausgeguckt, die wir für geeignet hielten. Die eine mehr eine Szenekneipe, die andere eine mit linksliberalem, intellektuellem Publikum. Die Aktion lief dann so ab, daß einige Leute von uns vermummt und verkleidet in die Kneipe rein sind. Eine hat dann kurz gesagt, worum es geht, parallel dazu wurden Flugblätter verteilt, mit denen die Aktion vermittelt wurde. Dann wurden die Radikals verkauft, das Ganze dauerte nicht mal fünf Minuten.
Die Reaktion in den Kneipen war unterschiedlich: In der 1. war sie total positiv, allgemeine Zustimmung, reissender Absatz, sich entwickelnde Diskussionen im Publikum. In der 2. größtenteils Unverständnis, offen zur Schau gestelltes Desinteresse, hysterische Reaktionen auf die Vermummung und sogar Debatten über den Preis.

Außerdem hatten wir uns überlegt, die gleiche Aktion auf einer Veranstaltung zu den neuen Kontrollgesetzen an der Uni durchzuführen. Da uns klar war, daß auf der Veranstaltung mit Sicherheit Zivis anwesend sein würden, war uns einerseits etwas mulmig zumute, andererseits fanden wir es total richtig, eine reine Diskussionsveranstaltung durch die inhaltlich passende praktische Aktion zu ergänzen. Die Aktion lief dann völlig gut, tosender Beifall, die Zeitungen wurden uns aus den Händen gerissen, Leute haben uns einfach so Kohle in die Hand gedrückt. Das einzig Dumme war, daß wir viel zu wenig Exemplare dabei hatten.

Die Entscheidung, gerade die Radikal zu verkaufen, haben wir getroffen, weil die Radikal für uns sowohl wegen der inhaltlichen Auseinandersetzung um militante Politik als auch wegen der Vermittlung praktischer Erfahrungen wichtig ist.
Unsere Perspektive ist es, Strukturen aufzubauen, kriminalisierte Schriften, und dabei geht es nicht nur um die Radikal, einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
Darunter verstehen wir auch, daß solche Strukturen wie Infoläden, die relativ leicht angreifbar sind, durch Initiativen von uns entlastet werden. Für uns ist dabei wichtig, die eigene Konsumhaltung zu durchbrechen und uns verantwortlich um unsere Kommunikationsstrukturen zu kümmern.

radikal lesen

radikal leben

"WIR SAGEN, DASS DIE DIALEKTIK REVOLUTIONÄRER KÄMPFE GEWICHTIGER IST ALS DIE IMPERIALISTISCHE DOKTRIN DER HARTEN HALTUNG"
(Hungerstreikerkl. der Gef. aus der RAF, Dez. 81)

ZUR VERSCHLEPPUNG VON DREI GENOSS-INN-EN ZUM VERHÖR

am 3.3.'87 wurden 3 genoss-inn-en aus Detmold zur richterlichen vernehmung zum OLG Düsseldorf verschleppt. wir wollen jetzt zum ziel dieser verschleppung was sagen, was wir daran rausgefunden haben.

zur vorgeschichte:
am 18.10.'85 fand hier eine veranstaltung aus dem antiimperialistischen widerstand statt, bestimmt als teil der diskussion für die entwicklung des antiimperialistischen widerstands, zu '77, dem kampf für die ZL, freilassung von Günter Sonnenberg, den damals anstehenden prozessen gegen gefangene aus der RAF und dem Widerstand und zum da bevorstehenden kongreß "antiimperialistischer und antikapitalistischer widerstand in westeuropa".

die reaktion des staatsschutzes waren breit angelegte hausdurchsuchungen, ermittlungsverfahren wegen "werben für die Rote Armee Fraktion" gegen 4 leute.

diese illegalisierung der diskussion bedeutete einen vorgriff auf das militärische verhindern der veranstaltung in München. weiter sehen wir darin eine parallele zu den anklagen gegen die kaiserslauterner genoss-inn-en, wo genau wie hier eine kleine szene mit einer massiven staatsschutzreaktion konfrontiert ist mit dem ziel, den revolutionären widerstand wenigstens in einer stadt völlig auszuschalten.

da sie dieses ziel hier nicht erreicht haben, eskalieren die schweine die situation über vorladungen zum verhör beim ermittlungsrichter des OLG's Düsseldorf, zu dem 2 genoss-inn-en von den 4en nicht erschienen. zu dem termin am 10.2.'87 wurden an die 2 und weitere 2 offiziell in das verfahren aufgenommene eine weitere ultimative ladung verschickt; die beiden und ein weiterer erschienen wieder nicht.

wir haben das so diskutiert, daß es jeder bestimmung revolutionärer vorstellung zuwiderläuft, sich zum objekt eines staatsschutzsenates zu machen: zu genau kennen wir seine aktive rolle in dem liquidierungsprojekt gegen unsere gefangenen genossen und genossinnen, seine funktion als justizielle speerspitze der aufstandsbekämpfungsmaschine gegen den revolutionären widerstand und aktuell seine ausweitung gegen breite teile der verschiedenen bewegungen. wichtig war in diesen diskussionen, daß wir unsere überlegungen und handlungen nicht von den bedingungen des systems bestimmen lassen, sondern daß wir sie am eigenen ziel und an unseren vorstellungen von befreiung orientieren wollen. das heißt dann erstmal: der kampf um den eigenen kopf, wobei wir die erfahrung gemacht haben, daß es geht, daß du dich als kämpfender mensch durchsetzt, wenn du deine eigenen vorstellungen ernstnimmst, konkretisierst, was du willst und das auch anpackst. daß dann kein platz mehr übrig ist für übermachtsprojektionen des staates und kapitalistischen kosten-nutzen-rechnungen ("was springt denn für dich dabei heraus, wenn du nicht hingehst und dir noch blaue flecken dabei holst").

am 3.3.'87 dann stürmte der staatsschutz die 2 wohnungen der 3 genoss-inn-en, um sie gefangenzunehmen und nach Düsseldorf zu verschleppen. die wesentlichen punkte in der verschleppung waren:

- die trennung voneinander, sodaß ungewiß blieb, was mit dem/den anderen ist; die unterschiedliche behandlung (einer in einem zivilen PKW, die anderen beiden im gefangenentransporter), verunsicherungs- und spaltungsversuche, die an dem vertrauen, das wir unter uns entwickelt haben, abprallen.
- die permanente fesselung während der 5 stunden dauer (die anschließend vom richter legitimiert wurde), teilweise mit rußfesseln und immer wieder das verengern der handschellen;
- die gezielte unterkühlung während der ganzen zeit;
- die mehrfachen verladungen nach der gefangennahme, zusammen mit dem -für die genoss-inn-en bestimmten- spruch: "da und da auf freiem feld machen wir dann die verladung, da werden wir uns noch ein bißchen kugeln." das ist die parallele zu der drohung gegen gefangene aus der Guerilla, wo beim transport die hubschrauber ohne zwingenden technischen grund zwischenlandeten und ihnen gesagt wurde: wenn sie fliehen, werden sie erschossen; die parallele zum transport von Chris -gefangener aus dem widerstand- der während des transportes im zivilen PKW mit vorgehaltener knarre bedroht wurde.

als wir nach der verschleppung darüber geredet haben, erzählten zwei das so, daß sie völlig überrascht waren, nachdem die bullen die tür aufgebrochen hatten, weil die sich dann äußerlich korrekt, höflich verhielten, viel quasselten, und sie dann nur noch an dem überlegt haben,

warum die sich so verhalten, und nicht mehr, was die situation überhaupt ist - und so passivität entstand. überwunden wurde das darüber, daß sie sich gegen die bedingungen den raum geschaffen haben, wo sie daran überlegen und daraus die nächsten schritte bestimmen konnten, sich selbst wieder zum subjekt des ganzen machten. darüber ist uns nochmal klar geworden, daß wir uns in jeder situation darum kämpfen müssen, die initiative zu behalten.

durch den schritt, den ladungen nicht zu folgen, sich der staatsschutzgewalt nicht zu beugen, ist ein politisch-militärisches konterrevolutionäres projekt offen geworden: seit dem 3.3. wissen wir, daß die ladungen von anfang an als projekt zur durchsetzung und verrechtlichung von folter abgelegt war. es waren formal "ladungen als beschuldigte", wo klar war, es laufen keine aussagen und so konnte es nur um die gewaltsame durchsetzung des transportes gehen.

es geht ihnen darum, jede-n, die sich als teil der entwicklung zur revolutionären front in westeuropa begreift, bzw. sich nicht deutlich genug von den kämpfen distanziert mit der drohung und anwendung von folter zu konfrontieren: friß vogel oder stirb. das ziel - zerschlagung des revolutionären widerstands über die vernichtung der identität der um befreiung kämpfenden menschen.

die verrechtlichung darin ist der letzte zipfel eines scheins der legitimität und gleichzeitig die institutionalisierung der systematischen, breit angelegten anwendung. ED als folter und folter bei gefangennahme von militanten ist nichts neues. jetzt geht es um die institutionalisierung, darum, vorwände für die verschleppung von menschen aus den widerstand zu schaffen, für unkontrollierbarkeit -z.b. die ladungen oder auch die mehrfachen verschleppungen von Chris und Luiti, gefangene aus dem widerstand, zur ED-folter- sich die freie verfügungsgewalt über die zu verschaffen, an die sie rankommen.

uns ist wichtig, daß jede-r versteht, daß die eskalation gegen die revolutionäre bewegung und den gesamten widerstand reaktion auf die kämpfe hier und weltweit ist. sie sind gezwungen, ihre faschistische fresse immer mehr zu entblößen, weil ihre alten counterstrategien an der entwicklung der kämpfe gebrochen sind. weder hat ihre 'imunisierung der gesellschaft" (Brandt) gegen revolutionäre ziele und vorstellungen wirkung gezeigt, noch die beabsichtigte 'enthauptung der guerilla', durch die physische liquidierung der gefangenen. im gegenteil. neben der kontinuität der Guerilla hat der Widerstand mit der entwicklung zur revolutionären front hin einen qualitativen schritt gemacht. weg vom widerstand gegen einzelne ausdrücke des imperialistischen systems - hin zur revolutionären bewegung, die gemeinsam mit der Guerilla und den gefangenen kollektiv und selbstbestimmt für die befreiung der menschen, für die klassenlose gesellschaft kämpft. mit dieser vorstellung von zusammenkämpfen ist eine neue phase eingeleitet worden, deren praktischer ausdruck seit dem letzten hungerstreik über die sommeroffensive '85 und bis jetzt seit dem angriff auf Brana begreifbar und orientierung ist. darein gehören auch all die politisch/praktischen initiativen, die am selben ziel orientiert sind: die aktionen in der Kiefern- und der Hafenstraße, die organisierung der diskussion, veranstaltungen mit palästinensischen genossen, initiativen für die zusammenlegung der gefangene aus RAF und Widerstand. die demos, die wir mit den kurdischen genoss-inn-en zusammengemacht haben und zuletzt mit den palästinensern in Frankfurt. das gemeinsame darin ist: in diesen krieg zwischen imperialismus und befreiung eingreifen zu wollen, mit dem, was wir uns bisher an vorstellung von befreiung erkämpft haben, was wir über den gemeinsamen kampf erweitern und vertiefen -für die einheit der revolutionäre bis zum sieg.

auch in dem ganzen vielfältigen spektrum des widerstands ist die tendenz sichtbar geworden, alte trennungen zu überwinden und statt sich gegenseitig ideologische knüppel zwischen die beine zu werfen, nach gemeinsamkeiten zu gucken.

auch da greifen die alten spaltungsstrategien nicht mehr -auch wenn sich Lochte noch und nöcher dafür ins zeug legt- vom staatsschutz lassen sich die verschiedenen teile des widerstandes nicht mehr gegeneinander ausspielen. deshalb die brutalität gegen die ganze breite, weil sie politisch nichts dagegen setzen können, nur noch versuchen können, über den einsatz ihrer militärischen macht einzelne vom widerstand abzuschlagen und sie zu zwingen, sich auf die seite des staates stellen.

wir sehen einen zusammenhang zwischen den versuchen zur verrechtlichung von folter, das zielen auf die ganze breite und die wieder aufgenommene, staatliche kronzeugendiskussion. wir denken, daß 'der kronzeuge' weniger gegen die gefangenen aus der Guerilla konzipiert wird, dafür sprechen auch die ganzen kommentare, die die erfolgslosigkeit solchen vorgehens vorhersagen. vielmehr geht es um die vorbereitung eines instruments gegen den gesamten widerstand, um sich die grundlage für verurteilungen zu schaffen, weil sie sonst nichts haben und ihre konstrukte immer fadenscheiniger werden.

nur: wer macht sich denn von sich aus zum instrument des staatsschutz'? das will doch keiner. auch die erhöhten kopfgelder von sie-

mens und bayerwerke konnten niemanden aus dem widerstand einkaufen.

genau deswegen brauchen sie die folter -praktisch und als drohung gegen jede-n- um einzelne gegen den ganzen prozeß zu drehen. denken wir an Italien: anfang der 80er, massenverhaftungen, "reuegesetz" und die ersten berichte über systematische blutige folter. das soll jetzt kein schreckgespenst an die wand malen, sondern den zusammenhang nochmal deutlich machen: daß das eine ohne das andere nicht läuft. und weil wir uns damit auseinandersetzen müssen, damit uns die entwicklung nicht überrollt.

ein gedanke ist uns dabei noch durch den kopf gegangen: daß offene folter in zunehmenden maße da eingesetzt wird, wo die drohung knast allein nicht mehr schreckt. z.b. El Salvador, wo die doppelmacht sich im gefängnis durch die komitees von gefangenen (COPPES) mit verschiedenen aufgaben ausdrückt. die gefangenen so zusammen weiter für die revolution arbeiten und voneinander lernen. und daß sich hier die ZL-forderung politisch durchgesetzt hat und der kern -selbstbestimmung und kollektivität- selbst unter den bedingungen des gefängnisses weiterhin konkretes ziel und perspektive für uns ist, auch wenn wir gefangengenommen werden. das fürchten sie natürlich: daß sich innerhalb des am stärksten staatlich kontrollierten sektors ein beispiel revolutionärer gegenmacht entwickelt. und gegen die faszination dieser vorstellung besitzen sie nichts - außer dem instrument der folter.

wichtig sind uns dabei die erfahrungen, die die kämpfenden menschen auf allen kontinenten zu jeder zeit mit folter gemacht haben, die sie aufgeschrieben haben, damit wir davon lernen. daß du über die maschine siegen kannst, weil der kampf in dir lebt, die verbundenheit sich nicht über die räumliche trennung löst, weil das vertrauen in dich selbst da ist und in die kämpfenden genossen und genossinnen überall in der welt, weil das wort revolution untrennbar ist von dem wort hoffnung.

die eskalation in der auseinandersetzung hier ist nur zu begreifen aus dem realen kräfteverhältnis, das geschaffen wird aus dem weltweiten krieg zwischen imperialismus und befreiung, dessen schärfe sich auch in den imperialistischen zentren selbst ausdrückt.

unser internationalistisches bewußtsein ist noch jung.

aus unseren diskussionen um die bestimmung unseres kampfes, die erfahrungen damit und die dabei aufgeworfenen fragen hat sich unser bedürfnis entwickelt, über andere kämpfe mehr zu erfahren, darüber brach auch die entfremdete, betrachtende haltung des metropolenmenschen. wesentlich ist dadrin, zu kapieren, daß die menschen auch woanders nicht kämpfen, weil die unterdrückung besonders grausam ist, sondern weil sie mit einem genauen begriff vom imperialistischen feind eine ganz klare vorstellung vom ziel haben und sich in der organisierung des kampfes die strukturen schaffen, in denen sie ihre vorstellungen von befreiung konkretisieren. dafür stehen z.b. die volkskommitees in den palästinensischen lagern, die organisierung der revolutionäre in den gefängnissen wie COPPES. aus diesen gemeinsamkeiten entwikkelt sich unsere subjektive nähe zu den kämpfen weltweit, die darüberhinaus eine unerschöpfliche quelle revolutionären reichtums darstellen, aus der wir ständig lernen und kraft schöpfen und die von den eigenen erfahrungen im kampf immer wieder gespeist wird.

darüber und daß die kämpfe in den verschiedenen regionen sich immer mehr zu einer front gegen den imperialismus zusammenschieben, hat jeder erfolg und jede niederlage einer revolutionären wirkung auf die anderen. das niveau des internationalen klassenkriegs drückt sich an allen abschnitten aus.

auch hier in den zentren, wo sie ihre ganze militärische und ökonomische macht zusammenballen für den krieg gegen die menschen, den ihre strategen von hier aus planen, vorbereiten und durchführen. sie wissen um die empfindlichkeit ihrer hochgezüchteten kriegsmaschine hier und daß nur wir sie außer funktion setzen können. deshalb auch hier die schärfe der konterrevolutionären maßnahmen gegen den gesamten widerstand, der hier ihre projekte behindert, und gegen die ansätze der revolutionären bewegung, deren angriffe sie schon jetzt ins mark treffen.

in ihrem formierungsprozeß konnten die imperialisten bisher weder ihre tiefe strukturelle krise lösen, noch sich die fähigkeit schaffen, den krieg an allen fronten gleichzeitig zu führen, um den weltweiten revolutionären prozeß einfürallemal zu liquidieren. deshalb versuchen sie -hier wie dort verkleidet in 'bekämpfung des internationalen terrorismus'- über contrakriege, geheimdienstaktionen usw. die kämpfe einzudämmen.

dazu kommt, daß in der umstrukturierung des gesamten gesellschaftlichen lebens, die sie für ihre formierung brauchen, immer neue widersprüche aufgerissen werden. einen vorgeschmack davon vermittelten z.b. die spontanen massenkämpfe der schüler und studenten in Frankreich, die in kürzester zeit eine schärfe entwickelten, die die französische regierung zwang, die stets proklamierte harte haltung aufzugeben und einen teil ihres umstrukturierungsprojekts zurückzunehmen. diese widersprüche werden überall in westeuropa auftreten

und verstärkt, weil kein bereich des menschlichen lebens von der umstrukturierung ausgenommen bleiben soll.

ob sich die verschiedenen kämpfe zu einer kraft zusammenschieben, die das ganze hier kippen kann, hängt von der stärke und anziehungskraft der revolutionären bewegung ab.

für uns bedeutet das, daß wir die konkreten schritte für die vertiefung der revolutionären front so bestimmen wollen, daß in dem, wofür und wie wir kämpfen, immer greifbarer wird, daß befreiung nicht fernes ziel ist, sondern sich bereits im kampf darum ausdrückt - und nur da. wo wir uns den raum schaffen, in dem wir unsere menschlichkeit konkretisieren in bestimmten, bewußten beziehungen zu den anderen kämpfenden menschen und wo die schöpferischen/produktiven fähigkeiten jedes einzelnen für den gemeinsamen angriff mobilisiert werden.

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS GUERILLA UND WIDERSTAND !
SOFORTIGE FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG !
DIE REVOLUTIONÄRE FRONT IN WESTEUROPA ALS TEIL IM INTERNATIONALEN KLASSENKRIEG ORGANISIEREN !

aus dem antiimperialistischen widerstand

LESERBRIEF AN DIE TAZ

DIE FRAGE DER MENSCHENRECHTE MUSS REVOLUTIONÄR BEANTWORTET WERDEN

vor ca. einem monat wurde ich gefragt, ob ich etwas dagegen hätte, wenn zu barbara, volker und mir ein artikel in der taz erscheinen würde. nach kurzem überlegen stimmte ich zu.

jetzt erschien in der taz ein artikel ausschließlich zu mir, barbara tauchte nur am rande auf und von volker stand überhaupt nichts drin. von diesem artikel will ich mich distanzieren, da mir das um das zusammenkämpfen mit meinen genoss-inn-en aus der raf geht und nicht um eine einzeldarstellung meiner person. außerdem bringt dieser artikel fast ausschließlich horror rüber, warum ich z.b. mit barbara zusammen hofgang wollte, ersoheint nicht. die inhalte der revolutionären politik der raf fallen raus.

als barbara am 17.10. nach hh kam, war ich voller freude endlich mit einem menschen reden zu können, der ganz bewußt für unsere befreiung (befreiung von den herrschenden imperialistischen strukturen, in denen wir menschen unmündig gemacht und vereinzelt werden sollen. der staat uns über kontrolle und die fürsorge beherrschen will.) kämpft. sie sich ja im internationalen zusammenhang mit den antiimperialistischen/kommunistischen befreiungskampf begreift. wir beide nahmen jede situation, die sich uns bot wahr, um miteinander reden zu können. und wenn das abends zehn minuten waren, in denen wir uns gegenseitig für uns wichtiges zubrüllten (da wir 6 zellen voneinander entfernt hockten). aber allein diese zehn minuten wogen alle haftverschärfungen auf.

dann stellten wir den antrag für gemeinsamen hofgang. für mich als nächstliegenden schritt für die zusammenlegung mit unseren genossinnen in hl in interaktionsfähige gruppen. als dann die hafenstraßendemo war, solidarisierten sich unsere genoss-inn-en mit uns -und allen politischen gefangenen- und vor dem knast fand eine kundgebung für uns statt. in dieser wurde auch die zusammenlegung aller gefangenen aus raf, widerstand und kämpfender gefangenen gefordert.

anfang des jahres kam volker nach hh. auch wenn wir nicht im gleichen knast hockten, war das trotzdem ein gutes gefühl, daß er da war.

da den schweinen wohl die minimale auseinandersetzung zwischen barbara und mit zu viel war, wurde ich nach vechta verschleppt. auch wenn das für mich hart war, träumte ich doch auf dem transport davon, wie das sein wird, wenn wir -alle menschen, die für die revolution kämpfen- zusammenkommen, bzw. wie das sein wird, wenn wir befreit sind und dann zusammenkommen werden.

zwar trennten uns die schweine räumlich, aber inhaltlich konnten sie mich nicht von meinen genoss-inn-en trennen.

für die zusammenlegung aller gefangenen revolutionäre!

vechta, den 13.märz 87
elisabeth meerman

A.I.D.S. oder Ausländer In Deutschland Sterben

aus: Gemeinsame Beilage Nr.1 4.Jrg.
13. März 1987

1.

In einer „Sachverständigenrunde" im westdeutschen Fernsehen wurde von einem ebensolchen vor ein paar Wochen geäußert, daß AIDS in naher Zukunft mehr Opfer fordern werde als der 2. Weltkrieg.

TV-Spot der „Patrioten für Deutschland" vor der Bundestagswahl: Die Führerin dieser US-amerikanischen Organisation, Helga-Zepp La Rouche, hinter einem Schreibtisch. Einziges Thema: AIDS. Hinter ihr – übermäßig groß – das Emblem ihrer Organisation mit der Forderung: Meldepflicht für AIDS. Sie selbst ist gestylt nach dem Muster von BDM-Mädels. Nachdem sie ausreichend die Gefahr von AIDS für die europäische Zivilisation beschrieben hat, erscheint hinter ihr eine Weltkarte. Darauf ist Afrika schwarz, der Rest der Welt weiß. Schwarz steht für: Ursprungsland des Virus. Vollständig infiziert.

Der bayerische Staatssekretär Gauweiler will die „Seuchenherde", also die AIDS-Kranken und Infizierten, „ausmerzen".

Die „Bild"-Zeitung und andere Erzeugnisse der Regenbogenpresse führen seit Wochen eine AIDS-Kampagne mit der Richtung: Katastrophe, Endzeit, alles ist vorbei, nie wieder vögeln!

In Westberlin schafft AIDS die klassenübergreifende Koalition nach dem Motto „Vor AIDS sind wir alle gleich". Einträchtig nebeneinander verteilen der Vorsitzende des DGB-Westberlin, Schulsenatorin Laurien, der Gesundheitssenator, Mitglieder von AIDS-Initiativen und der „weltberühmte" Schauspieler" Hardy Krüger vor dem KaDeWe, vor Siemens und vor einer Gesamtschule Flugblätter und Kondome.

Bundesgesundheitsministerin Süßmuth liegt im Clinch mit den Hardlinern aus Bayern, die am liebsten gleich KZs für die AIDS-Kranken errichten möchten. Aber hinter der „Aufklärungskampagne" versteckt ist schon die Drohung mit dem „Bundesseuchengesetz".

2.

„Parallel der politischen, sittlichen und moralischen Verseuchung des Volkes lief schon seit vielen Jahren eine nicht minder entsetzliche gesundheitliche Vergiftung des Volkskörpers durch die Syphillis." Die Ursache dafür liegt in erster Linie „in unserer Prostituierung der Liebe. Auch wenn ihr Ergebnis nicht die fürchterliche Seuche wäre, wäre sie dennoch von tiefstem Schaden für das Volk, denn es genügen schon die moralischen Verheerungen, die die Entartung mit sich bringt, um ein Volk langsam, aber sicher zugrunde zu richten."

„Die Sünde wider Blut und Rasse ist die Erbsünde dieser Welt und das Ende einer sich ergebenden Menschheit."

Gauweiler? Strauß? „Bild"? Nein, Adolf Hitler, zitiert nach Wilhelm Reich in „Massenpsychologie des Faschismus".

3.

Was hat die AIDS-Kampagne der Konterrevolution mit der Politik der Verfolgung von Ausländern zu tun? Wir meinen, sehr viel. Ein „anständiger Deutscher" hat kein AIDS. Woher auch? Laut Gauweiler ist das „hamsterhafte Sexualleben" der Leute daran schuld. Ein „anständiger Deutscher" kennt sowas nicht. Nur „die Ausländer", die sich ja wie die Karnickel vermehren. Und die Schwulen. Und die Prostituierten.

Wer sagt „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein", kann kein AIDS haben. Weil er auch sagt: „Ausländer raus." Und weil es die Ausländer sind, die Schuld an der Immunschwäche haben. In diesem Fall sind es die Schwarzen. Die Nigger. So sagen es die bürgerlichen Medien. Aber es stimmt nicht.

4.

„Ich sagte Ihnen bereits, daß AIDS 1979 zum ersten Mal bemerkt wurde, und zwar in New York, 1981 wurde es dann von Dr. Gottlieb beschrieben. 1981 ist es auch in California nachweisbar und zeigt sich dann auch in Chicago und Miami. In Europa trat AIDS zum ersten Mal 1982 auf, wobei man in vielen Fällen die Herkunft der Infektion verfolgen konnte. In der Bundesrepublik zum Beispiel wurden die ersten AIDS-Fälle bei Homosexuellen festgestellt, die einen längeren Aufenthalt in den USA hinter sich hatten; in Südafrika, wo eine sehr starke Rassentrennung herrscht, gibt es unter den Schwarzen überhaupt keinen AIDS-Fall. Bis heute nicht. Es gibt auch mehrere Länder, in denen man den Weg des AIDS über Blutkonserven amerikanischen Ursprungs verfolgt hat."

„Und schließlich: auf dem letzten Pariser AIDS-Kongreß im Juni 1986 gab es nicht weniger als 17 Beiträge, die den Nachweis erbrachten, daß das AIDS nicht aus Afrika stammen kann, sondern daß der Ursprungsort New York ist."

Diese beiden Zitate stammen aus dem sehr lesenswerten Interview, das Stefan Heym mit dem DDR-Biologen Jakob Segal über AIDS führte. („taz" vom 18.2.87) Segal weist anschaulich und überzeugend nach, daß das AIDS-Virus ein künstlich geschaffenes ist und mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem militärwissenschaftlichen Forschungsinstitut Fort Detrick, USA, stammt. Es ist bekannt (u.a. durch Berichte des US-amerikanischen Kongresses), daß in den USA Versuche an Menschen vorgenommen werden: mit radioaktivem Material, mit Viren und auf den Menschen wirkenden Krankheitskeimen.

5.

Wer heute behauptet, das AIDS-Virus stamme aus Afrika, der lügt. Wer braucht diese Lüge? Konzerne wie Siemens zum Beispiel, die schwarze Arbeitskräfte in Südafrika ausbeuten und davon fett werden. Politiker, die das „Selbstwertgefühl der deutschen Nation" steigern wollen und damit den BRD-Imperialismus meinen. Revanchisten und Faschisten, die ein „Großdeutschland" anstreben und dafür die „deutsche Rasse" als „artreines Schlachtvieh" brauchen. Der BRD-Imperialismus hat seine besonderen Interessen im südlichen Afrika, in der Türkei und Kurdistan, im Nahen Osten. Es ist kein Zufall, daß gerade verfolgte Menschen aus diesen Regionen der Erde in der BRD die Zuchtrute der „Ausländerpolitik" am stärksten zu spüren bekommen.

6.

„Die Rassetheoretiker, die so alt sind wie der Imperialismus, wollen Rassereinheit schaffen bei Völkerschaften, wo die Vermischung infolge der Ausbreitung der Weltwirtschaft so weit fortgeschritten ist, daß Rassereinheit nur noch in vertrockneten Gehirnen eine Bedeutung gewinnt." (Wilhelm Reich, Massenpsychologie des Faschismus) Wenn Afrika als Ursprungsland von AIDS bezeichnet wird, ist das eine Art der psychologischen Kriegsführung, die gegen die Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten dort angewandt wird. Schwarz – infiziert. Westeuropa als Wagenburg gegen die schwarzen Horden. Und: Gerade im südlichen Afrika hat der BRD-Imperialismus seine stärksten Interessen. „Deutsch-Südwest" ist immer noch aktuell. Das Uran für die Atomanlage in Hanau (ALKEM/NUKEM) kommt aus Namibia. In Zaire unterhielt (unterhält?) ein „schwäbischer Ingenieur" mit seiner Firma OTRAG ein riesiges Gebiet, auf dem Raketenversuche durchgeführt wurden (werden?). Natürlich mit dem Wissen der BRD-Regierung und für militärische Zwecke.

7.

Die Firma W. E. T. (Water Engineering Trading GmbH) mit Sitz in der Leunastraße 50 in Hamburg-Bahrenfeld half dem Irak beim Aufbau seiner C-Waffen-Fabrik „Sepp". Das dort hergestellte Lost, Tabun und Sarin wurde im Krieg gegen den Iran eingesetzt. „Einen Großteil der Apparate- und Anlagetechnik, etwa für die beiden Produktionsstätten »Ahmed 1« und »Ahmed 2«, lieferte die deutsche Firma Pilot Plant GmbH, ein Tochterunternehmen der Karl Kolb GmbH in Dreieich bei Frankfurt." („stern" vom 19.2.87) W. E. T. „verkaufte tonnenweise Chemikalien nach Bagdad, die eindeutig zur Herstellung von C-Waffen verwendet werden können: Natriumflorid, Isopropylamin und vor allem Phosphortrichlorid, einen Ausgangsstoff zur Senfgasproduktion." (ebenda)

8.

Es läuft darauf hinaus: Die Organisierung von Verbrechen gegen die Völker des südlichen Afrika, des Nahen Ostens, der Türkei und Kurdistans durch den westdeutschen Imperialismus nimmt rapide zu. Schon wird hier – zum Beispiel anhand der Entführung des Hoechst-Managers Cordes und des Siemens-Mannes Schmidt im Libanon – der Einsatz von Bundeswehreinheiten im Verbund der NATO (erstmal) diskutiert. Die blutigen Geschäfte der BRD-Imperialisten rufen natürlich Widerstand der Völker hervor. Die militärische Absicherung dieser Geschäfte wird für die Geschäftemacher dringend. Die Aufstellung und Ausbildung einer türkischen Spezialeinheit gegen den Befreiungskampf des kurdischen Volkes durch bundesdeutsche GSG-Söldner ist ein weiteres Beispiel.

All das erfordert an der „Heimatfront" auf Dauer mehr als bloße Duldung durch die

Bevölkerung. Da muß schon mehr her. Der chauvinistische Taumel in England während des Malwinen-Krieges mag da den Herrschenden als Vorbild dienen. Kurz: Es braucht einen „gesunden Volkskörper" der „immun" ist gegen alle Anfeindungen durch revolutionäre, umstürzlerische, defätistische Strömungen. In der AIDS-Kampagne ist das angelegt.

9.

AIDS-Kranke oder -Infizierte sind „Ausländer". Auch wenn sie die Staatsangehörigkeit der BRD haben. Denn „Ausländer" – das sind die „anderen", von denen alles Schlechte kommt und die gehörig an die Kandare genommen werden müssen. Auch auf sie trifft zu, was der ehemalige BKA-Chef Herold über die RAF sagte: „Entsolidarisieren, isolieren, eliminieren." Und gerade die RAF steht ja auch für „das Gefährliche" im Hinterland der Bourgeoisie. Und dazu ist dieses „Gefährliche" auch noch bewaffnet, also nicht wehrlos. Die RAF hat von Anfang an konsequent internationalistisch gedacht und gehandelt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Es gab in der RAF – im Gegensatz zu *allen* Strömungen der Linken – nie eine Diskussion über irgendwelche „nationalen Interessen". Ulrike Meinhof in der Rede für die Gefangenen aus der RAF im Baader-Befreiungsprozeß am 13. September 1974: „Zum Begriff des Nationalstaats: In den Metropolen ist der Begriff des Nationalstaats eine durch die Realität der herrschenden Klassen, ihre Politik und ihre Herrschaftsstruktur, durch nichts mehr gedeckte Fiktion, die nicht einmal mehr in den Sprachgrenzen eine Entsprechung hat, seit es in den reichen Ländern Westeuropas Millionen von Arbeitsemigranten gibt. Es bildet sich vielmehr durch die Internationalisierung des Kapitals, durch neue Medien, durch die gegenseitigen Abhängigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung, durch die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, durch die Krise auch subjektiv ein Internationalismus des Proletariats in Europa heraus – so daß an seiner Unterwerfung, Kontrolle, Institutionalisierung, Unterdrückung die Gewerkschaftsapparate schon seit Jahren arbeiten."

10.

Gegen den Internationalismus des Proletariats gerichtet ist auch eine gewisse Spendenmentalität vieler Linker. Es kommt uns oft so vor, als wollten sie sich damit freikaufen, als wollten sie dadurch verhindern, „in irgend etwas reingezogen zu werden", was sie nicht wollen. Die Schriftstellerin Aysel Özakin schrieb zu dieser besonderen Art von Linken (die leider weit verbreitet sind): „Ich möchte die Bundesrepublik mit der Enttäuschung verlassen, die diese Kreise in mir ausgelöst haben. Das fühlte ich am stärksten an dem Tag, als ich »Ganz unten« zum ersten Male sah. Umschlag und Titel haben mich so gegen das Buch aufgebracht, daß ich nicht die geringste Lust hatte, es zu lesen. Mich interessierte nichts anderes als dieses Leidenssymbol auf dem Titel. Dieses Gesicht repräsentiert für mich die Vorstellung deutscher Progressiver über Minderheiten, die es zu verteidigen gilt, weil man – natürlich – gegen Rassismus ist.

Ich zerbreche mir den Kopf darüber, woher diese Neigung kommt, die allmählich zu einer sozialen Haltung wird: die Unterdrückten ausschließlich mit Leid zu identifizieren. (...) Wenn ein Mensch sich einem anderen mit dem Gefühl des Mitleids sozusagen in selbstreinigender Absicht nähert, hat sein Gegenüber keine Chance, als gleichwertig angesehen zu werden. Mehr noch: der bemitleidete Mensch wird dabei meist dumm oder ungeschickt erscheinen. Ich unterscheide hier zwischen *Mitleid* und *Mitgefühl*. Während ein sensibler Mensch sich bemühen wird, den anderen in seiner ihm eigenen individuellen Besonderheit zu verstehen, reduziert der Mitleidige seine Wahrnehmungsfähigkeiten von vornherein. In der Regel ermüdet das Gefühl von Mitleid rasch, es veraltet und verliert seinen ursprünglichen Reiz."
(In: Literatur konkret, 1986/87)

11.

Auf dem „Kölner Kongreß" letztes Jahr waren unseres Wissens keine ausländischen Organisationen vertreten. Das ist auf jeden Fall ein Fehler. Wir haben zudem die Befürchtung, daß die Politik im Bereich der Ausländerunterdrückung und Asylverschärfung zusehends in den Bereich einer Bürgerrechtsbewegung gerät – vor allem von seiten der VSP. Wir können das jetzt noch nicht definitiv sagen, aber es ist immerhin angelegt in der Forderung „Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche". Nicht, daß wir gegen diese Forderung sind. Aber losgelöst aus dem Gesamtzusammenhang imperialistischer Politik und auf der Ebene des „Mitleids" (siehe oben) kann daraus nicht viel mehr werden. Wichtig wäre es doch, Stellungnahmen von ausländischen Organisationen zu erhalten. Im übrigen ist es kein Zufall, daß beim Kongreß zum antikapitalistischen und antiimperialistischen Widerstand in Westeuropa zahlreiche ausländische Organisationen vertreten waren. In *diesem* Zusammenhang bekommt die „Ausländerfrage" eben eine andere Bedeutung. Die „Ausländer" sind eben nicht die Leidenden, sondern Genossinnen und Genossen, Mitkämpferinnen und Mitkämpfer. Da ist schon eine andere Vorstellung da, die über den Rahmen einer Bürgerrechtsbewegung hinausweist.

12.

Ausländer In Deutschland Sterben: Damit machen wir nicht auf Mitleid. Das umreißt vielmehr eine Kampagne der Konterrevolution, die sich vom „Blut und Boden" der Nazizeit hingearbeitet hat zu „Blut und Samen": Schluß mit der Lust! Das Land braucht Soldaten, keine Liebhaber! Was den Nazis die Syphillis war, um die Sexualität auf reine Fortpflanzung herunterzubringen (für Soldaten!), das ist heute der klerikalfaschistischen Reaktion AIDS. Da dieses Thema schon kräftig besetzt ist mit allerlei Mystik und Metaphysik, bietet es für die herrschende Klasse verschiedene Vorteile: Der Rassismus kann geschürt werden; die Fixierung auf Ehe und Familie als „Keimzelle des Staates" kann in die Hirne geimpft werden; es ist eine biologische Verbrämung für die aggressiven Handlungen des Imperialismus gefunden (Afrikaner als Seuchenträger können nicht als Menschen gelten). Inzwischen ist festzustellen, daß auch in der linken Szene das Wort „Neger" wieder zur Mode geworden ist. Ein Wort, das aus der Tradition des großdeutschen und NS-Imperialismus kommt. Das ist nur eine „Kleinigkeit", aber darüber sollte nachgedacht werden. Im übrigen wäre über „Demokratie" und Rassismus folgendes zu sagen:

13.

„Die Realität ist die, daß ein Land mit Kolonien ein rassistisches Land ist. Wenn es in England, in Belgien oder in Frankreich trotz der demokratischen Prinzipien, denen sich die jeweiligen Nationen verschrieben haben, noch Rassisten gibt, dann sind es die Rassisten, die gegen die Gesamtheit des Landes Recht haben. Es ist unmöglich, Menschen zu knechten, ohne sie durch und durch zu inferiorisieren."
(Frantz Fanon, Rassismus und Kultur)

14.

Aus aktuellem Anlaß: Das Tamtam, das die Grünen wegen der Demoaufrufe zu den Lagerkriegen im Libanon veranstaltet haben, ist doppelzüngig und heuchlerisch. Es ist tatsächlich so, daß die Zionisten den Palästinensern gegenüber eine „Politik" verfolgen, die nichts anderes ist als Völkermord und Vertreibung. Der Zionismus ist seinem Wesen nach eine ebensolche Ideologie wie der Nationalsozialismus. Dem „auserwählten arischen Volk" entspricht das „auserwählte Volk Zions", das für sich das Recht proklamiert, ein „Großisrael" in dieser Region zu schaffen. Die reaktionären arabischen Regimes werden in dieses Spiel mit eingebunden. Auf einer Pressekonferenz des Antizionistischen Komitees in der UdSSR wurden u.a. auch Dokumente vorgelegt, die das Zusammenwirken zwischen den Zionisten und den Nazis im zweiten Weltkrieg belegen. Diese Informationen sind frei zugänglich.

Weiter bekannt ist auch, daß zwischen Israel und Südafrika eine enge Zusammenarbeit besteht und die Zionisten am Bau der südafrikanischen Atombombe beteiligt waren. Ebenso sind Zionisten maßgeblich an der Ausbildung und Ausrüstung von Truppen in Guatemala beteiligt, die für ihre Verbrechen gegen das guatemaltekische Volk bekannt sind. Und daß politische Gefangene – in der Mehrzahl Palästinenser – gefoltert werden, ist nicht nur „Amnesty International" bekannt. Allerdings: Wer diese Fakten benennt und angreift, wird von den Grünen als Antisemit angegriffen und in die Nähe von Faschisten gerückt. Es ist ein fieser Trick.

15.

Der Internationalisierung des Kapitals und der Internationalisierung der Konterrevolution muß eine dementsprechende Praxis der revolutionären Organisationen folgen. Es ist richtig: Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Das heißt aber nicht, daß der Klassenkampf im „nationalen Rahmen" geführt wird Der Klassenkampf muß international werden, er muß zum antiimperialistischen Kampf in den Metropolen werden. Das setzt auch eine Veränderung im Denken und Handeln voraus. „Das aber ist der Dogmatismus und die Engstirnigkeit eines Teils dieser Linken. Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin nur in nationalem Rahmen denkt und handeln kann, hebt die Tatsache nicht auf, daß das Kapital multinational denkt und handelt, ist vielmehr Ausdruck der Spaltung des Proletariats, Ausdruck von Schwäche. Eine Linke, die nur die Innenpolitik des Kapitals zum Gegenstand ihrer Kritik macht und seine Außenpolitik übergeht, hat selbst die Spaltung der Arbeiterklasse verinnerlicht,

sagt der Arbeiterklasse nur die halbe Wahrheit über den Charakter des Systems, über die Politik des Kapitals, mit der die Arbeiterklasse es zu tun hat, alltäglich, in Lohnkämpfen, in absehbarer Zukunft."

(Dem Volk dienen, Rote Armee Fraktion: Stadtguerilla und Klassenkampf)

PROLETARISCHE AKTION

ünchner Polizei am Freitag
l eine von Deutschen initi-
Diskussions- und Informa-
veranstaltung zur Lage der
stinensischen Revolution und
Situation im Lagerkrieg.
uf Anordnung des General-
desanwalts und nach einem am
anstaltungstag kurzfristig er-
senen Verbot des Münchner
eisverwaltungsreferats wurde

eine terroristische ...
nach § 129a gegen die beiden Veranstalter eingeleitet.
Gleichzeitig zur Polizeiaktion, die unter dem Stichwort „Aktion Sandsturm" lief, wurden die Wohnungen der beiden durchsucht. Auf Anordnung des Ermittlungsrichters am BGH errichtete die Polizei drei Stunden lang Kon-

erkennungs...
Die Flugblätter mit Aufr
Veranstaltung sowie die Vi
lage und der Film mit de
„Freiheit, die ich meine"
beschlagnahmt. Darunte
nach Angaben der Poliz
Flugblätter, die sich mit d
tion der politischen Gefan

Polizeirazzia „Aktion Sandsturm"

...kommandos (SEK), ge-

ben vorübergehend festgenom-
... a. wegen Widerstand ge-

tion politischer Gefange
BRD.

Presseerklärung

Am Freitag, dem 13.3.87 wurde in München im Cafe "Normal" eine Diskussions- und Informationsveranstaltung zur Lage der palästinensischen Revolution und zur Situation im Lagerkrieg von einem massiven Polizeiaufgebot,mit SEK- Einheiten an der Spitze, auf Anordnung des Generalbundesanwaltes abgeräumt. Die 60 Veranstaltungsteilnehmer wurden kontrolliert und durchsucht, währenddessen wurden draußen bei Straßensperren um das Viertel weitere 33 Personen kontrolliert, sieben vorläufig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Gegen die Veranstalter wurde von der Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen "Werbens für eine terroristische Vereinigung nach §129a" eingeleitet. Mindestens eine Hausdurchsuchung fand im Anschluß an die Polizeirazzia,"Aktion Sandsturm", statt. Eine Videoanlage, der Film "Die Freiheit, die ich meine" sowie Flugblätter zur Veranstaltung und zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD wurden beschlagnahmt.

Mit der Polizeirazzia "Aktion Sandsturm" hat Bayern wieder seine Vorreiterrolle in der Aufstandsbekämpfung und Niederhaltung von Opposition ausgebaut. Bereits im November '86 wurde die BUKO in Regensburg verboten und eine Veranstaltung zur Situation der politischen Gefangenen in München von der Polizei abgeräumt. Durch Demo- und Veranstaltungsverbote sowie deren gezielte Zerschlagung will man den Widerstand schwächen. Immer mehr Menschen kündigen den Herrschenden den Gehorsam und schließen sich mit anderen zusammen, um gemeinsam den Widerstand weiterzuentwickeln. Mit der Zerschlagung der Informationsveranstaltung wollen die Herrschenden einen Diskussionsprozeß mit und über die palästinensische Revolution unterbinden, weil sie Angst davor haben, daß der Funke überspringt.

Wir erklären hiermit unsere Solitarität mit den Veranstaltern und Teilnehmern der zerschlagenen Veranstaltung zur Lage der palästinensischen Revolution und der Situation im Lagerkrieg.

Bunte Hilfe Darmstadt
Wilhelm- Leuchner- Str. 39
61 Darmstadt
Tel.: 06151/20480

Info- Laden Darmstadt
Frankfurterstr. 70
61 Darmstadt
06151/25885

Wagner-Prozeß: Lebenslange Haft

Düsseldorfer Oberlandesgericht verhängt im Revisionsprozeß gegen Rolf Klemens Wagner lebenslange Haftstrafe / Gericht sieht Straftaten im Zusammenhang mit Schleyer-Entführung als erwiesen an

Von Corinna Kawaters

TAZ 17.3.1987

Düsseldorf (taz) — Mit dem Urteil „lebenslänglich" ging am Montag der Wiederholungsprozeß gegen Rolf Klemens Wagner zu Ende. Nach 30 Verhandlungstagen, an denen die Aussagen von 73 Zeugen und Gutachtern gehört wurden, befand der 4. Strafsenat, daß sich Rolf Klemens Wagner an den Straftaten im Zusammenhang mit der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hans Martin Schleyer mitschuldig gemacht habe.

Nach Ansicht des Gerichts waren Wagners „bedeutsame Tatbeiträge" der Kauf von Flugtickets für den Sohn von Schleyer, die Versendung von Erpresserbriefen und Telefongespräche mit den Angehörigen während der „Offensive 77" der RAF. Ausgangspunkt für diese Überlegungen war für das Gericht Wagners Mitgliedschaft in der RAF, zu der „er sich mehrfach ausdrücklich bekannt hat", wie der vorsitzende Richter Wagner hervorhob.

Jedoch durfte der § 129a (Mitgliedschaft in einer Kriminellen Vereinigung) nicht angewandt werden. Der Angeklagte, der in der Schweiz eine lebenslängliche Haftstrafe wegen eines Bankraubs verbüßt, war von den Schweizer Behörden nur unter der Maßgabe zur Verhandlung in die BRD überführt worden, daß die RAF-Mitgliedschaft nicht erneut zum Prozeßgegenstand gemacht würde. Doch ohne dies konnte das Düsseldorfer Oberlandesgericht keinen Schuldspruch fällen: allzu unsicher waren die Zeugen, die Wagner und seine Stimme entweder gar nicht, oder nur „wahrscheinlich" oder „möglicherweise" wiedererkannten. Eine ganze Gruppe von Zeugen erkannte in der Stimme des Gesprächspartners der Familie Schleyer sogar jemand ganz anderen wieder, nämlich Ralf Baptist Friedrich, einen ehemaligen Büroangestellten der Rechtsanwaltskanzlei Klaus Croissant.

Doch das Gericht setzte sich über alle Zweifel an der Identität des Anrufers hinweg und rechnete dessen immer wieder betonte Höflichkeit Rolf Klemens Wagner zu. So mußten die wenigen Sätze, die er während des Prozesses äußerte und die alle seinen Ausschluß vom Verfahren betrafen, zur Identifikation dienen. Der Senatsvorsitzende erkannte darin „die unbeirrbare Entschlossenheit eines gebildeten Menschen, der sich um die Einhaltung der Höflichkeitsformen bemüht". Sogar die Einlage, die Wagner am Tag der Urteilsverkündung bot, als er den Vorsitzenden als „Dreckiges Faschistenschwein, Dreckskerl" beschimpfte, empfand der so Beleidigte, als „Schimpfworte ohne echte Emotion, vom Zweck bestimmt, den Ausschluß zu erreichen".

„Echte Emotionen" zeigte dagegen Richter Wagner selbst, als er von den „pseudo-politischen Motiven der RAF", deren „Haß gegen den Staat und seine Organe" und den „zutiefst verabscheuungswürdigen Taten" sprach.

Die „Rote Armee Fraktion" hat ihre Taktik geändert

SDZ 20-03-1987

Die dritte Generation der Terroristen

Das Bundeskriminalamt ist bei der Fahndung auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen

Die Herrschaften saßen im Eiscafé, zwei Frauen und ein Mann, und machten sich auffällig an Papieren zu schaffen. Ein anderer Gast schöpfte Verdacht und informierte die Polizei. Diese griff zu und nahm das Trio fest – so geschehen am 2. August vorigen Jahres, einem Samstagnachmittag, in der Innenstadt von Rüsselsheim. Es war der vorerst letzte spektakuläre Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus in der Bundesrepublik. Denn eine der drei war die mit Haftbefehl gesuchte Eva Sybille Haule-Frimpong, die zum inneren Kreis der „Rote Armee Fraktion" gerechnet wird.

Daß bei der Aktion ein sogenannter Hinweis aus der Bevölkerung die entscheidende Rolle spielte, illustriert ein Problem, das sich dem Bundeskriminalamt (BKA) und den Länderpolizeien schon seit geraumer Zeit stellt. Sie sind auf Mithilfe angewiesen, weil es „immer schwieriger wird, terroristische Strukturen aufzuklären", wie BKA-Präsident Heinrich Boge sagt. Sein unlängst aus dem Amt geschiedener Stellvertreter Gerhard Boeden hatte vor einiger Zeit noch deutlichere Worte gefunden: „Wir haben in gewisser Weise den Anschluß verloren."

Dieser Umstand liegt offenbar darin begründet, daß die Akteure der „Rote Armee Fraktion" ihre Taktik geändert haben. „Die terroristischen Gewalttäter von heute haben aus den Fehlern ihrer Vorgänger gelernt", sagt Lode. „Sie verhalten sich äußerst konspirativ und erschweren es damit den Sicherheitsbehörden, Ermittlungs- und Fahndungsansätze zu gewinnen." Beispielsweise waren früher Hochhauswohnungen der bevorzugte Unterschlupf der Terroristen. Für die Anmietung wurde jede geforderte Summe gezahlt, meist wurde nur der Flur möbliert, der Rest der Wohnung erhielt nur kärglichste Ausstattung.

Wohnen in der Studentenbude

In jüngerer Zeit hingegen versuchen „RAF"-Leute nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden, eine Unterkunft zu bekommen, ohne daß sie als Mieter in Erscheinung treten müssen, etwa in einer Bude eines Studentenwohnheims, deren regulärer Mieter für ein paar Monate abwesend ist und seine Wohnung in der Zwischenzeit nicht leerstehen lassen will. Ähnlich verhält es sich bei der Beschaffung von Fahrzeugen. So wurden in jüngerer Zeit teils auf Gebrauchtwagenmärkten Autos gekauft und in der Frist benutzt, in der sie noch nicht umgemeldet waren; teils arbeiteten die Gesuchten auch mit sogenannten Doublettenfahrzeugen, die nach Marke und Ausstattung exakt einem anderen Fahrzeug glichen und dann auch mit dessen Kennzeichen versehen wurden. Die Arbeit der Strafverfolger wurde dadurch erschwert.

Unterstützung finden die Terroristen des „harten Kerns" der „Rote Armee Fraktion" bei solchen Vorbereitungen oft in ihrem Umfeld. Die Polizei schätzt, daß die sogenannte Kommandoebene der „RAF" nur aus rund 20 Frauen und Männern besteht. Zum näheren, militanten Umfeld werden etwa 200, zum weiteren Umfeld rund 2000 Personen gerechnet. Unterschiede machen die Fachleute dabei insoweit, als die eigentlichen „RAF"-Aktivisten gezielt die Ermordung von bedeutenden Persönlichkeiten planen und ausführen, so in den vergangenen zwei Jahren die Attentate auf den Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl, den Siemensmanager Kurt Beckurts und den Industriellen Ernst Zimmermann.

Die sogenannten „kämpfenden Einheiten" aus dem militanten Umfeld wiederum liegen nach Darstellung der Sicherheitsbehörden zwar ideologisch auf der Linie der „RAF", verfolgen aber bei ihren Anschlägen etwa auf das Bundesamt für Verfassungsschutz oder die Firma Dornier das Ziel, hohe Sachschäden anzurichten. Den Tod von Menschen suchen sie zu vermeiden, indem sie etwa ihre Bomben nachts hochgehen lassen und eventuell sogar einen Hausmeister telephonisch warnen.

Eine weitere Gruppe bilden die sogenannten „Revolutionären Zellen", die sich nicht so bedingungslos der „antiimperialistischen Ideologie" verschrieben haben und deren Angehörige nicht im Untergrund leben, sondern sich quasi nach Feierabend jeweils zu Bombenlegern wandeln und dabei jeweils aktuelle Diskussionen über bestimmte politische Themen zu einem Orientierungsmaßstab machen. Ihnen werden von der Polizei Anschläge auf Ausländerbehörden, Gerichte und gentechnische Institute zugeordnet, im übrigen auch die Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Heinz Herbert Karry vor sechs Jahren, die aber als „Ausnahmefall" angesehen wird.

Einen scharfen Trennungsstrich ziehen Experten zwischen den „kämpfenden Einheiten", die sich früher auch „illegale Militante" nannten, und denjenigen Gruppierungen, die seit einiger Zeit Strommasten umlegen und dies als Akt des Protestes gegen die weitere Nutzung der Atomenergie darstellen. Sie sind dem weitgefächerten Spektrum der sogenannten Autonomen Gruppen zuzurechnen. „Hier muß man differenzieren", sagt ein Fahnder, „es wäre nicht korrekt, wenn man die völlig in einen Topf wirft." Auch sei es ein Fehlschluß, anzunehmen, daß für Angehörige Autonomer Gruppen quasi der Weg zum Topterroristen vorgezeichnet sei. Zum Töten von Menschen sei es „ein weiter Schritt".

Dies gilt auch für die Militanten aus dem engeren Umfeld, aus deren Kreis die Terroristen der Kommandoebene gleichwohl immer wieder ihren Nachwuchs zu rekrutieren scheinen. „Was nützt es, wenn wir drei Mann festnehmen, und es kommen wieder welche nach", sagt ein Sicherheitsexperte mit Blick auf die Entwicklung der vergangenen Jahre. Trotz intensiver Fahndung des BKA und der Landeskriminalämter und trotz zahlreicher Festnahmen in mittlerweile eineinhalb Jahrzehnten konnte die „Rote Armee Fraktion" bisher nicht zerschlagen werden. Vielmehr ist inzwischen eine dritte Terroristengeneration am Werk, deren Brutalität nach den Worten von BKA-Chef Boge „erheblich zugenommen" hat. Boge verweist dabei auf die von den Tätern so genannten „Hinrichtungen" des MTU-Managers Zimmermann am 1. Februar 1985 in Gauting bei München und des US-Soldaten Edward F. Pimental am 8. August 1985 vor einem Sprengstoffanschlag auf den US-Luftwaffenstützpunkt am Frankfurter Flughafen.

Neue Offensive

Einen Einschnitt bildete die Verhaftung von Christian Klar, Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt 1982 sowie einer Reihe weiterer „RAF"-Leute 1984. Im Jahr 1984 registrierten die Fahnder aber auch, daß eine Reihe von Personen aus dem militanten Umfeld abtauchten und daß danach eine neue Offensive einsetzte. Ob die jetzt mit Belohnungen von insgesamt vier Millionen Mark gesuchten Gewalttäter der „RAF", zu denen unter anderem das Ehepaar Barbara und Horst Ludwig Meyer sowie Sigrid Sternebeck und Inge Viett zählen, bestimmte Kommandostrukturen haben, unterliegt weitgehend der Spekulation. In Kreisen der Sicherheitsbehörden gibt es Vermutungen, daß eher ein Teamwork herrsche, doch wird nicht ausgeschlossen, daß dem Ehepaar Meyer eine gewisse Führungsrolle zukommt.

Nicht sicher sind sich die Strafverfolger auch, ob zur Kommandoebene noch Personen gehören, die bisher überhaupt nicht gesucht werden. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, nach Terroranschlägen wie der Ermordung von Zimmermann, Beckurts und von Braunmühl, die eindeutig der „Rote Armee Fraktion" zugeordnet werden können, nun auch einzelne Terroristen als Täter zu identifizieren, und zwar so, daß dies auch vor Gericht Bestand hat. Im Fall Beckurts immerhin gibt es Hinweise darauf, daß einer der Beteiligten Horst Ludwig Meyer war. Im Fall Braunmühl stellte sich heraus, daß dessen Mörder denselben Revolver benutzt haben, mit dem 1977 der entführte Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer erschossen worden war.

Auf der Hand liegt, daß auch die deutschen Terroristenfahnder sich neue Aufschlüsse aus dem umfangreichen Material erhoffen, das die französische Polizei unlängst bei der Verhaftung von vier führenden Mitgliedern der französischen Terrororganisation „Action directe" auf einem Bauernhof bei Orléans fand, zumal eine Reihe von Spuren in die Bundesrepublik führen. „RAF" und „Action directe" hatten 1985 in einer gemeinsamen Erklärung von einem Aktionsbündnis in bezug auf Ziele und „Begründungszusammenhänge" gesprochen und sich beide auch als Urheber des Bombenanschlages auf die Frankfurter US-Basis bezeichnet, bei dem im sel-

ben Jahr zwei Menschen getötet und zwanzig weitere verletzt worden waren. Über neue Erkenntnisse aus Orléans macht das BKA indes mit Rücksicht auf mögliche Ermittlungsansätze keine Angaben. Nach Verlautbarungen aus Sicherheitskreisen haben sich bereits Verbindungen bei der Beschaffung von Waffen und Sprengstoff ergeben. Zudem ist die Frage aufgeworfen, ob einer der in Frankreich Festgenommenen, der 35jährige Georges Ciprani, der nach einem Bericht des *Spiegel* elf Jahre in Frankfurt lebte, an dem Anschlag auf den Luftwaffenstützpunkt beteiligt gewesen sein könnte.

Für ihre Ermittlungen hoffen die Bundespolizisten in Wiesbaden und ihre Kollegen aus den Ländern auch weiterhin auf die Mithilfe aufmerksamer Bürger. Nach den Anschlägen auf Beckurts und Braunmühl im vorigen Jahr gingen rund 1700 Hinweise ein. „Dies bestätigt nachhaltig das Interesse der Bevölkerung und die Zweckmäßigkeit der Öffentlichkeitsfahndung", meint BKA-Chef Boge. Nach seinen Worten ist davon auszugehen, daß sich die Mitglieder der „Rote Armee Fraktion" überwiegend im Bundesgebiet aufhalten und nur vorübergehend ins Ausland wechseln, wenn taktische oder logistische Zwänge ihnen dies angeraten erscheinen lassen.

„Anhaltende kriminelle Energie"

Die Bedrohung hat also nicht nachgelassen, auch wenn das Thema nicht mehr den gleichen öffentlichen Stellenwert hat wie vor Jahren. „Der Polizei liegen keine Hinweise für eine rückläufige Entwicklung oder Stagnation vor", sagt Boge. „Die Brutalität der letzten Anschläge verdeutlicht vielmehr die anhaltende kriminelle Energie der terroristischen Gewalttäter." Unverändert stellt sich deshalb auch die Frage, wie den tieferen Ursachen des Terrorismus beizukommen ist. „Die Polizei kann die Ursachen des Terrorismus auf Grund ihrer Aufgabenstellung nicht bekämpfen", meint der BKA-Chef zu diesem Problem. „Die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus muß die Gesellschaft leisten."

Anschlag der Action Directe auf Pariser Hochhaus verhindert

SDZ 20.03.1987 **Paris (dpa)**

Verschärfte Sicherheitskontrollen haben einen Anschlag auf das höchste Geschäftsgebäude von Paris, die „Tour Montparnasse", verhindert. Nach Angaben der Polizei ist ein in der 52. Etage des Hochhauses entdecktes Elf-Kilo-Sprengstoffpaket aller Wahrscheinlichkeit nach von dem Action-Directe-Terroristen Max Frerot gelegt worden. Es fehlte nur der Zündmechanismus. Frerot gehört zum „nationalen" Zweig der AD, der getrennt von der Gruppe des im Februar gefaßten Terroristen Jean-Marc Rouillan operierte. Zwei 1986 gefaßte Komplicen hatten der Polizei Hinweise auf das Versteck in der Deckenverkleidung einer Toilette der Gesellschaft Le Nickel verraten. Le Nickel beutet Rohstofflager im französischen Überseegebiet Neukaledonien aus. Nach einer ersten vergeblichen Suche im Dezember verschärfte die Gesellschaft die Kontrollen. So konnte Frerot nicht noch einmal in das Gebäude zurückkehren und den Zünder anbringen.

RAF soll französischen General ermordet haben

Erkenntnisse nach Festnahmen in Orleans — Archivmaterial der Action Directe ausgewertet

Paris. (E.B.) Die Mörder des französischen Generals Audran gehörten wahrscheinlich einem rein deutschen RAF-Kommando an. Dieser Auffassung neigen Pariser Ermittlungsstellen nach einer ersten Sichtung des Archiv-Materials der Action Directe (AD) zu.

Deutsche und französische Experten sind überrascht, daß der Anfang Januar 1985 bekanntgegebene Zusammenschluß der terroristischen Organisationen viel enger war, als Bundeskriminalamt (BKA) und Fahndung in Frankreich angenommen hatten.

Die neuen Erkenntnisse verdankt man Aufzeichnungen und Videofilmen, die bei der Festnahme von vier führenden AD-Mitgliedern bei Orleans am 21. Februar sichergestellt wurden. Meldungen, nach Frankreich entsandte Beamte des BKA hätten nicht ausreichend Einblick erhalten, sind in Paris „kategorisch und formell" dementiert worden.

Hans Neusel, Staatssekretär im Bonner Bundesinnenministerium, formulierte gemeinsam mit seinem französischen Kollegen Pandraud ein Kommunique, in dem dies ausdrücklich festgestellt wird. Gleichzeitig ist in Paris zu erfahren, daß die Prüfung des Fundes acht Monate in Anspruch nehmen werde und daß „unsere eigenen Leute auch noch nicht alles gesehen haben".

Der Fall Audran beschäftigt die Terroristenjäger beiderseits des Rheins besonders stark, weil einige Fragen bis heute ungeklärt sind. Auf französischer Seite wird nicht ausgeschlossen, daß der RAF der Name des im Verteidigungsministerium für Frankreichs Rüstungsexporte zuständigen Ingenieur-Generals von nah- oder mittelöstlichen Stellen als Ziel eines Kommando-Unternehmens genannt worden sei. Die deutschen Terroristen, so heißt es, unterlägen solchen Einflüsterungen mehr als die Franzosen.

Erschossen wurde Audran, als er wenige Tage nach dem Bündnisschluß von RAF und AD vor seinem Haus in einem Pariser Vorort aus dem Wagen stieg. Er war am selben Tag von einer Reise aus Bonn zurückgekehrt. Das Sebstbezichtigungsschreiben las sich wie eine Übersetzung aus dem Deutschen.

Umgekehrt war der Text nach dem Mord an dem deutschen Diplomaten von Braunmühl im Oktober 1986 in Bonn offenbar zuerst in französischer Sprache abgefaßt worden. Das Original ist nun in Händen der Kripo. Die Schlußfolgerung: RAF und AD sind jeweils auf dem anderen Territorium tätig geworden.

Die wenige Tage vor der Festnahme der AD-Chefs in Vitry-aux-Loges zwischen Pandraud und Bundesinnenminister Zimmermann vereinbarte engere Zusammenarbeit der Polizeistellen soll jetzt beschleunigt Wirklichkeit werden. Ein Abkommen, in dem Einzelheiten geregelt werden, wird in Kürze von den Ministern unterzeichnet.

General Anzeiger 12.03.1987

BKA auf der Spur französischer Terroristen

Deutsche Fahnder haben jetzt Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit mit der RAF

SDZ 22.03.1987

Wiesbaden (AP/ddp)

Deutsche und französische Terroristen haben sich offenbar nicht nur aus denselben Einbrüchen mit Waffen und Sprengstoff versorgt, sondern möglicherweise auch gemeinsame Anschläge in der Bundesrepublik verübt. Das Bundeskriminalamt (BKA) teilte am Freitag in Wiesbaden mit, die vier am 21. Februar in einem Bauernhaus bei Orléans verhafteten mutmaßlichen Führer der französischen Terroristengruppe „Action Directe" (AD) hätten sich offenbar in den vergangenen Jahren in Wiesbaden und Frankfurt aufgehalten und sich vielleicht an „Aktivitäten der ‚Roten Armee Fraktion (RAF)' beteiligt". Möglicherweise seien drei der Franzosen Ende Dezember 1984 in der Bundesrepublik gewesen und hätten hier Wohnungen gemietet – zu der Zeit, als eine 25 Kilogramm schwere Zeitbombe vor der NATO-Schule in Oberammergau versagte.

Noch vor wenigen Wochen hatten die Fachleute gesagt, es gebe keine Beweise für gemischte Kommandos von RAF und AD. Auch am Freitag betonten sie, sie könnten noch nicht nachweisen, daß deutsche und französische Terroristen die Bombe gemeinsam vor die NATO-Schule gelegt hätten und auch den Anschlag auf die US-Airbase in Frankfurt am 8. August 1985 zusammen verübt hätten. Dennoch sprach BKA-Präsident Heinrich Boge von einer „westeuropäischen Guerilla". Zu dem Attentat auf dem Luftwaffenstützpunkt, bei dem zwei Menschen starben und 20 verletzt wurden, hatten sich damals beide Gruppen bekannt.

Das BKA veröffentlichte Photos der vier Franzosen sowie die von ihnen benutzten Falschnamen. Boge wies darauf hin, daß die vier mutmaßlichen AD-Mitglieder etwa zweieinhalb Jahre lang unerkannt auf dem Bauernhof unter falschem Namen gelebt hätten. Weil sich Parallelen zwischen der Verhaltensweise deutscher und französischer Terroristen ergäben, bitte die Polizei Vermieter von Wohnungen oder Häusern, die Angaben von Mietern über Beruf und vorherigen Wohnort stets genau zu überprüfen und einen Verdacht mitzuteilen. Auch sei es für die Polizei von Interesse, daß längere Zeit abgestellte Fahrzeuge, deren Besitzer nicht mehr gesehen worden seien, „sogleich" gemeldet würden. Erfahrungsgemäß handele es sich um Tat- oder Fluchtfahrzeuge.

Georges Cipriani, einer der vier Verhafteten, hat nach Angaben des Bundeskriminalamtes von 1972 bis 1983 in der Bundesrepublik gelebt und gearbeitet. Die Behörde schrieb in dem Fahndungsaufruf weiter, nun gebe es Erkenntnisse, daß auch die drei anderen mit Cipriani ins Netz gegangenen mutmaßlichen Terroristen zeitweilig in der Bundesrepublik gewesen seien und sich „möglicherweise auch an Aktivitäten der RAF beteiligt haben".

Einen Anhaltspunkt dafür haben die Fahnder beim Sprengstoff, der in Oberammergau gefunden wurde: Er stammte aus dem belgischen Ecaussine. Eine aus Belgiern, Franzosen und angeblich auch aus Türken bestehende gemischte Terrorgruppe hatte dort am 4. Juni 1984 insgesamt 815 Kilogramm Dynamit aus einem Steinbruch gestohlen. Die französische Polizei fand im Bauernhaus der vier mutmaßlichen AD-Mitglieder 15 Sprengstoffpatronen aus Ecaussine. Auch deutsche Terroristen hätten in den vergangenen Jahren Sprengstoff aus dieser Beute benutzt, beispielsweise für den Anschlag auf das Bundeswehrbeschaffungsamt in Koblenz am 3. Mai 1985.

Weiteren Aufschluß über das Ausmaß der Zusammenarbeit zwischen „Roter Armee Fraktion" und „Action Directe" könnten die Ausweise und Waffen geben, die die französischen Fahnder in der Nähe von Orléans sicherstellten: Laut BKA waren darunter deutsche Ausweise und Kraftfahrzeugpapiere sowie deutsche Autokennzeichen. Davon gehörten einige zu einem Auto, das vermutlich im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Frankfurter US-Airbase stehe. Außerdem hätten die vier mutmaßlichen Terroristen zwei Revolver und eine Pistole bei sich gehabt, die aus einem am 5. November 1984 verübten Überfall auf ein Waffengeschäft in Maxdorf bei Ludwigshafen stammten. Die RAF soll damals insgesamt 22 Faustfeuerwaffen und zwei Vorderschaft-Repetierflinten erbeutet haben.

Als möglicherweise benutzte Falschnamen der vier mutmaßlichen Terroristen nannte das BKA:

- für Georges Cipriani: Stéphan Broeckx (wohnhaft in Wiesbaden), Eric de Roiel, René Michel Mercier, Alain Peter Potter, Antoine Arnau Gandolfi;
- für Nathalie Menigon: Nadine Renew Paquay, Florence Patricia Lanner, Silvie Françoise Marie Berger, Pascal Laure, Marie Natil;
- für Jean Marc Rouillan: Robert Rudy Huys (wohnhaft in Wiesbaden), Robert Achille de Greef, Simon Barstein, Jean Rasp, Didier Lucien Revillon, Raphaël Raoul Levet;
- für Joëlle Aubron: Simone Barnstein (verehelicht Deroy, wohnhaft in Frankfurt), Pascale de Bouikers, Dominique Baver.

Die beiden Frauen Nathalie Menigon und Joëlle Aubron werden von den französischen Behörden beschuldigt, am 17. November vergangenen Jahres den Vorstandsvorsitzenden des Autokonzerns Renault, Georges Besse, in Paris erschossen zu haben. Seit ihrer Gründung 1979 soll die „Action Directe" mindestens 80 Anschläge in Frankreich verübt haben. Im Januar 1985 verbreiteten RAF und AD ein Schreiben, in der sie den gemeinsamen Kampf gegen die „zentralen imperialistischen Strategien" ankündigten.

Sicherheitsexperten wollten aber nach wie vor Berichte nicht bestätigen, wonach französische Terroristen am 11. Oktober vergangenen Jahres in Bonn den Diplomaten Gerold von Braunmühl erschossen und deutsche Terroristen im Januar 1985 den französischen General René Audran ermordet haben. In dem Bauernhaus bei Orléans hatten die Polizisten die französischen Versionen der Selbstbezichtigungsschreiben zu den Morden an Braunmühl und an dem Siemens-Manager Kurt Beckurts und dessen Fahrer Eckhard Groppler gefunden. Beckurts und Groppler kamen am 9. Juli vergangenen Jahres in Straßlach bei München bei einem Bombenanschlag ums Leben, zu dem sich die RAF bekannt hatte.

Politie vindt explosieve lading Action directe

PARIJS, 19 maart — De Franse politie heeft elf kilo explosieven gevonden die verborgen waren in een toiletruimte op een van de bovenste verdiepingen van het hoogste gebouw van Parijs, de 'tour Montparnasse'.

De explosieven, die verpakt waren in vijf afzonderlijke pakketten en kennelijk nog niet tot een bom waren verwerkt, werden gevonden op aanwijzing van iemand die verdacht wordt van lidmaatschap van Action directe, de terreurorganisatie waarvan vorige maand vier topleden zijn gearresteerd.

In een hol plafond van een toilet van het hoofdkantoor van de Franse metaalgigant Imetal op de 52ste verdieping van de 58 verdiepingen hoge Tour Montparnasse in het zuiden van Parijs werden de explosieven aangetroffen na een tip van Joelle Crepet.

De explosieven zouden daar geplaatst zijn door Max Frérot, de explosievenspecialist van Action directe.

NRC 19.03.1987

Action directe, dat in 1979 werd opgericht, viel in 1985 in twee delen uiteen, waarvan de nationale vleugel zich voornamelijk beperkte tot symbolische bomaanslagen op regeringsgebouwen en kantoren van ondernemingen, terwijl de internationale tak de verantwoordelijkheid heeft opgeëist voor twee politieke moorden en twee mislukte moordaanslagen.

De nationale tak wordt verantwoordelijk geacht voor de bomaanslag vorig jaar op een politiebureau in Parijs. De bom was geplaatst in een toilet. Een politieinspecteur kwam bij de aanslag om het leven. Explosievenmaker Frérot is een van de laatste leden van de nationale afdeling die nog op vrije voeten is.

De Franse politie gelooft dat de internationale tak vorige maand een genadeslag is toegebracht toen vier leiders van Action directe werden gearresteerd in een verlaten boerderij in de buurt van Orléans.

Daarbij werden wapens gevonden en documenten waaruit de betrokkenheid van de arrestanten bleek bij de moorden op Renault-directeur Georges Besse, in november vorig jaar, en op René Audran, een hoge functionaris van het ministerie van defensie, in januari 1985.

Volgens het televisiestation Antenne-2 zou de beraamde aanslag tegen Imetal verklaard kunnen worden uit de betrokkenheid van het bedrijf bij de winning van nikkel in Nieuw Caledonië, de Franse kolonie in de Stille oceaan. Een dochterbedrijf van Imetal, Société Le Nickel, vormt de economische ruggegraat van Nieuw Caledonië, de derde nikkelproducent ter wereld.

In 1985 werden de mijnen van het bedrijf getroffen door een reeks sabotage-aanvallen van militante Kanaken, die streven naar onafhankelijkheid van Nieuw Caledonië van Frankrijk. (Reuter)

brief von norbert hofmeier aus dem knast köln- ossendorf von ende februar '87

einige erfahrungen und überlegungen als politischer gefangener aus dem antiimperialistischen widerstand -
für die zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand

ich wurde zusammen mit bärbel perau und thomas thoene am 13/14. august 86 im rahmen großangelegter durchsuchungsaktionen mit hundertschaften und und hunden in mehr als 6 wohnungen, im besetzten neumühler bahnhof und dem infoladen emmastraße in duisburg wegen angeblicher vorbereitung eines sprengstoffanschlages verhaftet.
nach einer woche stillschweigen präsentierte die generalbundesanwaltschaft uns als großer fahndungserfolg gegen die raf,- bombenleger gefaßt, anschlag auf die bundesgrenzschutzkaserne swistal/heimertzheim aufgeklärt.
diesen "fahndungserfolg" brauchte der staatsschutz gegen die entwicklung des widerstandes im sommer 86 mit den angriffen und aktionen der kämpfenden einheiten, der guerilla, der entwicklung der antiimperialistischen front im kampf.
und so wurde dann der "fahndungserfolg" mit allen möglichen sogenannten indizien zusammengeschustert, so soll ein bekennerschreiben gefunden worden sein, aus einer autonummer SU wurde durch einen geistesblitz DU, dann lederbekleidung, ein motorrad, lange wehende blonde haare......
"..ist dringend verdächtigt mitglied einer eigenständigen terroristischen vereinigung zu sein, die sich mit den zielen der raf identifiziert und deren kampf im rahmen der antiimperialistischen front durch die begehung von verbrechen unterstützt......
... bekennt sich, wie die überwachung des briefverkehrs gezeigt hat auch in der haft zum gewaltsamen revolutionären kampf und verfolgt weiterhin das von der raf angestrebte ziel einer politischen einheit von guerilla, antiimperialistischen widerstand und gefangenen....."
(aus beschlüssen des bgh-ermittlungsrichters)

da wird eine eigenständige terroristische vereinigung konstruiert-
namenlos, tatenlos- was sich auf nichts weiteres stützt, als auf unsere
politische identität:
daß wir uns mit dem ai-widerstand, front, gefangenen auseinandergesetzt
haben ,- und setzen, daß die bärbel und thomas sich mit sieglinde hofmann
(gefangene aus der raf) geschrieben hatten und sie besuchten.
die eigene politische identität und der kampf dafür im knast - d.h. für
die zusammenlegung - wird kriminalisiert und zum offensichtlichen grund
für knast, internierung.
unsere verhaftung richtet sich exemplarisch gegen die entwicklung des
widerstandes seit dem hungerstreik 84/85. sie wollen die auseinander-
setzung und den prozeß von antiimperialistischer politik aufhalten, mit
abschreckung und kriminalisierung zurückrollen, -auch gerade diese ent-
wicklung in duisburg.
die verhaftungen sind ein teil der staatlichen gegenangriffe auf den
widerstand, ihr ziel ist es die kämpfenden und die gefangenen zu isolieren.
da wird das lesen von bekennerschreiben, die auseinandersetzung mit anti-
imperialistischer politik, der kontakt mit politischen gefangenen und wie
bei der buko, die diskussion über politische gefangenen und die forderung
nach zusammenlegung, kriminalisiert.
und an bärbel, thomas und mir soll es ganz persönlich vorgeführt werden,
wie aus kämpfenden menschen objekte gemacht werden, die sich der macht
der herrschenden unterwerfen.
sie starten alle möglichen versuche um unsere identität zu untergraben:
- isolationshaft (25punkte programm), eine 2. ed behandlung als folter,
der versuch der bundesanwltschaft über das vormundschaftgericht in
duisburg gegen die beiden kinder von bärbel und mir vorzugehen.
- die ständige belagerung von thomas durch das lka/bka mit drohungen und
versprechungen (garantierte freilassung und einen platz auf einer erzieher-
schule wenn er aussagt, in diese kampagne wird eine ehemalige schulfreun-
dinn und die schuldirektorin eingespannt, seine mutter in angst versetzt)-
die verschleppung von bärbel nach bielefeld, wo 3 monate lang rollkommandos
jeden hofgang abbrechen, selbst schon wenn die bärbel blickkontakt
mit sieglinde am zellenfenster aufnimmt, und umgekehrt-- was für ein
starker staat, der es nicht verkraftet, daß sich zwei gefangene angucken
(sieglinde)
auch wenn wir die schärfe der konfrontation nicht gecheckt hatten,, haben
sie es erst mal nicht geschafft, uns das zu nehmen, was auch kraft gibt
um sich dann immer wieder durchzubeißen, die erfahrung und die orientierung
daß befreiung im kollektiven widerstand/kampf zu finden ist.

einzelisolation im hochsicherheitstrakt.
nach drei monaten wurde der einzelhofgang aufgehoben, es handele sich um
eine"häftlockerung" :..." dem beschuldigten wird gemeinsamer hofgang mit
den mitgefangenen seiner abteilung gestattet, sofern er von gefangenen
mit 129a (politischen gefangenen) ferngehalten werden kann..."
statt alleine bin ich also mit meist 3 oder 4 mitgefangenen auf dem
25 mal 25 meter kleinen hof rumgelaufen - gerannt. die anderen 8- 10
ausgesuchten und meist entsprechend angepaßten, kollaborartionsbereiten
gefangenen waren "freiwillig" dort, von der knastleitung ausgesucht -
ihre "privilegien" mit denen sie dort hingelockt waren, eine küche, in
dersiesich was kochen/braten konnten.
daß mit dem gemeinsamen hofgang sich nichts an der politischen isolation
ändert, ist mir schnell bewußt geworden.
daß reden alleine eben daran überhaupt nichts ändert, daß ich mich mit
dem was ich bin und will, woran ich überlege, nach wie vor isoliert und
vereinzelt bin.
es gibt tage da sitze ich nach dem hofgang erstmal ne zeitlang auf der
zelle um überhaupt wieder zu mir zu finden, und es gibt tage wo ich froh
bin wieder alleine auf dem hof rum zu laufen.
dabei hatte ich noch "glück", weil jacky in den trakt kam, zwangsweise
aus sicherheitsgründen (ausbruch und-versuche) ein solidarischer und
rebellischer sozialer gefangener.

dann die nächste veränderung, christian kluth (gefangener aus dem ai-
widerstand) kommt auch in den trakt, er nach 4b, jacky und ich in 4a,
getrennt durch einen 8m hohen knstbau. und das war natürlich schon ganz
toll sich über diesen bau was zubrüllen zu können, jeden tag von einem
genossen was mitkriegen zu können. und bei gutem licht spiegelt sich im
wachturm der jeweils andre im hof, und wir konnten unseren verschwommenen

bildern zuwinken, "da freut sich deine rote seele", meinte jacky und hatte damit recht.
um unser brüllen von 4a nach 4b zu unterbinden schalteten sie beim hofgang die lautsprecher auf dem wachturm ein und schon geringe geräusche verschluckten unsere stimmen.
und abends stellt-n sie in die leeren zellen neben üns radios mit voller lautstärke -manchmal stundenlang, so wollte sie diese reste von kommunikation, das brüllen, auch noch zerstören.
die traktbullen fingen an ihre programme gegen uns zu starten. zunächst drohen sie mit rollkommandos wegen brüllen beim hofgang, dann starten sie eine unterschriften- und hetzkampagne bei den mitgefangenen ("sie haben glück, wenn hier andere gefangene wären, wären sie wegen der brüllerei längst zusammengeschlagen worden, nicht das sie denken wir hetzen die gefangenen auf.."), als druckmittel verfielen sie dann auf meine gitarre und die kinderbesuche, denn in isolationshaft hast du sonst kaum noch was, womit sie versuchen könnten dich unter druck zu setzen. es blieb bislang bei der drohung mir die gitarren zu nehemn, die kinderbesuche wurde aber bis heute nicht verlängert und sie finden auch immer noch aus "sicherheitsgründen" im traktbesuchsraum statt, einem engen fensterlosen betonloch.
die kinder dürfen noch nicht einmal das kleinste stücken spielzeug mitbringen.
und sie wissen, was mir an den kinderbesuchen liegt, und würgen somit jedes gespräch ab, indem sie immer wieder mit abbruch drohen:..."wenn sie nocheinmal zusammenlegung erwähnen. o.ä.
schließlich mitte dezember gegen chris, jacky und mich je eine woche hofgangssperre. und ich werde gleichzeitig nach haus 5 verlegt, in die zelle, wo zuletzt rolf-clemens wagner war, also auch mit fliegendraht, zusatzschlössern, zellendurchsuchungen durch die traktbullen, besuche wie vorher im trakt,- überhaupt auch alle haftbedingungen wie im trakt.
die politische isolation aber ist perfektioniert - es gibt kein brüllen und nachdem es am anfang geheißen hatte, die verlegung sei wegen renovierung - scheint es tatsächlich so als hätte die politische isolierung im trakt nicht ausgereicht, ich bin immer noch in haus 5.

ich hatte sofort in haus 5 einen zweiten antrag auf gemeinsamen hofgang und umschluß mit chris gestellt, und die zusammenlegung der politischen gefangenen gefordert und lehne seitdem auch diesen "normalvollzugshofgang" ab.
an dem punkt war es für mich wichtig, mich für mein bedürfnis nach zusammenkommen mit den genossen, für kollektive zusammenhänge und selbstbestimmung zu entscheiden,- und gegen ihre normalvollzugskisten, um nicht mehr das objekt/versuchskanninchen für ihre programme zu sein. dieses täglich abgrabschen von kopf bis fuß, wo ich kein fetzen papier mit raus nehmen konnte, noch nicht mal paar krümel kaffee für einen gefangenen, der keinen hatte, ohne antrag.....
und diese tägliche schikane und entwürdigung für ne sache, die für mich nichts ändert an der politischen isolation.
im gegenteil, wird dieses normalvollzugs-hofgang-programm von ihnen gegen mich benutzt um unsere politische isolation zu betonieren, weil sie damit der diskussion und dem kampf für zusammenlegung entgegenwirken wollen,- die sich draußen weiter durchgesetzt hat, weil es die sache von jeder/m ist kollektive strukturen herzustellen, als kämpfende politische menschen.
unsere anträge auf gemeinsamen hofgang/umschluß wurden abgelehnt.
"...beide beschuldigte sind angehörige der `antiimperialistischen front`
...es ist zu erwarten, daß sie ihre erfahrungen im revolutionären kampf austauschen, absprachen treffen, sowie gedanken zum weiteren kampf diskutieren...... durch die haftlockerung soll nichts vorgetäuscht, sondern einer zunehmenden isolierung entgegengewirkt werden, eine aufhebung der politischen isolation kommt freilich nach wie vor nicht in betracht, da sie dem zweck der untersuchungshaft und den sicherheitsbedürfnissen widersprächen." (29.12.86/ 4.2.87 bundesgerichtshof)

zynisch wird die perfektionierte politische isolation als haftlockerung verkauft. das bedürfnis zu reden, folge der isolationshaft, soll zu einer zwangskommunikation führen: 1 stunde reden, aber nicht über mich, meine schwierigkeiten, überlegungen, den gemeinsamen kampf/widerstand, um sich gegenseitig zu unterstützen, auszutauschen, zu kritisieren, wies bei der zusammenlegung mit den genossen das ziel ist,- sondern ich soll eine

stunde reden um verwirrt, entpolitisiert und zurückgeworfen zu werden, reden als teil des gehirnwäscheprogramms, einem die eigene geschicht, identität zu entfremden - das ist der zweck der isolationsfolter - der untersuchungshaft wie sie es ausdrücken und so ist jede maßnahme von ihnen ein angriff auf mich.
immer in leichter anspannung,- ich höre den schlüssel im schloß - "sie können duschen" - warum duschen? - nee ich will nicht - "dann müssen sie solange in eine andere zelle mit kleiderwechsel - zellendurchsuchung" im flur mehrere traktbullen, einer vom lka.
um diesem "programm" den kampf für meine identität entgegenzusetzen, habe ich mich zunächst einmal entschlossen 24 stunden in der zellen zu bleiben. das richtet sich nicht gegen die sozialen gefangenen, aber sie wissen genauso, daß es den "normalvollzug" als programm gegen alle gibt: sich nicht aufzulehnen, sich nicht solidarisch zu verhalten, sich nicht zusammen zu schließen.
mit mir reden heißt mehr druck (akteneintragung, stärkere beobachtung - bis zur zellendurchsuchung und befragung durch knast- und lkabullen) zuletzt verlegung. "normalvollzug" als anpassung, eingliederung, als system der vereinzelung und zur spaltung (individuelle vorzüge,privilegien sport,kurse)- belohnung- bestrafung.
ich halte mich daran wo ich spüre, und auch erfahren habe, daß es mir kraft und stärke gibt - kollektivität und selbstbestimmung, drinnen und draußen, daß wir als politische subjekte kollektive strukturen brauchen, um nicht objekt ihrer herrschaft zu sein - und das befreiung erkämpft wird und nicht erbettelt -

FÜR DIE ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND !

General Anzeiger 20.03.87

An der Bombe im 52. Stock fehlte nur der Zeitzünder

Terrorist Frerot wollte in Paris ein Hochhaus sprengen

Von unserem Korrespondenten Emil Bölte

Paris. Monatelang sind 4 000 bis 5 000 Menschen täglich im Turmhochhaus Montparnasse ein- und ausgegangen, ohne eine Ahnung von der Bombe zu haben, die im 52. Stockwerk versteckt war. Nur den Zeitzünder hatte der Sprengstoff-Experte der ultralinken Terroristen-Organisation Action Directe (AD), Max Frerot, noch nicht angebracht.

Nach einer genauen Lagebeschreibung der vor einem Jahr gefaßten Terroristin Joelle Crepet wurde die elf Kilogramm schwere Bombe ohne Sirenengeheul und Evakuierung des höchsten Gebäudes der Pariser Innenstadt abtransportiert.

Die 29jährige Informantin und Freundin des gleichfalls in Untersuchungshaft sitzenden Chefs des AD-Zweiges Lyon, Französisch-Lehrer Raymond Olivier, kann mit einer Strafermäßigung rechnen. In ihrer Wohnung in Saint-Etienne waren im März 1986 zehn Koffer mit Dokumenten gefunden worden.

Dieses Archiv deckte die Geschichte des nationalen Zweiges der Action Directe auf. Nach einem Nervenzusammenbruch verbrachte die junge Frau im vergangenen Jahr mehrere Wochen in einem Gefängnishospital.

Der Sprengstoff, den die Polizei acht Etagen unter dem Dach des „Tour Maine-Montparnasse" sicherstellen konnte, befand sich über der Zwischendecke in der Toilette der neukaledonischen Firma „Le Nickel-Imetal". Die AD hatte dem Unternehmen schon vor längerer Zeit gedroht.

In der Pariser Polizeipräfektur nimmt man an, daß der für eine Serie spektakulärer Attentate verantwortliche Frerot die Bombe vor der letzten großen Attentatswelle deponiert hat. Später habe er wegen der zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen keine Gelegenheit gefunden, einen Zeitzünder einzubauen.

Seit Januar hatten Kriminalbeamte am Hochhaus Stellung bezogen, um den letzten „großen Fisch" der Terrororganisation zu fangen. Max Frerot, der im Juli 1986 eine Kripo-Dienststelle für die Bandenbekämpfung zu attackieren vermochte und zuletzt ein Auto des früheren Justizministers Peyrefitte in die Luft gejagt haben soll, kam nicht. Deshalb handelte eine Elitegruppe nun.

Zu den Akten genommen im Prozeß Moro-ter **17.2.1987**

Sonnabend, den 14. Februar 1987 hat ein bewaffnetes Kommando unserer Organisation eine Enteignungsaktion durchgeführt. Als gefangene Militante bekennen wir uns zu dieser Aktion und wir bekräftigen erneut unsere Unterstützung der politischen Linie und der strategischen Ziele der BR-PCC. Diese Aktion ist ein weiterer Beweis dafür, daß die revolutionäre Konfrontation in unserem Land keineswegs zu Ende ist und daß der bewaffnete Kampf und die BR keineswegs besiegt sind.

Weiter zeigt sie unsere vollständige Fremdheit und Unverfügbarkeit gegenüber den verschiedenen Versuchen eine politische Operation durchzuführen, die auf die eingebildete Notwendigkeit zielt, eine revolutionäre Erfahrung von mehr als einem Jahrzehnt in unserem Land abzuschließen. Abzuschließen mit der Anerkennung des Sieges des Staates über die Guerilla, mit der Behauptung der Unmöglichkeit einer Wiederbelebung der revolutionären Aktivität unter den neuen Bedingungen und durch ein Projekt der Befriedung. Der Fakt, daß dieser Erfahrung ein großer Wert- eine soziale und politischen Legitimität - beigemessen wird, ändert nichts! Allenfalls zielt diese Wiederaufwertung - wie in allen "respekablen Verhandlungen" darauf den Preis zu erhöhen.

Seit 1982 haben die BR-PCC klar und offen bestimmte Grenzen und Fehler aufgedeckt, indem sie an ihrer Überwindung und an der theoretischen Anpassung ihres Projekts im Hinblick auf die neuen Bedingungen der Konfrontation arbeiteten. Seit dieser Zeit machten sich die BR-PCC stark für die 'politische Schlacht' und in ihrer politisch-militärischen Praxis unterstützten sie die Notwendigkeit, die Natur der neuen sozialen und politischen Widersprüche zu begreifen, die die Gegenoffensive der imperialistischen Bourgeoisie erzwang und erzwingt. Dies ausgehend von der Überzeugung, daß die Strategie des bewaffneten Kampfes, die Praxis der Guerilla keineswegs ihre Funktion als einzig historische Möglichkeit für das revolutionäre Proletariat in einem langdauernden Klassenkrieg den Staat zu zerschlagen und die sozialistische Gesellschaft zu gründen erschöpft hat.

Aus diesem Grunde sind wir hier nicht um eine Bilanz einer beendeten Erfahrung zu präsentieren, und auch nicht, um eine Art Selbstkritik fortzusetzen, die, indem sie die strategischen Voraussetzungen der BR verzerrt unausweichlich in Liquidation und Befriedung endet. Die BR-PCC halten den Klassenkrieg, der sie hervorgebracht hat und der fortfährt sie zu reproduzieren keineswegs überholt. Genausowenig glauben sie an die Fähigkeit der imperialistischen Bourgeoisie ihre Widersprüche zu stabilisieren, auch wenn es ihr gelungen ist bestimmte Krisen zu überwinden, indem sie eine imponente alltägliche Wiederaufrüstung durchsetzt und sich vorbereitet einen neuen Krieg auszulösen.

Die Konfrontation auf dem heutigen Niveau offen zu halten, zu arbeiten und zu kämpfen für eine Wiederaufnahme der revolutionären Offensive gegen den Staat und gegen die Projekte des imperialistischen Krieges, dies sind die Aufgaben, die die BR-PCC sich in dieser schwierigen Phase gestellt hat. Dies vereinigt heute immer klarer die Interessen unserer Revolution mit den Interessen aller revolutionäre Kräfte und aller Völker, die im Mittelmeerraum und im Nahen Osten gegen den gleichen Feind kämpfen = den westlichen Imperialismus mit den USA an der Spitze.

An der Seite und zusammen mit der europäischen Guerilla und mit allen revolutionären Kräften der Region beabsichtigen die BR-PCC ihren revolutionären Prozeß zu entwickeln, im Bewußtsein daß ihr Sieg eng verbunden ist mit dem Umsturz des Kräfteverhältnisses und einer Niederlage des Imperialismus in dieser Region.

Nocheinmal bekräftigen wir, daß dies kein "kopfloses Weitermachen", kein "irriduabilismo" und ähnlicher Unsinn ist. Nocheinmal bekräftigen wir, daß es möglich ist gegen die neue soziale Führungsschicht und die aktuellen Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen in unserem Land -im Rahmen einer immer klareren kriegstreibenden Politik des Imperialismus- zu kämpfen und zu siegen.

- die antiimperialistische Front in Westeuropa und im Mittelmeerraum subjektiv festigen.
- Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes.
- Krieg dem Krieg! Krieg gegen die NATO!
- Den imperialistischen Krieg in Klassenkrieg für die Macht und die Diktatur des Proletariats transformieren!

Die Militanten der BR-PCC
B.Balzarani; M.Capuano; C.Massara; L.Novelli;
S.Padula; R.Pancelli; M.Petrella; S.Ricciardi; P.Vanzi.

Unterstützt wird diese Erklärung auch vom revolutionären Kommunisten G.Scirocco.

„Terroristen rücken näher zusammen"

Zimmermann: Europa muß gemeinsam antworten / Mord an Giorgieri gleicht Buback-Attentat

F. M./ms. **Rom/Bonn**

Die Ermordung des italienischen Generals Licio Giorgieri durch ein Kommando der „Union kämpfender Kommunisten" soll auf euroterroristischer Ebene beschlossen worden sein. Diese Überzeugung äußerte der italienische Innenminister Oscar Luigi Scalfaro nach einer Krisensitzung im römischen Innenministerium nach dem Attentat auf den Chef des Amtes für Luftwaffen- und Weltraumausrüstung der italienischen Streitkräfte. Der Minister sieht einen klaren Zusammenhang mit den Mordanschlägen, denen 1986 der französische General Audran und der deutsche Industrielle Ernst Zimmermann zum Opfer gefallen waren.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) bezeichnete die Anschläge gegen hohe Militärs der NATO-Staaten als Beleg dafür, „daß die Terroristen in Westeuropa in ihrer Zielrichtung immer mehr zusammenrücken". In einem Gespräch mit der WELT sagte Zimmermann gestern: „Es ist der Versuch, eine gewaltorientierte westeuropäische Front gegen die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses und damit gegen Freiheit und Demokratie aufzubauen." Die Wiederbelebung des Terrorismus in Italien zeige, „daß es sich hierbei um eine schleichende Gefahr handelt". Der Bundesinnenminister betonte, er habe stets davor gewarnt, „in ruhigeren Zeiten diese Gefahr zu unterschätzen". Als „Gegenantwort werden die westeuropäischen Staaten in der Terrorismusbekämpfung enger zusammenrücken müssen", sagte Zimmermann.

Die Welt 22.03.1987

Als Urheber des Mordes an General Giorgieri hat sich in einem Anruf bei der Mailänder Redaktion der Zeitung „La Repubblica" eine Frau im Namen der „Vereinigung der kämpfenden Kommunisten" bezichtigt. Sie erklärte, der General sei als „oberster Verantwortlicher für die Produktion von Waffen und Waffensystemen für die Luftwaffe und den Weltraum" erschossen worden. Die Terror-Gruppierung, die als Splittergruppe den „Roten Brigaden" zugerechnet wird, war im Februar vergangenen Jahres bei einem Anschlag auf Antonio da Empoli, Wirtschaftsberater des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi, in Erscheinung getreten. Damals wurde eine der Terroristinnen beim Schußwechsel mit der Polizei getötet.

Die italienischen Sicherheitsbehörden prüfen in Zusammenarbeit mit deutschen Stellen, ob zwischen linksextremistischen Gruppen der Bundesrepublik und Italiens eine Kollaboration besteht. In der Vergangenheit gab es lediglich Kontakte, aber keine gemeinsamen Aktionen. Der Mord an General Giorgieri gleicht im Ablauf der Ermordung von Generalbundesanwalt Buback im April 1977.

Die französische Polizei nahm gestern in Paris fünf Tunesier fest. Sie besaßen größere Mengen Sprengstoff und Waffen.

FAZ

Rom sieht Anzeichen eines „europäischen Terrorismus"

Anschlag auf Luftwaffengeneral Giorgieri / Professionelle Mörder beauftragt?

hjf. ROM, 22. März. Der italienische Innenminister Scalfaro hat am Samstag nach der Sitzung des „Nationalkomitees für Ordnung und Sicherheit" gesagt, bei der Ermordung des italienischen Luftwaffengenerals Licio Giorgieri durch linksextremistische Terroristen am Freitagabend in Rom deuteten die Auswahl des Opfers und die Herkunft der Attentäter auf „europäischen Terrorismus" hin. Verteidigungsminister Spadolini vermutete bei einer Rede vor der Heeresakademie in der norditalienischen Stadt Modena, daß der Anschlag in einem internationalen Zusammenhag stehe. Am Wochenende wurden in Rom von Vertretern der Sicherheitsbehörden Verbindungen zu jüngsten Anschlägen in Frankreich und der Bundesrepublik zu dem linksextreministischen Terrorismus der „Action Directe" und der „Roten Armee Fraktion" gezogen.

Der 62 Jahre alte Luftwaffengeneral Giorgieri war Leiter der Abteilung „Generaldirektion Bau von Luft- und Weltraumwaffen" im italienischen Verteidigungsministerium; er war verantwortlich für Planung, Bau, Beschaffung, Unterhalt und Überprüfung aller Waffen der Luftwaffe. Am Freitagabend war er in seinem Dienstwagen bei der Fahrt nach Hause von zwei Mördern auf einem Motorrad erschossen worden; sein Chauffeur blieb unverletzt. Eine Stunde nach dem Attentat sagte eine Frau in einem Telefonanruf an die Mailänder Redaktion der Zeitung "Repubblica", der Anschlag sei von der „Union Kommunistischer Kämpfer", einer linksextremistischen Terrororganisation, verübt worden. Sie sagte: „Wir haben Licio Giorgieri, den Höchstverantwortlichen für die Konstruktion von Waffen sowie die Luft- und Weltraumrüstung, hingerichtet." In Frankreich war der hohe Beamte im Verteidigungsministerium, René Audran, am 25. Januar 1985 ermordet worden, in Deutschland die Industriellen Ernst Zimmermann (1. Februar 1985) und Karl-Heinz Beckurts (9. Juli 1986) sowie der im Auswärtigen Amt tätige Ministerialdirektor Gerold von Braunmühl (10. Oktober 1986). Alle Morde deuteten auf einen linksextremistischen „Euro-Terrorismus" hin.

Der italienische Innenminister Scalfaro sagte zu den europäischen Verbindungen des Terrorismus: „Wir haben sichere Beweise dafür, daß es ernsthafte Verbindungen zwischen den deutschen Terroristen der RAF, den französischen der Action Directe und den 'Roten Brigaden' gibt", der italienischen linksextremistischen Organisation, die sich nach der Verhaftung und Verurteilung der alten Mitglieder neu gebildet hat. Bei den Ermittlungen wird von italienischen Sicherheitskräften nicht ausgeschlossen, daß eine übergeordnete europäische Terrorgruppe den „Roten Brigaden" die Ermordung des Luftwaffengenerals übertragen habe und diese wiederum professionelle Mörder mit dem Anschlag beauftragt hätten.

FAZ

Bundesregierung kondoliert Craxi

„Feiger Mord an Giorgieri" / Internationale Verflechtung des Terrorismus

hls. BONN, 22. März. Der Mord an dem italienischen General Giorgieri hat in Bonn abermals die Blicke auf die internationale Verflechtung des Terrorismus gelenkt. Zwar sagt die Bundesregierung offiziell nichts und verweist nur auf das Kondolenztelegramm des Kanzlers an Ministerpräsident Craxi: „Mit großer Bestürzung habe ich von dem feigen Mord an Licio Giorgieri erfahren. Mit ihm ist ein an exponierter Stelle tätiger verdienter Offizier Opfer eines terroristischen Anschlags geworden. Ich möchte Ihnen, dem italienischen Volk und den Angehörigen von General Giorgieri mein tiefempfundenes Beileid aussprechen. Helmut Kohl." Der Hinweis Kohls auf die „exponierte" Tätigkeit des Generals könnte auf die „Bedrohungsanalyse" der Regierung hindeuten: Soldaten, Beamte und Politiker sowie Wirtschaftsführer und Ingenieure stehen auf den Listen von Terroristen und werden von den Tätern dem „Militärisch Industriellen Komplex (MIK)" zugeordnet. Dabei spielt das amerikanische SDI-Forschungsprogramm eine besondere Rolle. Auch der Ermordete hatte damit zu tun.

Verflechtungen deutscher Terroristen mit dem italienischen „Brigate Rosse" (Rote Brigaden) sind seit längerem bekannt. Ob diese oder andere Querverbindungen diesmal in Frage kommen, war nicht zu erfahren. Andererseits hielten sich die deutschen Sicherheitsbehörden zurück, bevor sie jetzt am Wochenende über den deutsch-französischen Anteil des internationalen Terrorismus etwas verlauten ließen. Daß diese jetzt vom Bundeskriminalamt geschilderte Komplizenschaft deutscher und französischer Täter den deutschen Behörden seit längerem bekannt war, konnte man in der letzten Zeit den in Erftstadt erscheinenden „Sicherheitspolitischen Nachrichten" entnehmen. Sie berichteten beispielsweise schon am 16. März von der Zusammenarbeit zwischen „Rote-Armee-Fraktion" (RAF) und der französischen „Action directe" (AD). Schon auf jenem „Kongreß" im Frühjahr vergangenen Jahres in einer Frankfurter Fachhochschule hatte man sich um eine gemeinsame „westeuropäische antiimperialistische Front" bemüht. Im Jahr 1985 hatte man in einer gemeinsamen „Grundsatzerklärung" von RAF und AD den Aufbau einer westeuropäischen „Guerrilla" angekündigt. Die Selbstbezichtigungsschreiben deutscher und französischer Terroristen nach den Morden am MTU-Chef Zimmermann und am französischen General Audran enthielten wörtliche Übereinstimmungen. Beide seien ermordet worden, weil sie „Inhaber einer zentralen Funktion für Rüstungskooperation, ihre industrielle Realisierung und kommerziale Realisierung" gewesen seien. Bei den Anschlägen bei Interpol und dem Bundesgrenzschutz hatten sich die ausführenden Tätergruppen den gleichen Namen gegeben. Diese Entwicklung wurde bestätigt, als man nun in Frankreich in einem Bauernhof die vier führenden AD-Täter festnahm, ihren Unterschlupf untersuchte und ihre Papiere auswertete. Dabei fand man auch einen Raum, der offensichtlich zur Aufnahme einer Geisel vorbereitet worden war. Dies könnte der Hintergrund für die Informationen gewesen sein, daß man den SPD-Vorsitzenden Brandt während seines Urlaubs in Südfrankreich habe entführen wollen. Das ist dementiert worden. Nicht zu dementieren aber sind die Drohung mit der Geiselnahme und ein auffallender Rhythmus in der zeitlichen Folge schwerer Anschläge der AD in Frankreich und der RAF in der Bundesrepublik Deutschland. Sie lagen jeweils in einem so beschaffenen Abstand, daß die gemeinsame Planung und möglicherweise auch die gemeinsame Tat möglich waren: 25.1.1985 Mord an Audran – 1.2.1985 Mord an Zimmermann. 9.7.1986 Anschlag auf Interpol – 11.8.1986 Anschlag auf den Bundesgrenzschutz bei Bonn. 15.4.1986 versuchter Mord an dem Industriellen Brana – 9.7.1986 Ermordung des Siemens-Forschers Beckurts. 10.10.1986 – Ermordung des Diplomaten von Braunmühl in Bonn – 17.11.1986 Ermordung des französischen Industriellen Besse. In der Regel erfolgte die erste vergleichbare Tat demnach in Frankreich. Das gleiche könnte für den Anschlag vom 21.7.1986 auf die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris und einen wenig später vereitelten Anschlag auf das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn gelten. Kommen nun die italienischen Täter hinzu?

SDZ

Rom informiert Bonn über Mord an General

Italiens Innenminister dringt auf engere Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden

Rom, 25. März

Die italienische Regierung rechnet mit weiteren Anschlägen politischer Mordbanden und schätzt die Gefahr als zusehends größer ein, daß sich der politische Terrorismus auf internationaler Ebene eng organisiert. Der römische Innenminister Oscar Luigi Scalfaro ist zu einer Reise nach Bonn, Paris, London und Brüssel aufgebrochen, um die Verbündeten von den jüngsten Ermittlungen der italienischen Sicherheitsbehörden zu unterrichten und um auf engere Zusammenarbeit als bisher zu drängen. Die Ermittlungen zu den Umständen des Mordes an dem Luftwaffengeneral Licio Giorgieri in Rom sind bisher über die Auswertung zahlreicher Zeugenaussagen noch nicht hinausgekommen.

Nach Überzeugung der italienischen Polizei handelt es sich bei dem Mörder des Generals mit größter Wahrscheinlichkeit um einen bisher nicht in Erscheinung getretenen Verbrecher. Zeugen, die vor dem Mord am Abend des 20. März einen jungen Mann in der Nähe des Tatortes gesehen haben wollen, schildern ihn übereinstimmend als blond mit kurzgeschnittenen Haaren, hellhäutig, 1,70 bis 1,75 Meter groß, schlank und mit Blue jeans bekleidet. Das kurz nach dem Mord aufgefundene Motorrad, von dessen Rücksitz aus die tödlichen Schüsse auf den General abgefeuert worden sind, hat zwischen dem Erwerb durch zwei Unbekannte vor einem Jahr und dem Zeitpunkt der Tat mehr als 8000 Kilometer zurückgelegt.

Wie die Witwe des Generals Journalisten mit-

teilte, hat ihr Mann einen Anschlag seit längerem vorausgeahnt. Innenminister Scalfaro bestätigte in der Tat vor der römischen Abgeordnetenkammer, daß offenbar bereits im Januar zwei Jugendliche auf einem Motorrad versucht haben, das Auto des Generals zu überfallen. Die bewaffneten Motorradfahrer seien jedoch von einem anderen Autofahrer bemerkt worden, der den Chauffeur des Generals durch Hupen gewarnt habe. Ungeklärt ist, warum dieser Vorfall offenbar von niemand den zuständigen Sicherheitsbehörden gemeldet wurde. Die Witwe des Generals behauptet, ihr Mann sei auf den Fahrten in Rom nur in unregelmäßigen Abständen von einem zweiten Wagen mit Leibwächtern begleitet worden.

Nach Ansicht von Verteidigungsminister Giovanni Spadolini gibt es nachweislich Ansätze zu einer Internationalisierung der verschiedenen Mordbanden in Italien, der Bundesrepublik, Frankreichs und Belgiens. Allerdings seien einheitliche Planung und eine vollkommen integrierte Organisation noch nicht hergestellt. Es gebe, zumindest in Italien, immer noch mehrere Gruppen neu gebildeter Mordbanden, die untereinander um die Vorherrschaft kämpften. Unter Umständen sei indessen eine einheitliche Organisation des politischen Terrors in ganz Westeuropa nur noch eine Zeitfrage.

Mordbekenntnis auf Flugblättern

SDZ 25.03.1987

Rom (AP)

Flugblätter mit der Aufforderung zum Kampf gegen die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) sind in italienischen Städten gefunden worden. Wie die Behörden mitteilten, begannen die Flugblätter, die den Namen der Terrororganisation „Kämpfende Kommunistische Vereinigung" trugen, mit einer erneuten Bekenntnis zur Ermordung des Luftwaffengenerals Licio Giorgieri. Dieser war am Freitag in Rom erschossen worden. Die Flugblätter wurden in Rom, Mailand, Genua und Turin entdeckt, nachdem in anonymen Telephonanrufen bei verschiedenen Zeitungen auf sie hingewiesen worden war.

Giorgieri, der bei der italienischen Luftwaffe für Rüstungs- und Weltraumprogramme verantwortlich war, galt als SDI-Experte. Er hatte sich um Aufträge für italienische Firmen im Rahmen von SDI bemüht.

Zimmermann schlägt Austausch von „Verbindungsbeamten" vor

FAZ **Scalfaro zu Gesprächen über Terrorismusbekämpfung in Bonn / Ausbau der Zusammenarbeit beabsichtigt**

ban. BONN, 25. März. Bundesinnenminister Zimmermann hat dem italienischen Innenminister Scalfaro eine Vereinbarung über eine zweiseitige Zusammenarbeit der beiden Länder zur Bekämpfung des Terrorismus vorgeschlagen. Scalfaro hielt sich am Mittwochnachmittag in Bonn auf; weitere Stationen seiner der Terrorismusbekämpfung dienenden Reise sind Paris, London und Brüssel. Der Vorschlag Zimmermanns sieht vor, daß nach schweren terroristischen Zwischenfällen „Verbindungsbeamte" auszutauschen seien und daß der Informationsaustausch verbessert werde. Das habe es zwar auch in der Vergangenheit schon gegeben, hieß es. Doch hätte eine förmliche Vereinbarung eine andere, herausgehobene juristische Qualität. Bei verschiedenen Treffen der beiden Minister hatte auch Scalfaro Vorschläge unterbreitet. Der Bonner Vorschlag dürfte jener Vereinbarung entsprechen, die Zimmermann im April in Paris mit dem französischen Innenminister unterzeichnen wird. Staatssekretär Neusel war deswegen Anfang des Monats in Paris gewesen.

In der etwa eine Stunde dauernden Unterredung der beiden Minister wurde auch die Ermordung eines italienischen Luftwaffengenerals, Giorgieri, am vergangenen Freitagabend in Rom angesprochen. Die römische Regierung und italienische Zeitungen hatten die Vermutung geäußert, es handele sich um eine Tat des „Euro-Terrorismus", und möglicherweise seien deutsche Terroristen von der „Rote Armee-Fraktion" (RAF) beteiligt gewesen. Sie wiesen auf die „Auswahl" des Opfers hin. Giorgieri sei in seiner Funktion als Luftwaffengeneral Angehöriger des „militärisch-industriellen Komplexes", der in den zurückliegenden Jahren der RAF und auch der französischen „Action Directe" zum Ziel ihrer Bomben wurde. Ein zweites Indiz sei, heißt es in Kreisen der Sicherheitsbehörden, daß Giorgieri ähnlich wie im Sommer 1977 der damalige Generalbundesanwalt Buback von einem Motorrad aus umgebracht worden sei. Genauere Belege aber sind seitens der italienischen Behörden bisher nicht geliefert worden.

Bei den deutschen Sicherheitsbehörden wird eine konkrete oder auch nur mittelbare Beteiligung der RAF an dem Mordanschlag in Rom derzeit für unwahrscheinlich gehalten. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Gruppe „Union kommunistischer Kämpfer", die geäußert habe, Giorgieri ermordet zu haben, sich in der Vergangenheit von der RAF und auch von der Action Directe ideologisch distanziert habe. Deutsche Sicherheitsbehörden analysierten, daß die „Union kommunistischer Kämpfer" den Führungsanspruch der RAF als zu „elitär" kritisierte und überdies ihre Taten weniger als Kampf gegen den Imperialismus richte, sondern eher „klassenkämpferisch-proletarisch" ausgerichtet sei. Es sei eine Tatsache, daß die italienische Gruppe, eine Abspaltung der Roten Brigaden, verlautbart habe, eine Zusammenarbeit mit der RAF und der Action Directe abzulehnen; umgekehrt fehlten auch Bekundungen der RAF für diese Gruppe.

Die neue Offensive der Roten Brigaden

Der Mord an General Giorgieri vor dem Parlament

NZZ

T. W. Rom, 24. März

Im Parlament, dessen Fortbestand durch einen negativen Ausgang der Regierungskrise zurzeit gefährdet ist, haben Verteidigungsminister *Spadolini* und Innenminister *Scalfaro* am Dienstag erste Auskünfte über den Mord der Roten Brigaden an dem italienischen Luftwaffengeneral *Licio Giorgieri* gegeben. Dies einen Tag nach der Trauerfeier in Rom, in deren Verlauf *Sandro Pertini*, der frühere Präsident der Republik, einen Schwächeanfall erlitten hatte.

Flugblätter gegen SDI und die Nato

Verteidigungsminister Spadolini ordnete das Attentat gegen General Giorgieri vom letzten Freitag ein in einen Abriss der jüngsten Phase des westeuropäischen Terrorismus. Es bestehe ein Rahmen starker Internationalisierung, doch gebe es keine integrierten Kommandos der Ter-

roristen. Das Ziel ihrer nationalen und internationalen Kampagne sei die *Nato*, und ihre Aktionen zielten auf eine allgemeine Destabilisierung Westeuropas, zu der auch Einwirkungen aus dem mittelöstlichen Krisenherd beitragen sollten. Spadolini bestätigte, dass General Giorgieri in keiner Weise mit *SDI*, der strategischen Initiative Präsident Reagans, zu tun hatte. Italien sei militärisch nicht beteiligt; es bestehe nur eine bescheidene Kooperation von der Seite privater Firmen. Der Minister dementierte Meldungen über Pläne zu einem Anschlag gegen den liberalen Parteichef *Altissimo*, bestätigte aber, dass es Hinweise auf eine Gefährdung des Staatssekretärs *Amato* gebe.

In Flugblättern, die in Rom, Mailand, Turin und Genua gefunden wurden, rechtfertigt die «Unione dei comunisti combattenti», hinter der sich der neue Terrorismus der Roten Brigaden in der Hauptstadt versteckt, ihren Anschlag gegen den General. Gleichzeitig wurde ein Dokument von 149 Seiten verteilt, in dem die Organisation wie schon im letzten Jahr ihr Programm darlegt. Im Flugblatt heisst es, dass Giorgieri ermordet wurde wegen seiner Verantwortlichkeit hinsichtlich des italienischen Beitritts zum amerikanischen «Projekt für Kriege im Weltraum». Der Widerstand gegen Reagans SDI sollte, heisst es weiter, zum Austritt Italiens aus der Nato führen, der unvermeidbaren Vorstufe für eine wirklich autonome Rolle Italiens auf der internationalen Bühne.

Kritik an der KPI

Die anonymen Autoren rechnen in ihrer Kritik an der proatlantischen Politik der Regierung Craxi vor allem mit dem republikanischen Parteichef und Verteidigungsminister Spadolini ab, verurteilen aber auch die KPI, die unfähig sei, sich der reaktionären Wende des Grossbürgertums zu widersetzen, und die darauf verzichtet habe, SDI zum Anlass für eine *Mobilisierung der Massen* zu nehmen. Die KPI sei unfähig, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Sie sei die grosse Abwesende der nationalen Politik und ausserstande, den bewaffneten Kampf zu führen. Der «Partito comunista combattente», das heisst die neuerstandene Organisation, sei in der Lage, dieses politische Vakuum zu füllen. Die Illusion des Terrorismus der siebziger Jahre, sich in den innenpolitischen Kampf einschalten zu können, kehrt in diesen Texten wieder, mit all seinen mörderischen Konsequenzen.

Kriminalisierungsrundbrief Nr. 7 erschienen
U.a. folgende Themen: WAA-Urteile/Prozeßtermine, Radi-aktiv-Verfahren/Urteil, Anklage wg. RADIKAL, RAF-Prozesse/Urteil, Info zur Praxis des neuen § 130a, Neues über Jens aus Bielefeld, Informationen u. Überlegungen zur Briefaktion 1MIO für RAF-Verrat, Studie Gesetzesänderungen, Totalverweigerer. 24 S. für DM 2,50,- in Geld (wenn möglich) o. Briefmarken (kleine Werte!) bestellen bei: Kriminalisierungsbrief c/o Umweltzentrum, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel

Montag, 23. März 1987 - Nr. 69 - DIE WELT

Vendetta unter Irlands Terroristen: Elf Tote

Der Machtkampf des „Dr. Death" / Kein Ende abzusehen

REINER GATERMANN, **London**

Seit Anfang dieses Jahres tobt in Irland, sowohl in der Republik als auch in Ulster, ein Untergrund-Krieg, der die bisher auf der Insel schon gekannte Brutalität und Rücksichtslosigkeit noch in den Schatten stellt. Er spielt sich innerhalb der Irischen Nationalen Befreiungsarmee (INLA) ab und hat seit Anfang dieses Jahres elf Todesopfer gefordert, das bisher letzte am vergangenen Samstag abend, als der 25jährige Emanuel Gargan in einem Belfaster Pub von Mitgliedern des INLA-„Armeerates" erschossen wurde.

Radikale unter sich

Im Dezember waren 24 wegen über 200 schwerer Delikte verurteilte INLA-Terroristen vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem dem Obersten Gericht in Belfast Zweifel an den Aussagen des Kronzeugen, dem „Superspitzel" Harry Kirkpatrick, gekommen waren. Unter den Entlassenen befand sich Gerard Steenson (29), der wegen sechsfachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt worden war. Er war auch unter dem Namen „Dr. Death" bekannt. Er wurde das zehnte Opfer dieser Vendetta, die er selbst initiiert hatte.

Die marxistisch-revolutionäre INLA und ihr politischer Ableger, die Irische Republikanische Sozialistische Partei (IRSP) hatten sich 1975 von der IRA getrennt, nachdem diese einen Waffenstillstand mit der britischen Armee eingegangen war. Eigentlich sollte die gesamte Organisation aufgelöst werden, um aus ihr eine neue revolutionäre Kampfgruppe hervorgehen zu lassen. Die internen Gegensätze führten zum Machtkampf um die Führung.

Insgesamt bildeten sich vier Fraktionen, Wortführer wurde der INLA-„Armeerat" mit Steenson an der Spitze: „Als republikanischer Sozialist glaube ich, daß sich die INLA in den vergangenen 18 Monaten in eine kriminelle Bande verwandelt hat, die sich nicht länger um die legitimen Aktionen gegen den britischen Imperialismus in Irland kümmert. Im Interesse der nationalen Befreiung meine ich, die INLA sollte sich sofort auflösen." Dem wollte sich jedoch die INLA-GHQ (Generalhauptquartier)-Fraktion unter Führung von John O'Reilly nicht fügen, am 20. Januar wurden er und Thomas Power in einem Hotel in Eire erschossen. Diesem Feme-Schlachten fiel kurz darauf auch Mary McGlinchey zum Opfer, Frau des einsitzenden IRA-Deserteurs und späteren INLA-„Stabschefs" Dominic McGlinchey. Sie, selbst des Mordes verdächtigt, wurde in ihrem Haus beim Baden ihrer beiden kleinen Söhne hinterrücks erschossen, vermutlich von Leuten des „Armeerates", was dieser jedoch bestritt.

In der vergangenen Woche kursierten Gerüchte, wonach sich die streitenden Fraktionen auf einen Waffenstillstand geeinigt hätten, er hätte jedoch schon längst in Kraft treten sollen. Dagegen wurden in einem Auto Gerard Steenson und Anthony McCarthy (31), der nicht dem harten INLA-Kern angehörte und auf dem Weg zu seiner Schwiegermutter war, um seine drei Kinder abzuholen, seine Frau erwartet das vierte, mit mehreren Kugelsalven niedergestreckt. Wenig später erklärte die Belfast Brigade der INLA-GHQ-Fraktion, „Dr. Death" sei umgebracht worden, weil er den „Republikanismus untergraben und seine Macht zur Selbstglorifizierung und zum Gangstertum benutzt" habe. Am offenen Grab von „Dr. Death", dem Trauerzug folgten – zum Schutz – mehr Soldaten und Polizisten als Gäste, erklärte einer seiner Mitstreiter, man werde jetzt solange kämpfen, bis das Ziel erreicht sei. Mit anderen Worten: Das Morden geht weiter.

Mit 15 Chef bei der IRA

Da werden auch die Worte von Vater Steenson nichts helfen, der zur Waffenruhe mahnt, „es ist alles so sinnlos". Die Mutter erklärt, ihr Sohn habe „nie eine richtige Jugend" gehabt. Das ist typisch für viele Iren, auch wenn nur wenige eine solche „Karriere" wie Gerard Steenson machen. Seit er sich 1971 aktiv dem bewaffneten Terrorismus anschloß, hat er lediglich fünf Jahre außerhalb von Gefängnismauern verbracht. Mit 13 trat er der IRA bei, ein Jahr später war er wahrscheinlich bereits an der Ermordung eines britischen Soldaten in West-Belfast beteiligt und mit 15 jüngster Einsatzführer der IRA.

In Mönchengladbach-Rheindahlen

SDZ 25.03.87

31 Verletzte bei Anschlag auf britisches Offiziers-Casino

Die Untergrundorganisation „Irisch-Republikanische Armee" bezeichnet sich in einem Bekennerschreiben als Urheber des Attentats

Mönchengladbach (Reuter)
Bei der Detonation einer Autobombe vor einer Offiziersmesse der britischen Rheinarmee in Mönchengladbach-Rheindahlen sind am späten Montagabend 31 Menschen verletzt worden. Nach Angaben der bei den Ermittlungen federführenden Bundesanwaltschaft handelt es sich bei den Verletzungen entgegen ersten Befürchtungen um „weniger gravierende" Fälle, fünf Menschen wurden am Dienstag noch in Krankenhäusern behandelt.

Am Dienstag bekannte sich die Untergrundorganisation Irisch-Republikanische Armee (IRA) zu dem Anschlag. In einem dem Londoner AP-Büro von einem „Irisch-Republikanischen Pressezentrum" in Belfast übermittelten Communiqué hieß es, man habe eine Einheit in die Bundesrepublik entsandt, um den britischen Truppen „einen verherrenden Schlag" zu versetzen.

Die Verletzten, 27 Deutsche und vier Briten, hatten in der Offiziersmesse an einer Abschiedsfeier für versetzte Bundeswehroffiziere teilgenommen. Um 22.30 Uhr detonierte nach Angaben der Bundesanwaltschaft vor diesem Gebäude auf dem Gelände des NATO-Hauptquartiers Europa-Mitte die Bombe mit großer Sprengkraft, die in oder unter dem abgestellten Fahrzeug verborgen war. Die Polizei sprach von einer Sprengkraft von etwa 100 Kilogramm TNT. Sie riß einen Krater von drei Metern Durchmesser in den Boden, demolierte mehr als 20 umstehende Fahrzeuge und ließ in einem Umkreis von rund 200 Metern alle Fensterscheiben zersplittern. Teilnehmer der Feier in der Offiziersmesse wurden von Splittern übersät, dennoch blieben die Verletzungen relativ glimpflich.

Kurz vor der Explosion war ein Anruf beim Düsseldorfer Büro der Deutschen Presse Agentur (dpa) eingegangen, in dem ein Unbekannter auf englisch offenbar vor dem Anschlag warnen wollte. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Alexander Prechtel, wertete den Anruf als Indiz dafür, daß es sich bei den unbekannten Tätern wahrscheinlich weder um ein „Killerkommando" der terroristischen „Roten Armee Fraktion" noch um einen Anschlag der irischen Terrororganisation IRA handle. Diese Organisationen warnten zumeist nicht vor.

Zugleich bestätigte Prechtel, daß sich die Sicherheitskräfte der britischen Rheinarmee in einer erhöhten Bereitschaft befunden hätten, was wohl seinen Grund in zuletzt häufigeren Terrorakten der IRA gehabt habe.

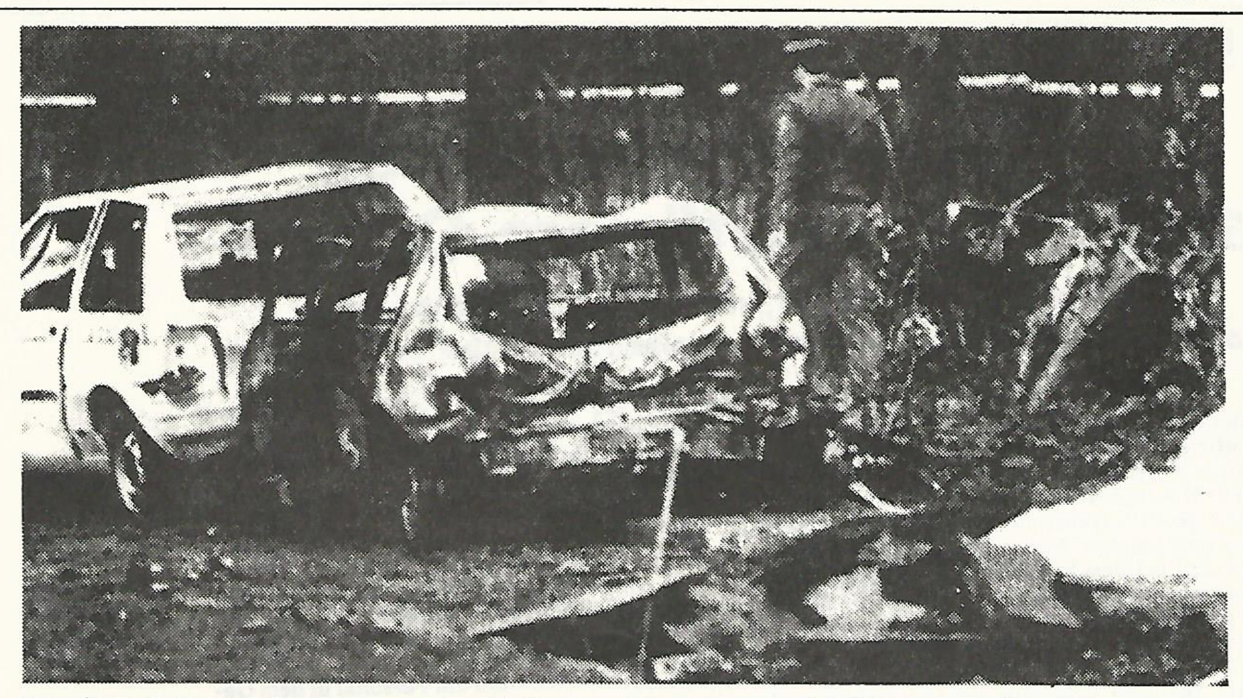
Ein Bundeswehrvertreter in Mönchengladbach ergänzte, offenbar hätten die Briten „in den letzten Tagen etwas erwartet" und seien „sehr sensibilisiert" gegenüber möglichen IRA-Anschlägen gewesen. Aus diesem Grunde sei nach der Detonation der ersten Bombe sofort nach einem zweiten Sprengsatz gesucht worden, da bei IRA-Anschlägen ein Doppelschlag nicht selten sei.

Der Sprecher des Bundeswehr-Territorialkommandos Nord in Mönchengladbach, Jochen Cholin, der sich zur Tatzeit zufällig nahe dem Tatort aufhielt, sagte auf Anfrage, die Feier in der britischen Offiziersmesse sei „eine rein deutsche" Angelegenheit gewesen. Bei den verletzten Briten habe es sich wohl um Personal in dem Gebäude gehandelt.

Mit am schwersten verletzt wurde durch Splitter nach Cholins Worten Generalmajor Hans Hoster, der Chef des Stabes der Armeegruppe Nord bei der NATO. Der Offizier habe im Gegensatz zu den anderen Feiernden zum Zeitpunkt der Explosion gestanden, da er gerade eine Rede beginnen wollte. Dadurch sei er weniger geschützt gewesen. Doch auch er soll wie die anderen Opfer, die am Dienstag noch im Krankenhaus lagen, in den nächsten Tagen entlassen werden. Bei den Verletzungen handelt es sich nach Prechtels Angaben um Splitterwunden. Außerdem hätten viele Schocks erlitten.



Vor knapp zwei Jahren, im August 1985, hatte schon einmal eine Autobombe, die damals von der terroristischen RAF in der Frankfurter US-Airbase deponiert worden war, verheerende Folgen. Damals waren zwei Menschen gestorben.



Auf einem Parkplatz, 20 Meter von dem Gebäude entfernt, in dem sich Offiziere zu einer Feier getroffen hatten, ging die Autobombe hoch. Parkende Pkw fingen den Explosionsdruck teilweise auf FOTO AP

die Welt 25.3.87

Vor der Messe zuckte ein Blitz...

H. BREUER, **Mönchengladbach**

„Der Lichtblitz zuckte bis in die Wolken hoch. Sekundenlang war es hell wie an einem Sommermittag, während die Detonation wie ein langer Donner über das Hauptquartier hinwegrollte. Ich habe so etwas noch nie erlebt, und ich bin Soldat." Oberstleutnant Jochen Scholin stand noch gestern mittag bei seinem Gespräch mit der WELT im Banne der Bombenexplosion, die er in der Nacht zum Dienstag als einer der wenigen Augenzeugen im Freien erlebte.

14 Stunden zuvor, um 22.30 Uhr am Montagabend, hatte der 43 Jahre alte Presseoffizier des Territorialkommandos Nord der Bundeswehr gerade die Royal-Air-Force-Messe der Vereinigten Hauptquartiere der NATO im Südwesten Mönchengladbachs verlassen, als 200 Meter entfernt die von noch unbekannten Terroristen gezündete Autobombe explodierte. Man hatte in fröhlicher Runde mit Offizieren und Journalisten den Abschied des zum Stab von NATO-Oberbefelshaber Rogers im belgischen Mons abkommandierten Oberstleutnant Wolfram Schreckenbach gefeiert, bis das Attentat das Fest jäh beendete. Nach einigen Schrecksekunden lief Scholin mit zitternden Knien hinüber zur Unglücksstelle nahe der Van Tromp Road.

Diese Seitenstraße der birkenbestandenen Queens Avenue, der Hauptstraße der Headquarters (HQ), ist den britischen, deutschen, holländischen und belgischen Soldaten wohlbekannt, die in der komplizierten Befehlsstruktur der NATO in Mönchengladbach ihren Dienst tun. Denn an der Van Tromp Road liegen mehrere der zwei Dutzend, alphabetisch benannten Offiziersmessen, in denen die gesellschaftlichen Ereignisse der immer noch von den Briten geprägten Militärwelt des alten Hauptquartiers der englischen Rheinarmee stattfinden. In diesem Stück Inselreich am Niederrhein gibt es zu den Versetzungsterminen der Bundeswehr im April und November auch Abschiedsfeiern deutscher Offiziere.

Dorthin hatte General Hans Hoster (52), der Chef des Stabes der Armeegruppe Nord und dienstältester deutscher Offizier (DDO) bei der NORTHAG, zum Abendessen mit Damen geladen. 22 Offiziere und 20 Ehefrauen waren seiner Einladung in das zu diesem Zeitpunkt noch unbewachte, jedermann zugängliche Hauptquartier in der Nähe des weiträumigen Hardter Waldes gefolgt. Die Gäste des Generals parkten ihre Wagen direkt vor dem cremefarbenen, eingeschossigen Bau aus den fünfziger Jahren, der Gründerzeit der kleinen englischen Stadt mit ihren heute 3500 Bewohnern. Einige Offiziere fanden auf dem Parkstreifen vor der E-Messe keinen Platz mehr und steuerten den schmalen, 20 Meter entfernten Parkplatz an, wo vermutlich bereits in einem zuvor abgestellten Fahrzeug die Zeituhr der mit ca. 100 Kilo Sprengstoff gefüllten Bombe tickte.

Beim gemütlichen Kameradschaftsplausch wurde nach dem Abendessen kurz vor 22.30 Uhr der Kaffee gereicht. Hans Hoster erhob sich noch einmal und begann in der aufgekratzten Stimmung eine Stegreifrede, die durch das Attentat abrupt beendet wurde. Das leichte Gebäude bebte unter der Wucht der gewaltigen Explosion, Fensterscheiben zerbarsten, Rahmen wurden aus dem Mauerwerk gesprengt, Türen und Deckenverkleidungen zerfetzt. Der General erlitt zahlreiche Schnittverletzungen im Rücken und am Hals, während seine sitzenden Zuhörer und das britische Bedienungspersonal glimpflicher davonkamen. Offenbar wurde die 20 Meter von dem Gebäude entfernt (eine Tatsache, die den Sicherheitsbeamten noch Rätsel aufgibt) ausgelöste Explosion in ihrer zerstörerischen Wirkung auch durch die vor der E-Messe geparkten sechs Autos gemildert.

„Wenn der General nicht nochmals des Wort ergriffen hätte, wenn die Gäste sofort nach dem Kaffee auf die Straße gegangen wären, hätte es ein Blutbad geben können," entsetzte sich gestern Jochen Scholin, der den Abend des 23. März in seinem ganzen Leben nicht wieder vergessen wird.

Machtdemonstration auf dem Kontinent

SDZ

Schlagzeilen kann die IRA nur noch im Ausland machen

London, 25. März

Die Garnison ist das Nervenzentrum der 55 000 Mann starken Britischen Rheinarmee. Mit 12 000 Menschen – neben britischen Militärs und deren Familien auch deutsche Zivilangestellte – ist Rheindahlen fast so etwas wie eine englische Kleinstadt auf deutschem Boden. Die militärischen Einrichtungen sind streng gesichert, aber die Kasernen und Wohnsiedlungen der Soldaten sind zugänglich für jedermann; öffentliche Straßen durchkreuzen das Gebiet. Und die Explosion vom Anfang dieser Woche war nicht der erste Anschlag; die Irish Republican Army, IRA, hat schon eine ganze Reihe von Attentaten auf dem europäischen Festland verübt: Ende der siebziger Jahre hatte es einige Bombenattacken auf Kasernen in Rheindahlen und Dortmund gegeben. Zudem waren ein Rheinarmee-Oberst in Bielefeld und der britische Botschafter in Den Haag von IRA-Killer-Kommandos umgebracht worden. Der Versuch, eine englische Soldatenkapelle mitten in Brüssel in die Luft zu sprengen, war glücklicherweise fehlgeschlagen, nachdem die Bombe bereits vor dem Konzert explodiert war. Doch auch dabei waren 16 Menschen verletzt worden. Seither konnten, wie der Staatssekretär im Londoner Verteidigungsministerium, John Stanley, sagt, einige Anschläge im Ansatz vereitelt werden.

Die Explosion von Rheindahlen gibt Grund zur Besorgnis. Im Parlament gaben sich Abgeordnete auf beiden Seiten des Hauses irritiert über die Verwundbarkeit einer englischen Einrichtung auf alliiertem Territorium. In London wird nicht daran gezweifelt, daß die IRA tatsächlich für den Anschlag verantwortlich ist, zudem in Belfast ein Bekennerschreiben publik wurde. „Die britische Regierung", heißt es da, „kann Leben retten, indem sie den Krieg in Irland beendet."

Das ist die gewöhnliche Anmaßung der nordirischen Terroristen. Ob die Bombenleger in Rheindahlen jedoch wirklich so vorsichtig mit ihrer 150-Kilo-Bombe zu Werke gegangen sind oder ob glückliche Umstände größere Opfer vermieden haben, ist die Frage. Jedenfalls hat die IRA mit diesem Anschlag mehr Aufmerksamkeit erregt als mit all den Verbrechen im eigenen Lande in jüngster Zeit. Es sei zu begrüßen, sagte der Labour-Abgeordnete Meryl Rees, daß der Staatssekretär seine Betroffenheit ausdrücke. Denn: Obwohl in diesem Jahr schon 18 Menschen in Nordirland ermordet worden seien, habe sich kein Regierungsmitglied genötigt gesehen, vor das Unterhaus zu treten.

Fast zur selben Zeit, als in Rheindahlen die Bombe hochging, wurde im nordirischen Londonderry ein Zivilist erschossen. Aber ein Mord läßt sich noch steigern: Zwei Polizeibeamte wurden bei der Bergung der Leiche von einer Zeitbombe zerrissen. Das war selbst nach IRA-Standard so schrecklich, daß Nordirland-Minister Tom King den dreifachen Mord „eine der abscheulichsten Taten im Katalog von Tod und Zerstörung" nannte. Tags darauf machte die IRA das Begräbnis eines ihrer Kämpfer in Londonderry zur Machtdemonstration: Obwohl Hunderte von Beamten den Friedhof umstellt hatten, konnten zwei schwarzvermummte uniformierte IRA-Männer über dem Sarg mit ihren Pistolen fünffachen Salut feuern.

Trotzdem: Schlagzeilen macht die IRA fast nur noch, wenn sie außerhalb von Irland aktiv wird. Sicherheitsexperten fürchten nun, daß Rheindahlen der Beginn einer neuen Schreckensserie auf dem Kontinent sein könnte.

SDZ 28-03-1987

BKA: Mann mit irischem Paß kaufte Anschlagsauto

Karlsruhe (Reuter)

Die Ermittlungen zu dem Bombenanschlag auf eine Offiziersmesse im Hauptquartier der Britischen Rheinarmee in Mönchengladbach-Rheindahlen deuten nach Angaben der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe immer mehr auf die Irisch-Republikanische Armee (IRA) als Täter hin. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Prechtel, sagte, das Anschlagsauto sei von einem Mann gekauft worden, der bei dem Geschäft einen irischen Paß vorgelegt habe. Einen Tag nach dem Anschlag hatte sich am Dienstag in Belfast die IRA zu dem Attentat bekannt.

Nach Angaben des Bundeskriminalamts war der Sprengsatz in einem rot-braunen Volvo 244 L mit dem niederländischen Kennzeichen „38 UH 51" versteckt. Das Fahrzeug sei am 11. März in Den Haag von einem Mann namens M. Heaney gekauft worden. Die in dem Volvo versteckte Bombe hatte einen Krater von drei Metern Durchmesser in den Boden gerissen.

Am Mittwoch sei im Bereich der deutsch-niederländischen Grenzübergangsstelle an der Bundesstraße 230 in einem in Fahrtrichtung Niederlande an der rechten Fahrbahnseite stehenden Papierkorb ein Tarnanzug der Britischen Rheinarmee gefunden worden, hieß es in der BKA-Mitteilung. Es sei nicht auszuschließen, daß der Täter diesen Tarnanzug getragen habe, um ungehindert in den Bereich des Hauptquartiers zu gelangen, und daß er vor dem Grenzübertritt in die Niederlande den Anzug versteckt habe.

WAR NEWS





kommunikee

WEST GERMAN BLAST

There was consternation in British government and military circles when, for the first time in several years, IRA Volunteers attacked a major British military target in Europe.

Monday night's car-bomb attack took place at the joint British army/Royal Air Force headquarters at Rheindahlen, near Dusseldorf, West Germany.

A red Toyota car containing over 200 lbs of explosives was parked beside the base's officers' club. A warning was telephoned and a short time later, at 10.30pm, the bomb exploded. The blast, which was heard ten miles away, wrecked the club and injured a number of officers.

Claiming responsibility the IRA warned:

"British forces can count themselves extremely lucky. Our unit's brief was to inflict a devastating blow but was ordered to be careful to avoid civilian casualties. Because of the presence of a large number of civilians, including many women, in the immediate area a warning was given.

"The British government can save lives by calling off its war in Ireland. It has been warned."

R.R.F. HET BAL-DÉMASQUÉ

13 December vorig jaar arresteerde de Rotterdamse politie in Den Haag drie mensen op verdenking van het lidmaatschap van het Rood Revolutionair Front. Ze worden beschuldigd van aanslagen op o.a. het gebouw van de Christelijke werkgevers, een gebouw van de Atlantiese Commissie en het hoofdkantoor van de SHELL, en op een gebouw van de American Express in Rotterdam.

Dit nieuws werd in eerste instantie vernomen via het TV-journaal. Verwarring: een mengeling van dat verbaast me niks en daarnaast toch het idee dat het klote voor ze is, dat het uiteindelijk toch mensen zijn met een zelfde politieke achtergrond, dat gun je ze toch niet. Met een paar mensen nog over gepraat of we moesten proberen iets voor ze te doen. Alleen wat waren hun namen, wie zouden de advokaten zijn én zouden ze het zelf wel willen, want ja wat weten we eigenlijk van ze.

De afgelopen maanden zijn we via de Zwarte diverse malen benaderd door mensen met de vraag of wij meer informatie hadden, of we wisten hoe het met hen ging, of hun advokaten het goed deden, of we solidariteitsverklaringen wilden doorgeven.
Op zich niet onlogies dat er werd verwacht dat we met de Zwarte wel wat meer zouden weten én dat er een groep mensen zich zou gaan bezig houden met de arrestanten.
Maar dat gebeurde dus niet. Als twee maanden later Gerard wordt opgepakt als vierde arrestant is het wel gelijk duidelijk dat er wat gebeuren moest. Advokaat regelen, spullen afgeven, op bezoek gaan, etc.

de voorgeschiedenis

Waarom bij Gerard wel en bij de andere drie niet? Waarom niet, terwijl de al of niet gelukte aanslagen van de laatste twee jaar bij o.a. Neratoom, de SHELL, het NCW, de Atlantiese Commissie, toch wel aanspreken.

Dat heeft alles te maken met de voorgeschiedenis die een aantal mensen in Den Haag met hun hebben. Een voorgeschiedenis die heeft geleid tot een politiek isolement. Volgens mij is het goed om daar toch eens wat over uit te leggen, omdat anders de mistifikatie rond de drie blijft bestaan.
De eerste keer dat er met hen kontakt was, was een jaar of drie geleden. Een aantal mensen werden benaderd met de plompverloren vraag of ze zin hadden in harde akties. Hilariteit. Een volkomen onbekende die even komt vragen of je zin hebt in het leggen van bommen. Politie of naïviteit?

De weken daarna volgen nog meerdere pogingen tot het leggen van kontakten. Op een gegeven moment wordt geprobeerd in de (niet meer bestaande) boekhandel de Grote Leegte een anarchisties kookboek te kopen. Die was er niet en later komen ze terug met het verhaal dat ze het wel opnieuw willen uitgeven en dat ze dat samen met de Vikingjeugd willen doen.(??)
Daarna volgt er een oproep in de Zwarte tot het opzetten van revolutionaire cellen (zie bijlages). Ze noemen zich zelf dan De Rode Leger Fraktie. Ze halen diverse malen de lokale pers met kleine pogingen tot aanslagen en bommeldingen ,o.a. bij het Centraal Station. Hun hele opstelling en keuze van objekten leidt tot groot wantrouwen bij ons. In Zwarte nummer drie wordt, in een overigens niet van cynisme ontbloot stuk, weer de vraag gesteld hoe links ze dan wel niet zijn en wordt de vraag steeds sterker, wie of wat ze nou eigenlijk zijn.

Nadat ze niet in staat zijn om in de Zwarte een beetje redelijk uit te leggen waar ze nou eigenlijk mee bezig zijn valt bij ons (en bij hen) het doek over het RLF.
Tot ze zo'n twee jaar geleden weer opduiken als RRF (het Rood Revolutionair Front). Een nieuwe serie aanslagen volgt met in het begin de bijbehorende verklaringen.
Maar ook deze verklaringen komen weer niet verder dan het klakkeloos overpennen van wat citaten uit de RAF-hoek. Lege frasen, waarbij enig kritìes, analities vermogen ver te zoeken is.

Maar naast het feit dat ze nu diverse aanslagen plegen die nog wel tot de verbeelding spreken in hun objektkeuze, komt er daarnaast een nieuw facet bij.
Mensen en groepen die volgens hen in de weg zitten, die niet hun revolutionaire weg schijnen te willen volgen, of mensen die blijkbaar verhinderen dat ze bredere kontakten kunnen leggen, worden bedreigd en gevolgd. Ze blijken van sommige mensen allerlei privé-gegevens te hebben.
Het isolement waarin ze al zaten werd alleen nog maar verder versterkt en de behoefte om ook maar enige konnektie met ze te hebben is totaal afwezig.

het verraad

Van enige steun in de bak zijn ze dan ook verstoken gebleven. De eerste dagen in de bak schijnen ze geen advokaat gehad te hebben.
En de advokaten die ze nu hebben (toegewezen gekregen?) zijn er ook niet direkt op uit om ze ook polities gezien een goede verdediging te geven.
Wat ze wel doen is Gerard erbij lappen. Uitgerekend degene met de grootste bek legt een verklaring af waar de honden geen brood van lusten. Een verklaring vol vermoedens (hij denkt bijv. dat Gerard ook betrokken was bij de aanslagen in Amsterdam tegen de olympiese Spelen) en Gerard zou voorgesteld hebben in te breken in een kazerne. Bij het eerste kan je je nog voorstellen dat de kit daarnaar vraagt, maar waar of niet waar daar antwoord je gewoon niet op. De tweede verdenking heeft hij zelf ingebracht. Waarom? In ieder geval gronden en verdenkingen genoeg voor de kit om Gerard uit z'n huis te slepen

Ook verklaart hij over Gerard even dat: voor hem het geweld tegen mensen niet meer uitmaakt. Mensen die Gerard ietsje beter kennen weten wel beter. Maar nog schriller is de tegenstelling tussen deze verklaring en de opvatting van Maxime over lid worden van het RRF: "je kunt er wel bij, maar nooit meer eruit" verklaarde hij ooit tegen iemand. De andere twee leggen na met de verklaring van Maxime te zijn gekonfronteerd ook een voor Gerard belastende verklaring af, maar minder vergaand. En dat ondanks het feit dat de hele rol van Gerard bijna te verwaarlozen is en niet verder is gegaan dan het leveren van wat materialen, niet eens de explosieven.

Mogelijke kontakten met de Vikingjeugd, bommeldingen op het Centraal Station (remember Bologna!) en bij een verhoor met de politie wordt gezegd: het gaat erom dat de samenleving ontregeld wordt en het geeft niet of het door extreem links of rechts gebeurt.

Wat mij betreft kunnen de drie van het RRF de pot op. Ze zijn arrogant, politiek gezien maken ze soms kompleet foute keuzes en ze vormen een bedreiging voor derden, voor mogelijke medestanders en voor toevallige passanten.

bijlages

"De Zwarte"
Postbus I0233
Den Haag

DECEMBER '83

Geachte redactie,

Hierbij zenden we u een oproep toe, die zo mogelijk in uw maandblad "De Zwarte" geplaatst kan worden, bij voorbaat onze dank.

Rode Leger Fractie-nederland

Oproep tot alle revolutionaire cellen.

Via dit blad willen we een beroep doen op alle revolutionaire cellen die de revolutie daadwerkelijk aan het hart ligt.
Een staat die zijn arbeiders uitbuit terwille van het kapitaal, moet zo nodig met geweld verdreven worden.
Nederland bevindt zich momenteel in zo'n situatie waarbij werkende en niet werkende worden uitgebuit en zo ook tegen elkaar worden opgezet, dit alles voor het nationale kapitaal.
Deze misdadige praktijken die onze regering uitoefent op het 'proletariaat' moet vandaag nog bestreden worden.
Dit bestrijden zal niet gaan via democratische middelen, daar ze hier voor ongevoelig blijken te zijn, de weg die nog open is, is die van geweld.
Daarom roepen we alle revolutionaire cellen op tot sabotage van staats-instellingen en andere belangrijke instellingen die de staat op de been houden.
Iedere stad in Nederland moet zijn Baader-Meinhof groep bezitten, die de huidige staat zal ontmantelen.
Kameraden van de praktische revolutie, begin vandaag nog met terreur tegen de staat.
De overwinning zal aan ons zijn!!!

Rode Leger Fractie-nederland

De Rode Leger Fractie-nederland steld zich hierbij verantwoordelijk voor het plaatsen van de 'fictieve-bom' op IOuur45 van 24-2-'84, naast de roltrap van perron 6 en 7 op het centraal station te Den haag.
Het doel van deze actie was het ontwrichten van het trein verkeer van-en naar Den haag.
Helaas is deze actie maar gedeeltelijk geslaagd, wel hebben we fascistisch getinde ambtenaren en de B.O.D. stumpers enkele uren (om precies te zijn van IO.5I tot en met I4.29) bezig kunnen houden.
Wij zullen doorgaan met dit soort acties zolang het proletariaat wordt bestolen ten behoeve van het kapitaal.
De staat moet nu eens weten dat het afgelopen is met het misdadige gedrag van hen.
Hierbij kunnen we mede delen dat de verantwoordelijke misdadigers van het proletariaat bom-pakketten zullen ontvangen.

We doen nogmaals een oproep aan alle 'passieve' revolutionaire krachten, om sich aan te sluiten bij de communistische strijd. Om zo een krachtig anti-kapitalistische eenheid te vormen, alleen dan zullen de misdadigers van het proletariaat berecht worden.

FEBRUARI '84

Leve de strijd van het communisme!!!

Rode Leger Fractie-nederland

De rol van de inlichtingendienst

Hoe slecht en amateuristies en gevaarlijk hun hele werkwijze was blijkt bijv. ook uit het feit dat ze hun explosieven rustig met het openbaar vervoer vervoerden en dat de bom bij American Express in Rotterdam, maar twee meter van het fietspad aflag.
Daarnaast kletsten ze er ook veel te veel over en is het eigenlijk verbazend dat ze zoveel jaar hun gang hebben kunnen gaan.

De politie kwam ze op het spoor bij de aanslag in Scheveningen in februari vorig jaar. Maxime stond te kijken(!)en werd door een agent gevraagd wat hij er deed. Hij zei toen het bericht op de scanner te hebben gehoord. Dat kon dus niet, omdat het bericht niet op de scanner was geweest.
Vanaf die tijd zijn ze geobserveerd door de BVD en een observatieteam van de CRI. Soms zelfs 24 uur per dag. Verder werden hun telefoons afgeluisterd.
Het verbazingwekkende is dat ze in de periode tot aan de arrestatie nog diverse aanslagen kunnen plegen, waarbij ze wél gevolgd zijn.
Al deze aanslagen "mislukken", bij de SHELL bijv. zou de bewakingsdienst toevallig wat gevonden hebben. Toeval of niet?
Bij American Express gaat het bijna fout. Na de bommelding gaat er politie heen, waarna er bijna een agent gewond raakt bij de explosie. Hierna wordt de groep zeer snel door de Rotterdamse politie opgerold.
Al eerder hebben we in de Zwarte ons afgevraagd, waarom niet de Haagse maar de Rotterdamse kit betrokken was bij de uiteindelijke arrestatie. Een bericht in de NRC hierover bevatte een soort triomfantelijke ondertoon.
Nu duidelijk is dat de BVD ze al langer op het spoor was, wordt het nog gekker. Ook de Haagse politie moet op de hoogte zijn geweest vanaf februari vorig jaar.
Een mogelijke verklaring.
In samenspel met de BVD en de CRI is de politie niet tot arrestatie over gegaan, waarschijnlijk om zo mogelijke konnekties na te kunnen gaan. Aanslagen hebben ze gewoon laten plegen (!), maar in Rotterdam ging dat bijna fout doordat er bijna een agent gewond raakte. Het is niet onwaarschijnlijk dat ze daar in Rotterdam van over de rooie zijn gegaan en dat toen is besloten om over te gaan tot arrestatie.

Gerard tenslotte werd pas enkele dagen voor zijn arrestatie ook gevolgd. Maar toen waren er dus al verklaringen over hem afgelegd.

VERKLARING

FEBRUARI '86

HET ROOD REVOLUTIONAIR FRONT VERKLAART HIERBIJ VERANTWOORDELIJK TE ZIJN VOOR DE AANSLAG OP HET HOL VAN HET NEDERLANDS CHRISTELIJK WERKGEVERSVERBOND IN HET KADER VAN DE FASEGEWIJZE STRIJD TEGEN HET ALOM AANWEZIGE EN VOELBARE STRUCTURELE EN FYSIEKE GEWELD VAN HET INTERNATIONAAL MODERN-, FEODALISME.

R.R.F.

post

Gerard
cel B 78
Huis van Bewaring 2
Noordsingel 115
Rotterdam

Türkische Spezialtruppe bei der GSG 9 ausgebildet

Deutsche Waffen, deutsches Geld morden eben doch mit in aller Welt: Während die Bundesregierung noch im August letzten Jahres auf Anfrage der Grünen im Bundestag abstritt, auch nur in irgendeiner Weise an der Ausbildung und Ausrüstung der berüchtigten neuen türkischen Elitetruppe beteiligt zu sein, brachte die türkische Tageszeitung „Tercüman" am 31.1.87 ausgerechnet auf der Titelseite die Riesenschlagzeile: „Unsere Kommandos werden in Deutschland ausgebildet", untermalt mit Fotos und einem Interview mit dem Offizier des GSG 9, Anselm Weygold:

„*Während unseres langen Gesprächs mit Hauptmann Weygold erwähnte dieser die enge Zusammenarbeit mit der Türkei. Weygold erwähnte, daß im vergangenen Jahr hier zwei Kommandoeinheiten der Gendarmerie ausgebildet worden seien und fuhr fort: ‚Aus der Zusammenarbeit erzielen wir sehr gute Ergebnisse'. Weygold erwähnte auch die technische Zusammenarbeit, sagte aber, hier seien die Systeme unterschiedlich und nicht erfolgreich genug.*" (Tercüman v. 31.1.87)

Die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen der BRD und dem faschistischen Regime in der Türkei ist keineswegs neu: Bereits einige Tage nach dem Militärputsch 1980 — als erstes internationales Abkommen der Militärjunta überhaupt — spendierte die BRD erst einmal 1 Mio. DM Ausrüstungshilfe für die türkische Polizei, als Auftakt sozusagen. Auch in den folgenden 6 Jahren beschränkte sich die Bundesregierung (gleich ob CDU oder SPD) keineswegs auf Milliarden DM an Wirtschaftshilfe: Insbesondere an der militärischen und polizeilichen Aufrüstung der Türkei ist die BRD intensiv beteiligt. Mittlerweile sind die türkischen Grenz- und Polizeistationen mit Computern bestückt, von denen die Firma Siemens zumindest das Zubehör (wie Stromaggregate etc.) geliefert hat.

Regelmäßig werden über den Hamburger Hafen Militär-LKW geliefert und Ministerpräsident Özal besuchte während seines Staatsbesuches im Herbst 1984 unter großer Geheimhaltung die Luftwaffenfirma MBB in der Hansestadt. Hier ging es um den Ankauf von Hubschraubern, wie sie das türkische Regime für den Einsatz gegen die kurdische Bevölkerung und für den schnellen Transport der erwähnten Spezialeinheiten benötigt.

Im Juni 1985 hielt sich dann die gesamte Spitze der türkischen Polizei auf Einladung des Bundesinnenministeriums zu einem mehrtägigen Besuch in der BRD auf: Ziel dieses Besuches war es laut türkischer Presse „*die türkische Polizei mit deutscher Hilfe mit den modernsten Waffen und Gerät auszurüsten ...*" (Milliyet)

Auf dem Programm der Delegation stand neben dem BKA und dem Bonner Innenministerium vor allem ein ausführlicher Austausch mit der GSG 9.

Welch „Zufall", daß die Türkei noch im selben Jahr mit der Aufstellung einer 500 Mann starken Elitetruppe begann, deren Ausbildung nach wiederholten Berichten der türkischen Presse zumindest zum Teil in der Bundesrepublik bei der GSG 9 stattfand. Inzwischen sind die als „Schwarze Insekten" bekannten Sonderkommandos, deren Zahl noch weiter auf 1.500 aufgestockt werden soll, vornehmlich in den kurdischen Gebieten im Einsatz. Ihre „Schlagkraft" wird von der reaktionären türkischen Presse mit folgenden Worten gelobt: „*... beim Einsatzbefehl geht ein Schlag durch den Körper der todesmutigen bärenstarken Männer ... Ihre automatischen Wunderwaffen treffen immer. Unsere Helden werden, auch wenn die letzten Magazine leergeschossen sind, nicht ruhen, bis sie auch dem letzten Verbrecher die tödliche Lektion erteilt haben.*"

Inzwischen sind auch Berichte der betroffenen kurdischen Bevölkerung, die den Einsatz dieser Terrorkommandos zu spüren bekommt, an die Öffentlichkeit gelangt, die die Grausamkeit beschreiben. In Kurdistan herrscht Krieg, ein Krieg der Zentralregierung gegen die kurdische Bevölkerung. Wer nicht mit dem Staat kollaboriert und denunziert, ja wer nicht türkisch kann, gilt als „Feind" und ist zum Abschuß freigegeben. Die Ermordeten werden nachträglich zu „Terroristen" erklärt oder verschwinden einfach, werden verscharrt oder im See versenkt ... Es ist daher kaum möglich, die genaue Zahl der Opfer anzugeben.

Die Beteiligung der BRD an der Ausbildung dieser „Eliteeinheiten" ist in der Türkei kein Geheimnis: Wiederholt meldeten die Rechtsblätter mit Stolz, daß diese Truppen bei der GSG 9 ausgebildet worden seien. (Die Hürriyet vom 12.8. erwähnt sogar dummdreist, daß diese Spezialeinheiten auch mit Fahrzeugen ausgerüstet worden seien, die der Türkei vom UNO-Hilfsfonds für Drogenbekämpfung zur Verfügung gestellt worden sind).

Über die Ausbildung und z.T. Ausrüstung dieser Einheiten (z.B. mit deutschen Polizeihunden) ist die Bundesregierung direkt für den Terror in Kurdistan verantwortlich zu machen.

In ihrer dreisten Antwort an die „Grünen" hatte sie rundweg geleugnet, in irgendeiner Weise an Ausbildung oder Ausrüstung beteiligt zu sein; selbst die Existenz dieser Sonderkommandos wurde indirekt in Zweifel gezogen („aus der seriösen deutschen Presse nicht bekannt geworden"). Nun wirft es eher ein Licht auf die „Seriosität" dieser Presse, wenn sie die Verwicklung der BRD in Waffengeschäfte und Kriegshandlungen verschweigt ...

Man darf gespannt sein, wie sich das Bundesinnenministerium zu den Auskünften des Herrn Weygold verhalten wird: Unseriös? Wunschträume? Halluzinationen eines Killers?

AK 280 — 9. März 1987

Dokumentation:

„Die GSG9, der Alptraum der Terroristen, öffnete die Tore ihres Hauptquartiers"

von Zafer Atay, Übersetzung aus „Tercüman" vom 1.2.87

Enge Zusammenarbeit mit der Türkei

Während Hauptmann Weygold im Ausbildungslager der Antiterrorkommandos über deren Arbeit informierte, betonte er die enge Zusammenarbeit seit 1980. Man habe im vergangenen Jahr zwei Gruppen der türkischen Gendarmerie, die als Antiterroreinheiten eingesetzt werden, ausgebildet. Die Zusammenarbeit habe sehr gute Ergebnisse gebracht.

Auch Ausrüstungshilfe wird gewährt

Hauptmann Weygold, einer der besten Terrorspezialisten Deutschlands, stellte fest, daß neben Ausbildungs- auch Ausrüstungshilfe gewährt werde. Außerdem gäbe es in Deutschland gegen die Türkei gerichtete Personen und Institutionen, die den Terror förderten. Die Seperatisten und Nebenorganisationen der ASALA seien hier. Sie befänden sich aber unter strenger Kontrolle des Geheimdienstes.

„Bei mir befanden sich fünf Personen. Mit ungeheuerlicher Geschwindigkeit enterten wir den Bug der Maschine. Eine andere Gruppe enterte das Heck. In 30 bis 40 Sekunden hatten wir alles erledigt. Die Terroristen wuß-

ten nicht, wie ihnen geschah. Innerhalb von sieben Minuten war die Operation zur Befreiung der seit fünf Tagen dem Tode ins Auge schauenden Menschen beendet ..." Datum: 17. Oktober 1977. Ort: Flughafen der somalischen Hauptstadt Mogadischu.

Die durch die Entführung der Lufthansamaschine, die die Strecke Mallorca — Frankfurt flog, entstandenen ängstlichen fünf Tage, wurden durch eine Handvoll speziell ausgebildeter Menschen beendet. In der durch die Terroristen brennenden Welt der siebziger Jahre wurde diesen unbarmherzigen Mördern ein großer Schlag versetzt. Hauptmann Weygold war einer der Leitenden der Operation.

Wer waren diese 60 Personen? ... Die als GSG 9 bekannten deutschen Antiterrorkommandos ... Offiziell bekannt als Bundesgrenzschutz ...

Das Lager des Alptraums der Terroristen dieser Welt wurde nach langen Jahren einer ausländischen Zeitung, dem TERCÜMAN, geöffnet.

Das Tor des vor Bonn liegenden Ausbildungslagers bei St. Augustin wird sehr scharf bewacht. Hauptmann Weygold geleitete uns von hier hinein. Aus dem bewaldeten Teil des Lagers hörte man Schüsse. Weygold sagte: „Heute ist Prüfungstag. Man testet die Fähigkeiten verschiedener Kandidaten."

Zusammenarbeit mit der Türkei

In den Räumen beiderseits des Korridors gingen große, trainierte und bewaffnete Männer ein und aus. Weygold, unser Stauen sehend, erklärte: *„Hier ist jeder vom Bibliotheksangestellten über den Fahrer bis zum Kellner ein Kommandokämpfer und Scharfschütze. Wir laufen nicht unbewaffnet herum. Wir sind jederzeit für jeden Einsatzpunkt auf der Welt einsatzbereit ..."* (Hervorheb. AK)

Während unseres langen Gespräches mit Hauptmann Weygold erwähnte er die enge Zusammenarbeit mit der Türkei. Weygold erwähnte, daß im vergangenen Jahr hier zwei Kommandoeinheiten der Gendarmerie ausgebildet worden seien und fuhr fort: „Aus der Zusammenarbeit erzielen wir sehr gute Ergebnisse." Weygold erwähnte auch die technische Zusammenarbeit, sagte aber, hier seien die Systeme unterschiedlich und nicht erfolgreich genug.

Neue Fahndungsmethoden

Kr. Pinneberg. 10.3.87 Auf der Suche nach den Entführern eines Jungen, der nach Vermutungen der Polizei in den Kreisen Steinburg oder Pinneberg festgehalten worden war, bat die Hamburger Kripo die Bundeswehr um "Amtshilfe". Am 23.2. überflogen zwei Phantom-Düsenjäger des Aufklärungsgeschwaders 52 das Gebiet und fotografierten mit Spezialkameras ca. 60 qkm. Bei Vergrößerung der 350 gemachten Aufnahmen sollte es möglich sein, die "Markenbezeichnung auf einer Zigarettenschachtel zu erkennen". Später teilte die Polizei mit: "Mit den Fotos haben wir uns zwar ein Bild von dem Gebiet machen können, zu mehr waren sie aber auch nicht zu gebrauchen". "Bewegungsbilder" der Bevölkerung anfertigen zu können, war dann wohl auch der Zweck der Übung.

Großbritannien

Röntgenstrahlen gegen Drogenhändler

Kriminalistik 2/87

Im Kampf gegen Drogenhändler sind der britischen Zollbehörde drei mobile Röntgenanlagen in speziell umgebauten Fahrzeugen von der Astrophysics Research Ltd. (Vale Road, Windsor, Berkshire, England) übergeben worden. Diese Anlagen im Wert von je 60000 Pfund sollen zunächst auf dem Flughafen Heathrow, in Dover und anderen Häfen an der britischen Ostküste eingesetzt werden. Da sie jedoch mit ihren eigenen Generatormaschinensätzen völlig unabhängig und mobil sind, können sie in Kürze an jeden beliebigen Ort gefahren werden.

Die hochauflösenden Durchleuchtungsgeräte Linescan System 2 sind in umgebauten Talbot-Fahrzeugen untergebracht. Die Seitenwände dieser Fahrzeuge werden heruntergelassen, und Gepäck und Fracht durchlaufen das Gerät auf einem Förderband. Der Fahrer kann von seinem Platz aus die Darstellung der Gepäckstücke auf einem Fernsehmonitor verfolgen. Eine Zoom-Einrichtung ermöglicht die Vergrößerung des kleinsten Gegenstands und seine „Einfrierung" zur Analyse durch erfahrenes Bedienungspersonal.

Stationäre Durchleuchtungsanlagen werden bereits in einigen See- und Flughäfen eingesetzt. Zu den neuesten technischen Hilfen gehören z. B. Vorrichtungen zur Untersuchung von Kraftstofftanks und versteckten Behältern, Urin-Testgeräten, mit denen verschluckte Drogen identifiziert werden können, sowie ein Instrument, das mittels einer radioaktiven Quelle die Dichte von Gegenständen mißt.

Justitieminister Gol bij nieuwe CIA-direkteur in Washington

WASHINGTON (DPA).- Minister van Justitie Jean Gol en zijn VS-kollega Edwin Meese hebben dinsdag in Washington in het kader van de strijd tegen het terrorisme een uitleveringsakkoord gesloten. Het akkoord ontneemt aan terreurdaden zoals moord, ontvoering en gijzeling het politieke karakter dat een uitlevering in de weg zou kunnen staan.

"Ondanks het politieke karakter kunnen zij niet als politieke daden beschouwd worden. Uitlevering kan dan ook niet geweigerd worden", zo verklaarde Gol tegenover journalisten.

Voorwaarde voor uitlevering is evenwel dat het land waar de dader voor de rechtbank moet komen uitdrukkelijk afziet van voltrekking van de doodstraf.Het dinsdag gesloten akkoord is het derde Amerikaans-Westeuropese akkoord van die aard, en moet nog door het Amerikaanse kongres en het Belgische parlement worden geratificeerd.

Gol sprak met Meese ook in zijn hoedanigheid als voorzitter van de zgn. Trevi-groep van de EG, en ontmoette ook de toekomstige CIA-diekteur William Webster en de Amerikaanse speciale gezant voor terreurbestrijding Paul Bremer. De Trevi-groep van de twaalf EG-landen is een samenwerkings-verband voor de strijd tegen terrorisme en georganiseerde misdaad.

Volgens Gol heeft Meese een uitnodiging aanvaard om de eerstvolgende bijeenkomst van de Trevi-groep (27 april te Brussel) bij te wonen.

Gol benadrukte te Washington het Europese standpunt, dat de Trevi-groep het gepaste forum is voor de internationale strijd tegen het terrorisme. "Wij hebben geen ander gespreksforum nodig", zei Gol, die pleitte voor regelmatige kontakten tussen de Trevi-groep en niet-EG-landen.

De Morgen - Woensdag 18 maart 1987

Israeli spies forged
Britisch passports.
The Sunday Times
15-03-1987

BRITAIN has uncovered a plot by Israel to use forged British passports for Mossad secret service hit-men to attack opponents abroad. The discovery has led to a furious diplomatic row, and an Israeli apology and assurance that it would not use British cover again.

The eight forged passports were discovered by chance last summer in a bag inside a telephone booth in West Germany. The bag also contained a genuine Israeli passport and envelopes linking the documents with an an Israeli embassy. All the papers were handed in to a British consulate-general and brought back to London.

The passports, which were blank, were found to be high-quality Israeli forgeries. The Israeli ambassador to London, Yehuda Avner, was called into see Timothy Renton, minister of state for foreign and commonwealth affairs.

According to the Foreign Office, Renton protested in "strong terms" and sought an assurance from the Israeli government that such unacceptable behaviour "would not be allowed to happen again".

But the Foreign Office had to try seven times, including five contacts with Avner, to get an Israeli apology. The most the Israelis would give was a "half-assurance" that the forgeries would not be repeated, which was considered unacceptable.

It was only in January of this year, three months after the original complaint, that Avner apologised on behalf of the Israeli government.

The case was again raised at a London meeting in January between Sir Geoffrey Howe, the foreign secretary, and Shimon Peres, the Israeli foreign minister and former prime minister. Peres is understood to have again apologised and given assurances that the incident would not be repeated.

by John Witherow
Diplomatic Correspondent

"On the basis of these assurances," the Foreign Office said, "the British government regarded the incident as closed." But the dispute has soured the often complex and prickly relations between the two countries.

It also came at a time of tension over the disappearance from London of Mordechai Vanunu, the technician who disclosed Israeli nuclear secrets to The Sunday Times. Vanunu was lured out of Britain in September and kidnapped from Rome back to Israel, where he goes on trial this week.

The Israeli authorities were reluctant to give information to the Foreign Office about the circumstances of Vanunu's disappearance, thus causing considerable irritation in Whitehall.

Avner, contacted last week, described the inquiry about the forged British passports as "esoteric" and said he could not discuss his contacts with the Foreign Office.

This is not the first time that Israeli agents have used British passports illegally to pursue Palestinian terrorists.

The most recently-known case was in 1979 when the suspected organiser of the Munich massacre of 11 Israeli athletes,. Ali Hassan Salameh, was murdered in Beirut by a car bomb. The Israeli woman who detonated the bomb, which also killed eight others, used a British passport with the name of Erika Mary Chambers. Another of the hit team travelled under a British passport with the name Peter Scriver.

The then-Labour government of James Callaghan complained, but received no assurances from the Israelis that forged British passports would not be used again.

In an earlier incident in 1973 the Israelis also used three British passports during a raid on the Palestine Liberation Organisation headquarters in Beirut. Three leading PLO men were killed by an elite Israeli squad called Mivtzah Elohim, or "God's Wrath". The British protested but again without any success.

Revealed: Briton who led Contra mercenaries

THE FORMER RAF pilot who led a team of mercenaries, recruited in London, to help fight President Reagan's covert Contra war in Nicaragua, has been traced and identified by *The Observer*.

He is Michael Borlace, and his career rivals that of any fictional 'Dog of War:' he flew for the Rhodesian Air Force during UDI; was jailed and tortured in Zambia after an assassination attempt by the Rhodesian Selous Scouts on black leader Joshua Nkomo; flew helicopters for wealthy arabs; and was ultimately hired by ex-SAS major, David Walker, to work for his shadowy London security organisation, KMS.

He was sent with a large team to Sri Lanka in 1985—with the tacit support of the British Government—to help wage a bloody war against Tamil insurgents.

Last year, Borlace was moved by KMS to a base in Honduras to help train and to fly missions for the Contras, who are trying to overthrow the Nicaraguan Government with covert US support, in the scheme which led to the Irangate scandal.

But he and his fellow-pilots, many of them Rhodesian, walked out last autumn in disgust at what they saw as the irresponsibility of ageing, gung-ho CIA veterans assigned to run the operation.

'They had a Bay of Pigs mentality,' one of Borlace's friends said last week. 'Sooner or later they were going to get exposed, and they weren't getting paid more than £25,000-£30,000 a year.'

Just two or three weeks after the KMS men walked out last October, Eugene Hasenfus, a Vietnam veteran employed to run guns to the Contras, was captured when his plane was shot down by Nicaraguan troops. His life was saved only because he had his own parachute—one piece of equipment not supplied in the shoestring operation. Two other American crewmen were killed.

The KMS team has dispersed: two, who went to the US, have been subpoenaed to testify before congressional committees investigating the Irangate scandal. Further evidence of British involvement in the Contra war is bound to be documented by the committees. Michael Borlace's name emerged in the US only last month during questioning of US pilots. His history was then unknown to US investigators. Later, Borlace, who uses a variety of names, went to Switzerland, returned to London, and then left again last month for an unknown destination.

Major Walker and ex-Guards officer James Johnson, who runs KMS, have resolutely refused to comment since their organisation was identified on a flow-chart drawn up by disgraced White House aide Lt Col Oliver North, the key figure in the Irangate investigations.

But links with the British Government have been confirmed. The Foreign Office, which employed KMS in 1978 to guard ambassadors, last week admitted hiring the organisation as recently as 1982. Mrs Thatcher refuses to comment on her office's dealing with Major Walker.

Michael Borlace is a Cornishman whose family lives near Falmouth. He learned his skills in the British armed forces, joining the RAF in 1967 at the age of 18. Threee years later he signed on with the Fleet Air Arm for four more years.

In 1975, he left for Rhodesia and signed on as a flight lieutenant with the Smith regime. As a helicopter pilot, he was in the thick of the fighting, landing troops under fire in guerrilla areas. The Rhodesians awarded him a Silver Cross for bravery.

His three year contract completed, the heavily moustached young soldier promptly applied to join the feared Rhodesian irregular force, the Selous Scouts. Their commander, Major Ronald Reid-Dally, recalls: 'He said on his initial interview he wanted interesting and exciting work—he abhorred the idea of a humdrum existence.'

Reid-Dally recruited Borlace at the end of 1978 to serve as an undercover agent in Zambia, to work with an eight-man team sent unsuccessfully to try to kill Joshua Nkomo, Zipra guerrilla leader, in his Lusaka house. His cover name was Broadman, then later Bourhill.

Borlace was arrested in Lusaka in April, 1979 and charged with espionage. After an escape attempt while on remand he was badly beaten and given eight months hard labour, even before coming to trial. Under torture, details of which were never revealed, he admitted to being a member of the Selous Scouts.

The British Foreign Office tried to assist him: after the final collapse of white Rhodesia, and after more than a year in jail he was bundled on to a London-bound plane.

With fellow Rhodesian exiles, Borlace had a period without excitement. His friends say he occasionally flew helicopters for Arab sheikhs. He and a small group made an attempt to get a contract to train Milton Obote's police in Uganda: but it went instead to Falconstar, run by Jeremy Trevaskis, ex-SAS officer and son of a British colonial administrator.

Between 1984 and 1985, he was recruited by KMS, a force of mercenaries largely drawn from the SAS which maintained close links with the British authorities. Major Walker's biggest contract was to help keep the Sultan of Oman in power — Omani sources say the contract was worth £12 million to £14 million a year.

President Jaywardene of Sri Lanka, in the strategically important Indian Ocean, also sought British help to keep him in power against minority Tamil 'terrorists.' Because India tended to support the Tamils, Britain did not send troops. Their dispatch would have been politically controversial. But KMS was allowed to send a private force, eventually numbering 100 men, to help establish and train a 'special task force' of Sri Lankan troops. Lalith Athulathmudali, Sri Lankan Minister for National Security, said last year: 'We have to accept that our own forces are not as experienced in this type of operation as the British are. We heard about the KMS when it was used by the Sultan of Oman to help with his terrorist problems.'

Borlace and a group of Rhodesians, ex-SAS Fijians and former British special forces officers headed the KMS team.

Last year—amid reports of atrocities in Sri Lanka which eventually led to unease among some KMS 'trainers'—Borlace and a team of five were pulled out of Sri Lanka and sent covertly to aid the Contras.

That too was rapidly to end in recriminations and an international political scandal that engulfed the US President, although not, so far, the British Prime Minister.

THE OBSERVER, SUNDAY 15 MARCH 1987

soldiers of fortune

NEW EVIDENCE of covert British involvement in American plans to topple the government of Nicaragua emerged yesterday when a Merchant Navy officer revealed to *The Observer* his part in an operation to ship £18 million worth of military equipment to Contra forces.

The arms shipment to Costa Rica was attempted in 1985 using the British ship Silver Sea with the full knowledge of the British and US governments and with promise of US military protection, according to the ship's chief officer, Mr John Collins.

'I know that Mrs Thatcher and President Reagan were involved with this thing from the word go. It's all to do with Irangate,' said Mr Collins, who served for 11 years in the Royal Navy and Fleet Air Arm. He later became a CID officer in the South of England, before joining Exxon's fleet of oil tankers.

Mr Collins was taken on as chief officer of the Silver Sea, ostensibly for a treasure-seeking expedition. He was later told the voyage would be 'a dodgy affair,' and the Contra link emerged. He was to make six voyages to take military equipment to aid the anti-government forces in Nicaragua.

This disclosure comes alongside new evidence about the involvement in dealings with the Contras or Iran of three shadowy networks of former British SAS officers, and a British private company set up by a US military attaché in London.

Colonel William Mott, deputy defence attaché at the US Embassy until last June, served in Vietnam with the man at the centre of the Irangate scandal, Colonel Oliver North.

While still a serving officer, he set up an unusual British-based private 'defence consultancy,' Spearhead Atlantic, with offices in Edinburgh.

This had links with a second private company in Paris, run by his personal friend, Colonel Ralph Broman, also a serving officer, which dealt in 1984 with Iranian arms middleman Mr Manuchar Ghorbanifar. Subsequently, talks were held at the US Embassy involving former SAS officer Major David Walker, whose private Foreign Office approved organisation KMS has men currently helping the governments of Sri Lanka and Oman.

Mercenaries were eventually sent to Central America apparently with official approval, to aid the Contras. Colonel Mott denies any dealings with Major Walker.

There were also discussions, according to security sources, with two smaller ex-SAS organisations, Falconstar and Intersec. Neither now exists; their personnel were taken over last year by Major Alasdair Morrison, SAS commander at the Iran embassy siege in 1980, who now runs a security firm, DSL, which was not involved.

The main ex-SAS organisation concerned, KMS, refused to make any comment at its Kensington office. In Parliament, Mrs Thatcher avoided answering questions about her personal dealings with Major Walker. The Foreign Office also avoided answering questions about official embassy protection contracts given to KMS and others.

Both KMS and DSL have embassy guarding contracts in Amman and Beirut.

The roll-call of British covert assistance to Colonel North's Irangate schemes now runs as follows:

- Between September 1985 and May 1986, the Guernsey-registered Silver Sea was contracted by a British owner with links in Miami to run six loads of arms from Southampton, with a pick-up in Yugoslavia.
- Between late-1984 and mid-1985, former SAS officer Jeremy Treviaskis of Falconstar received an official approach to help train Contras.
- In early 1985, two ex-SAS soldiers from Intersec, Jake Young and John McLaughlin Ross, flew to the US for talks with officials.
- In mid-1985, two six-man teams were flown out from KMS to train Contras.
- The CIA planned to buy British Blowpipe missiles from Shorts of Belfast for use by the Contras.

The Sri Lankans had wanted SAS instructors

But he claims to know nothing about suggestions that KMS, with its apparent links to Downing Street, gets contracts which the British Government is forced to turn down for diplomatic reasons. For instance, it has been said that the Sri Lankans wanted SAS instructors but that would have upset the Indian Government.

But there is little difference. The training meted out by the men at Katukurunda is exactly the same. At the centre of it is the "hearts and minds philosophy" invented by the British Army in Borneo.

KMS is concerned about the task force

The 35-strong KMS contingent in Sri Lanka is officially commanded by former SAS colonel Ken White. He has now been joined at the heavily defended Colombo headquarters of the STF by the organisation's joint head Colonel Jim Johnson, also formerly of the SAS.

Known as Mr Jim to the Sri Lankans, his arrival has fuelled speculation that KMS is concerned about the way the task force operates once trained. But neither was available for comment.

(parts of: Daily News 16.03.87 & The Observer 08.03.87)

Rome hitman gives secrets of terror network run from Syria

Killer tells how Abu Nidal plots massacres

by Tana de Zulueta
Rome

ITALIAN investigators have pieced together the mysterious workings of the international terrorist organisation headed by Abu Nidal, thanks to the confessions of one of its members.

A magistrate ruled in Rome last week that Abu Nidal, whose real name is Sabri Al Banna, must stand trial this year charged with ordering the attack on Rome's Fiumicino airport in which 16 people died in December 1985.

Abu Nidal, who has his headquarters in Syria, will be tried in his absence — assuming he is not arrested before the trial begins — with one of his lieutenants, Rashid al Hamieda.

Abu Nidal has been identified as the mastermind who ordered the Rome attack and a simultaneous outrage at Vienna airport, and Hamieda has been named as the man who organised both operations.

The only man in the dock will be 20-year-old Ibrahim Khaled, the one terrorist of the four involved who survived the Fiumicino airport battle. His survival has proved a bonus for Western intelligence and his confessions have already made him a target for the ruthless gunmen of his own terror network.

Until Khaled began to talk, so little was known about Abu Nidal that some Western terrorism experts thought he was dead. Khaled set them right. "If you want to talk to Abu Nidal," he said, "call Damascus 774236." (When The Sunday Times rang the number an international operator said it appeared to have been disconnected.)

Italian police have checked Khaled's statements where possible, and they say that his revelations have invariably proved correct.

Though very young, Khaled was a senior member of his organisation. It was he who led the killer squad into action in Rome. It was not his first international mission. In December 1984, he was sent to Cyprus to assassinate the British ambassador there. The mission was called off at the last moment, said Khaled, for "technical motives".

In July 1985 Khaled spent 20 days in Paris preparing the ground for bomb attacks against the American, British, and Israeli embassies. The attacks were called off after French police intercepted two terrorists.

Abu Nidal's organisation maintains secret arms depots around the world. In August 1985, Khaled spent several days checking buried arms caches in four cities in Pakistan.

In Rome, Khaled led investigators unerringly to a hollow tree in a public park which still contained the oiled wrappers in which four Russian-made Kalashnikov machine guns used at Fiumicino had been stored.

The location of arms caches, Khaled explained, is known only to senior members of the Abu Nidal organisation, who trace them with the help of special maps. The caches are not known to local agents.

Abu Nidal is said to have one agent, known as a "resident" in each European country. These "residents" do not meet commando members. It is this strictly compartmentalised structure which has enabled Abu Nidal's organisation to survive the arrests of several of its members.

On Khaled's Rome mission he and three other terrorists were to attack the El-Al and TWA check-in counters at Fiumicino airport. None of the commando members expected to come out of the attack alive. Their aim was to storm aboard an El-Al plane then blow it up over Tel Aviv.

Abu Nidal has made a policy of recruiting young and desperate survivors from the battered Palestinian refugee camps of Sabra and Chatilla, in Lebanon. Khaled fled from Chatilla to Syria after the Israeli invasion of Lebanon in 1982. His childhood companion, Hassan Itaab, another Chatila survivor, was 17 when he threw a bomb into the British Airways office in Rome in September 1985, killing a woman and wounding several passers-by.

Abu Nidal's hitmen are trained assassins, practised at planting bombs or shooting a victim in a moving car. "I am a soldier, I execute orders," answered Khaled, when asked why he had fired at a crowd of innocent bystanders at the Fiumicino refreshments counter. But Khaled had believed that he was fighting Israel, and when it was pointed out to him that his victims had been mainly Greeks and Italians, he broke down.

With Khaled's help, Italian investigators have attributed six terrorist attacks in Italy to the Abu Nidal organisation. They have also identified 12 members of the network, some of them currently detained in Italy, Greece, West Germany and Austria. The group uses a variety of names, including Black September and Arab Revolutionary Brigades, to claim responsibility for attacks.

The aim of the names, says Khaled, is to confuse. Recently Abu Nidal has borrowed the names of Lebanese extremist groups such as the Hezbollah or Islamic Jihad. He has also promised to give these groups help and support in their activities in Europe. It is the prospect of collaboration between old and new groups which most alarms anti-terrorism officers.

In January this year a student travelling to Italy from Lebanon was arrested at Milan airport with several kilos of explosives and a list of potential targets, including Jewish schools in Rome.

Because Abu Nidal's network of agents and his daunting arsenal are still intact, according to Rome's anti-terrorism officers, it could be activated again at any time for terrorist attacks against civilian targets anywhere in Europe.

THE SUNDAY TIMES 15 MARCH 1987

Abu Abbas droht neue Attentate an

SDZ 20.03.1987 **Rom (Reuter)**

Der palästinensische Guerillia-Führer Abu Abbas hat in einem in Rom veröffentlichten Interview mit dem italienischen Nachrichtenmagazin *Europeo* Pläne für neue Attentate angekündigt. In den nächsten Monaten würden „verschiedene wichtige Militär-Aktionen" stattfinden, sagte der in mehreren Ländern gesuchte Palästinenser in dem Interview, das an einem von *Europeo* nicht genannten Ort geführt wurde. Abbas war als Organisator der Entführung des Kreuzfahrtschiffes *Achille Lauro* vor der ägyptischen Küste im Jahr 1985 von einem italienischen Gericht in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

I.H.T. 26-03-1987

Paris Holds 8, Says Terrorist Ring Is Broken

By Julian Nundy
International Herald Tribune

PARIS — The French authorities charged six Tunisians and two other persons on Thursday with terrorist-related offenses and said that their arrest had averted new attacks in France.

Tunisia, in an apparently related move, broke diplomatic relations with Iran, accusing it of recruiting Tunisians to carry out subversive acts.

The French Interior Ministry said that the arrests had "neutralized" a "terrorist network" that was "planning to undertake particularly dangerous attacks" in France.

The ministry indicated that the eight persons, who were detained over the weekend, were members of a pro-Iranian group that might have been linked to a series of deadly bombings in Paris in September 1986.

But security sources said that the connection was likely to have been of "a logistical and support" nature. The eight were not thought to have actually placed the bombs used in the Paris attacks, the sources said.

The eight were charged with criminal association and illegal possession of arms.

Officials said the arrests followed a tip from West Germany after the arrest there in January of a Lebanese Shiite Moslem suspected of involvement in the 1985 hijacking of a Trans World Airlines jet to Beirut.

A Tunisian statement announcing the break in ties with Iran accused the Tehran government of fomenting "anarchy and religious sedition" within Tunisia and of recruiting Tunisians living abroad.

Commenting on the Paris arrests, the Tunisian ambassador to France, Mustapha Zaanouni, said in a radio interview that the Tunisian passport-holders charged in Paris belonged to the radical Islamic Jihad organization.

The pro-Iranian group is best known for its claims to hold kidnapped hostages in Lebanon, particularly Americans and Frenchmen, and for its 1983 attacks on the U.S. and French barracks of a multinational peacekeeping force in Beirut in which nearly 300 U.S. Marines and French soldiers were killed.

Security sources said the eight suspects arrested in France had a list of potential assassination targets that included President François Mitterrand and Prime Minister Jacques Chirac.

Interior Ministry investigations were being conducted into possible links that those charged on Thursday might have with bomb attacks carried out in France in recent months.

The most spectacular of these occurred in September when five bombs killed a total of 11 persons and injured more than 150.

Those attacks were carried out by a group calling for the release of Georges Ibrahim Abdallah, a Lebanese Christian who was sentenced to life imprisonment on terrorist charges last month in a Paris court, and two other Middle Eastern prisoners.

Security sources said the French authorities made the latest arrests acting on a tip provided by the West German anti-terrorist police.

The leader of the group was named as Ali Fouad Salah, 28, a Tunisian.

Five other Tunisians were named as Mohammed Aissa, 37; Kilali Ben Frey Khaldi, 28; Khaled Shahed, 27; Hassen Aroua, 32; and Fethi Bourguiba, 25. The two others, with French nationality, were identified as Mohammed Mouhadjer, 33, who was born in Lebanon, and Mr. Salah's wife, Karima Ferahi, 23, who was born in Paris of Algerian parents.

Their case was handled by Judge Gilles Boulouque, an examining magistrate in the recently created 14th Section of the Public Prosecutor's office, which deals with terrorist cases.

The Paris arrests were carried out by officers of the France's counterespionage and security service, who found weapons and explosives in their possession, the Interior Ministry said.

The French agents first arrested five of the group in Paris on Saturday evening. They found two automatic pistols, ammunition and 12 liters (26.4 pints) of liquid explosive.

The explosive, methyl nitrate, some of which was contained in bottles that once held arak, a Lebanese aniseed-flavored aperitif, was "identical to that discovered in Frankfurt and the Sarre," the Interior Ministry said.

On Jan. 13, West German security agents arrested Mohammed Ali Hamadeh, 22, a Lebanese Shiite, after such explosives were found in his luggage.

His brother, Abbas Ali Hamadeh, a West German citizen, was arrested 13 days later at the same airport on suspicion of involvement in the kidnappings of two West Germans in Lebanon.

Officials said that he gave information that led to the discovery of explosives in the West German state of Sarre on the French border.

A third Hamadeh brother, Abdel Hadi Hamadeh, is a senior security official in the pro-Iranian Hezbollah, or Party of God, group in Lebanon.

The Committee of Solidarity With Arab and Middle Eastern Political Prisoners claimed responsibility for the September attacks in Paris.

It called for the release of Mr. Abdallah, who was being held on charges of complicity in the 1982 murders of a U.S. and an Israeli diplomat and in a failed attack on another American diplomat.

The committee also called for the release of Varoujan Garbidjian, an Armenian jailed for a bomb attack at a Turkish Airlines counter at Orly Airport in 1983, and of Anis Naccache, a Lebanese Shiite who was accused of participating in an assassination attempt on the life of Shahpur Bakhtiar, the former Iranian prime minister.

SOFORTIGE FREILASSUNG VON
GEORGE IBRAHIM ABDALLAH (FARL)
ANIS NAKKACHE
VAROUJAN GARABEDIAN (ASALA)

Schlag gegen proiranische Terroristen in Paris

Acht Personen unter Anklage

Der französischen DST-Spionageabwehr scheint die Zerschlagung eines Netzes proiranischer Terroristen in Paris gelungen zu sein. Acht Personen nahöstlicher Herkunft, unter ihnen sechs Tunesier und zwei französische Staatsangehörige, sind nach ihrer Ende letzter Woche erfolgten Verhaftung am Donnerstag unter Anklage gestellt worden. Der entscheidende Fahndungshinweis war offenbar aus der Bundesrepublik Deutschland nach der dortigen Verhaftung der beiden Brüder Hamadei gekommen.

Ch. M. Paris, 26. März

Neue Zürcher Zeitung

Laut einer Mitteilung des französischen Innenministeriums ist der DST-Spionageabwehr gelungen, ein «Terroristennetz zu neutralisieren, das sich zur Verübung besonders gefährlicher Attentate anschickte». Amtlich wird kein Zusammenhang zwischen den am Donnerstag unter Anklage gestellten und jetzt in Untersuchungshaft sitzenden acht Personen und Iran hergestellt. Inoffiziell häufen sich indes die Indizien für eine solche *Querverbindung* zwischen dem Regime von Teheran und den ausgeschalteten mutmasslichen Terroristen, die am letzten Samstag im 12. Arrondissement von Paris festgenommen worden waren. Die Polizeiaktion förderte mehr als zwölf Liter des gleichen flüssigen Sprengstoffes zutage, der im Januar in der Bundesrepublik Deutschland bei der Verhaftung der beiden Brüder *Hamadei* entdeckt worden war. Ferner fanden sich in Paris zwei polnische Pistolen WZ 63 und zwei alte britische Sten-Maschinenpistolen sowie ein umfangreicher Munitionsvorrat, sechs Weckeruhren und 51 Batterien.

Hinweis aus dem deutschen Bundeskriminalamt

Der entscheidende Fahndungshinweis scheint nach der Verhaftung der Brüder Hamadei vom Bundeskriminalamt in Wiesbaden an die französischen Sicherheitsbehörden gelangt zu sein. Nach der Verhaftung der beiden Hamadei wurden zwei *deutsche Staatsangehörige* in Beirut durch proiranische Terroristen *verschleppt;* ein Beamter des Bonner Auswärtigen Amtes begab sich unmittelbar darauf nach Teheran. Bei den jetzigen Untersuchungshäftlingen in Paris handelt es sich um sechs Inhaber tunesischer Pässe sowie um einen Libanesen und eine Algerierin. Der aus Baalbek stammende 33jährige Libanese *Mohammed Mouhajer* erwarb vor vier Jahren durch Heirat mit einer Französin die französische Staatsbürgerschaft. Über diese verfügt auch die in Paris geborene 24jährige *Karima Ferahi,* welche algerischer Abstammung ist. Sie ist zudem mit dem 28jährigen *Fouad Ali Salah* verheiratet, der in der Mitteilung des Innenministeriums als der Anführer des Terroristennetzes bezeichnet wurde.

Alle Angeklagten bezeichneten sich als Angehörige einer Gruppe islamischer *Fundamentalisten;* einige von ihnen reisten häufig nach Teheran. Der tunesische Botschafter in Paris erklärte, die sechs Tunesier verfügten über tunesische Pässe, die anfangs dieses Jahres abgelaufen seien. Vor allem aber behauptete er, dass den Sicherheitsbehörden Tunesiens, das nun seine diplomatischen Beziehungen zu Teheran abgebrochen hat, die Verhafteten als Mitglieder der proiranischen Terrorgruppe *Islamischer Jihad* bekannt gewesen seien. Laut inoffiziellen Angaben beschatteten Beamte der DST spätestens seit Januar einige der nun Angeklagten. Dabei soll sich Mohammed Mouhajer als Agent des iranischen Geheimdienstes entpuppt haben. Bei einem anderen Angeklagten könnte es sich um einen Taxichauffeur handeln, der vor einem Jahr mit seinem Wagen zum Zeitpunkt des Bombenanschlages gegen das Etablissement «Point Show» auf den Champs-Elysées auf verdächtige Weise in der Nähe des Tatorts bereitgestanden hatte.

«Logistische Infrastruktur»?

Jenes Attentat hatte zwei Todesopfer gefordert. Es gehörte zu einer Welle von Bombenanschlägen, auf die eine zweite, noch blutigere im September letzten Jahres folgte. Beide Attentatswellen wurden im Namen eines mysteriösen «Solidaritätskomitees für arabische und mittelöstliche politische Gefangene» verübt. Dieses verlangte die Freilassung von *Anis Naccache, Georges Ibrahim Abdallah* und *Waroujan Garbidjan.* Alle drei sitzen lebenslängliche Gefängnisstrafen in Frankreich ab. Der erste leitete das von Teheran losgeschickte Mordkommando, das den ehemaligen iranischen Regierungschef Shahpur Bakhtiar umzubringen versuchte; der zweite organisierte Attentate gegen amerikanische und einen israelischen Diplomaten in Frankreich, und der dritte wurde als Drahtzieher des antitürkischen Bombenanschlages im Flughafen Orly vom 15. Juli 1983 durch die armenische Terrorgruppe *Asala* verurteilt. Offenbar ist noch kein Nachweis für eine direkte Verwicklung der jetzt verhafteten Gruppe in die beiden Attentatswellen des letzten Jahres erbracht. Die Vermutung besteht indes, dass diese zum Teil seit langer Zeit in Frankreich ansässigen Personen zumindest die Rolle einer «logistischen Infrastruktur» für die damaligen Attentäter gespielt haben. Die französischen Sicherheitsbehörden halten weiter an ihrer These einer Täterschaft aus dem Clan Abdallahs fest. Der damals verwendete Sprengstoff ist indes nicht wesensgleich mit dem jetzt entdeckten Flüssigpräparat. Mit diesem sollten nun offenbar neue Untaten verübt werden. Auffällig wirkt der zeitliche Zusammenhang mit den Erpressungsmanövern der Terrorgruppe in Beirut, welche den in Geiselhaft gehaltenen Franzosen *Jean-Louis Normandin* umzubringen drohte.

Verbindungen zu Libanon

Wie kaum jemals zuvor zeichnet sich eine Verbindung zwischen einem Terrornetz innerhalb Frankreichs und den Untaten proiranischer Gruppen in Libanon ab. Dieser Aspekt könnte die diplomatischen Bemühungen des französischen Aussenministeriums um eine Normalisierung mit Teheran beeinträchtigen. Aussenminister *Raimond* hatte noch vor wenigen Tagen gegenüber der Wochenzeitschrift «Le Point» behauptet, man sei damit «nicht mehr weit vom Ziel», oder zumindest «auf halbem Weg»; erstmals gestand er auch ein, dass Teheran die Einstellung der französischen *Rüstungshilfe an den Irak* verlange. Die Aufdeckung des Terroristennetzes in Frankreich ist auf jeden Fall eine Affäre von besonderer Tragweite.

Der Spiegel 30-03-1987

„Fragen Sie doch den Bundesnachrichtendienst"

SPIEGEL-Interview mit dem Palästinenser-Führer Abu Ijad über die Geiselnahmen im Libanon

SPIEGEL: Abu Ijad, die Entführer im Libanon drohen, ihre Geiseln würden vor ein „revolutionäres Gericht" gestellt und zum Tode verurteilt. Gelegentlich stellen sie ein Ultimatum, lassen dann aber die Frist verstreichen, ohne daß etwas passiert. Leben die Geiseln noch? Werden sie getötet werden?

ABU IJAD: Zuerst möchte ich sagen: Es ist Barbarei, unschuldige Bürger eines Staates zu entführen, sie für die Politik ihrer Regierung verantwortlich zu machen und hinzurichten. Aber offenbar ist nach zwölf Jahren erbarmungslosen Bürgerkriegs im Libanon, in dem jeder gegen jeden kämpft, kein Platz mehr für Vernunft. In diesem Land muß man immer mit dem Schlimmsten rechnen. Sogar für mich ist es schwierig, mich in diesem Dschungel von Brutalität und Gewalt noch zurechtzufinden.

SPIEGEL: Zur Zeit befinden sich im Libanon über 20 Ausländer in Geiselhaft. Wer hat sie entführt, wo sind sie?

ABU IJAD: Die meisten befinden sich in den Händen der Hisb Allah.

SPIEGEL: Aber nicht alle? Wer hält zum Beispiel die vier Dozenten gefangen, die kürzlich vom Campus des Beirut University College entführt wurden?

ABU IJAD: Sie wurden mit Wissen der Syrer – wenn nicht sogar mit deren Unterstützung – von der schiitischen Amal-Miliz des libanesischen Justizministers Nabih Birri entführt.

SPIEGEL: Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Schließlich bemühen sich die Syrer – zumindest nach außen – um die Freilassung aller Geiseln.

ABU IJAD: Warum staunen Sie so? Im Libanon ist alles möglich. Ich sage Ihnen: Zur Zeit sind die vier Dozenten in syrischem Gewahrsam.

SPIEGEL: Haben Sie Beweise? Sie sind nicht gerade ein Freund der Syrer, Palästinenser kämpfen gegen die Amal.

ABU IJAD: Ich kann Ihnen ganz genau sagen, wo sich die Geiseln befinden: im Ghalajini-Gebäude an der Hamra-Straße in West-Beirut. Der syrische Offizier, der für ihre Sicherheit verantwortlich ist, heißt Leutnant Amir Talla. Er ist vom syrischen Geheimdienst.

> **Abu Ijad**
>
> *ist Stellvertreter des PLO-Chefs Jassir Arafat und gilt als dessen treuester Gefolgsmann. Der 1933 in Jaffa geborene Palästinenser (bürgerlich Salah Chalaf) organisierte 1982 in Beirut den bewaffneten Widerstand gegen die israelischen Invasoren. Nach der Vertreibung der PLO aus dem Libanon folgte Abu Ijad seinem Chef Arafat bald ins neue Hauptquartier nach Tunis. Als PLO-Sicherheitschef steht er im Ruf, einer der bestinformierten, aber auch gefährlichsten Männer des Nahen Ostens zu sein.*

SPIEGEL: Warum lassen die Syrer die vier Dozenten nicht frei?

ABU IJAD: Vielleicht lassen die Syrer sie ja bald frei – zum Beispiel, wenn Syrien seine Verhandlungen mit dem Iran über die restlichen Geiseln als gescheitert ansehen müßte. Dann könnten die Syrer sagen: Das sind alle Geiseln, die wir bekommen konnten, wir haben sie befreit.

SPIEGEL: Wer hat den anglikanischen Theologen Terry Waite entführt?

ABU IJAD: Hisb Allah. Sie werfen ihm vor, CIA-Agent zu sein. Sie sagen, sie hätten in seinen Kleidern Minisender entdeckt, die seinen Auftraggebern signalisieren sollten, wohin ihn seine Fahrten durch Beirut führten.

SPIEGEL: Wo ist Terry Waite jetzt?

ABU IJAD: Nach meiner Information in Beirut, jedenfalls nicht in der Bekaa-Ebene oder im Südlibanon. Die Geiseln der Hisb Allah sind nicht alle an einem Ort, sondern auf verschiedene Häuser im Zentrum von Beirut verteilt. Einige befinden sich sogar in der iranischen Botschaft.

SPIEGEL: Was wissen Sie über die beiden deutschen Geiseln, den Hoechst-Vertreter Rudolf Cordes und den Siemens-Techniker Alfred Schmidt?

ABU IJAD: Vor kurzem habe ich aus Beirut die Nachricht erhalten, daß sie immer noch in der Gewalt der Hisb Allah sind. Daran besteht kein Zweifel.

SPIEGEL: Aber die Hisb Allah hat sich nie zu Entführungen bekannt, stets meldeten sich andere Organisationen.

ABU IJAD: Ja, Organisationen mit Namen wie Islamischer Dschihad, Islamischer Dschihad für die Befreiung Palästinas, Organisation Revolutionäre Gerechtigkeit. Aber die Mutter aller dieser sogenannten Organisationen, oder besser gesagt, die Dachorganisation, ist Hisb Allah. Sie ist und bleibt verantwortlich. All die anderen Namen sind nur Tarnnamen.

SPIEGEL: Wie ist die Hisb Allah denn überhaupt organisiert?

ABU IJAD: Hisb Allah ist der Sammelbegriff für verschiedene politische Strömungen innerhalb der islamisch-fundamentalistischen Bewegung. Sie dürfen diese „Partei Gottes" nicht als Partei im traditionellen Sinn betrachten, wie die Kommunistische Partei oder die syrische oder irakische Baath-Partei etwa, mit Parteischulung, Parteikadern und Politbüro. Sie ist eher eine Geheimorganisation, motiviert durch die Welle des fundamentalistischen Schiitentums, beflügelt von den Erfolgen der religiösen Revolution im Iran.

SPIEGEL: Aber auch eine solche Organisation muß doch einen Kopf haben.

ABU IJAD: Sie haben einen Murschid, einen geistlichen Führer – Scheich Fadlallah. Der ist der oberste Murschid. Jede Gruppe innerhalb der Hisb Allah hat ihren eigenen Murschid. Diese Gruppen hören mehr oder weniger auf den Iran, einige auch auf Syrien oder auf andere arabische Staaten. Viele arabische Regimes haben inzwischen ihre Vertrauensleute innerhalb der Hisb Allah und benutzen sie für ihre Zwecke.

SPIEGEL: Auch die PLO?

ABU IJAD: (lacht) Na gut, ja. Was ist dabei?

SPIEGEL: Wer ist im Iran für die Hisb Allah verantwortlich? Der iranische Geheimdienst, die Revolutionsgarden, Parlamentspräsident Rafsandschani oder Staatspräsident Chamenei?

ABU IJAD: Das Regime in seiner Gesamtheit.

SPIEGEL: Und wer koordiniert die Aktionen dieser Extremisten?

ABU IJAD: Zweifellos der iranische Botschafter in Beirut, der die Wünsche seines Regimes entgegennimmt. Manchmal kommen sie direkt von Rafsandschani, manchmal auch von Ali Hussein Montaseri, dem designierten Nachfolger Chomeinis.

SPIEGEL: Die Hisb Allah ist also der verlängerte Arm der iranischen Mullahs?

ABU IJAD: Ja, die Prinzipien, die Organisationsstruktur, die Arbeitsmethoden, die Finanzierung, die militärische Ausbildung und die Bewaffnung dieser Organisation kommen direkt aus dem Iran.

SPIEGEL: Und wie stark sind diese Gottesstreiter?

ABU IJAD: Genau läßt sich das schwer sagen. Aber mehrere tausend sind es wohl, auf jeden Fall haben sie viel mehr Mitglieder als die Amal-Bewegung von Nabih Birri. Hisb Allah ist die stärkste Miliz unter den Schiiten des Libanon, und sie wird fast täglich stärker. Viele Anhänger der Amal-Bewegung laufen zur Hisb Allah über.

SPIEGEL: Wie ist es zu erklären, daß eine über Hunderte von Jahren friedliche Gemeinde wie die Schiiten im Libanon plötzlich in ihrer Mehrheit derart radikal wird? Wie konnte eine so gewalttätige Partei entstehen?

ABU IJAD: Die Keimzelle der Hisb Allah ist die Amal-Bewegung. Als die iranische Revolution den Schah besiegt hatte und die neue iranische Regierung auch im Libanon aktiv wurde, spaltete sich die Amal. Der fundamentalistisch-religiöse Flügel unter Hussein Mussawi nannte sich zunächst Islamische Amal-Bewegung, später Hisb Allah, gemäß dem Koran-Vers: „Die zur Partei Gottes gehören, werden die Sieger sein."

SPIEGEL: Ist die PLO nicht mitschuldig an dieser Entwicklung? Sie hatte die Amal militärisch ausgebildet, Amal-Angehörige waren Arafats Leibwächter. Sie haben Ihren Einfluß auf diese Leute doch noch nicht ganz verloren?

ABU IJAD: Sagen wir so: Wir haben gewisse Drähte zu ihnen.

SPIEGEL: Geht es etwas konkreter?

ABU IJAD: Es gibt eine Gruppe innerhalb der Hisb Allah, die bis 1981 in unseren Reihen war: libanesische Schiiten, die wir aufgenommen hatten. Viele von ihnen gingen in den Untergrund, als wir nach der israelischen Invasion 1982 den Libanon verlassen mußten. Um sich vor den Syrern oder den Israelis zu schützen, sind etliche in die Amal-Bewegung eingetreten. Trotz unserer Meinungsverschiedenheiten über den Golfkrieg sind diese Leute uns noch immer loyal gesinnt.

SPIEGEL: Zu welcher Organisation gehören denn die beiden in Frankfurt verhafteten Libanesen Mohammed Ali Hamadei und sein Bruder Abbas? Und was wollten sie in Deutschland? Mohammed Ali Hamadei hatte so viel Sprengstoff im Gepäck, daß er einen Teil des Frankfurter Flughafens hätte in die Luft jagen können.

ABU IJAD: Fragen Sie doch Ihren Bundesnachrichtendienst!

SPIEGEL: Er tappt im dunkeln.

ABU IJAD: Die Waffen und der Sprengstoff, die im Saarland gefunden wurden, waren nicht für Terrorakte in der Bundesrepublik bestimmt. Die deutsch-iranischen Beziehungen sind gut, sogar sehr gut. Nach meinen Informationen kauft der Iran in der Bundesrepublik Waffen, Munition und auch Nahrungsmittel für seine Armee. Die Bundesregierung weiß oftmals von diesen Käufen, verbietet sie aber nicht. Es gibt also keine Gründe für den Iran, diese guten Beziehungen zu trüben, indem er Terrorakte in Deutschland zuläßt. Außerdem: Hisb Allah hat französische Geiseln in ihrer Gewalt, in französischen Gefängnissen wiederum sitzen politische Häftlinge aus dem Iran. Teheran könnte also Gründe haben, seine Gefangenen in Frankreich durch Hisb Allah befreien zu lassen.

SPIEGEL: Demnach hätte Mohammed Ali Hamadei den Sprengstoff und die Waffen an die französische Grenze gebracht, um in Frankreich Terroranschläge im Auftrag der Hisb Allah vorzubereiten?

ABU IJAD: Genauso ist es. Hamadei bewegt sich nicht einen einzigen Zentimeter ohne Anweisungen der Hisb Allah.

SPIEGEL: Im Juni 1985 ging das Bild eines Terroristen um die Welt, der seine Pistole auf den amerikanischen Piloten einer entführten TWA-Maschine in Beirut richtete. Die Amerikaner behaupten, der Mann auf dem Bild sei Hamadei, und verlangen deshalb von Bonn seine Auslieferung. Trifft ihre Anschuldigung zu?

ABU IJAD: Ich weiß nicht, wen das Bild zeigt – auf jeden Fall ist es nicht Hamadei. Eins aber weiß ich: Das TWA-Flugzeug wurde im Auftrag der Hisb Allah entführt, weil die Hisb Allah in kuweitischen Gefängnissen einsitzende Terroristen freipressen wollte.

SPIEGEL: Warum wurden die beiden Deutschen in Beirut entführt?

ABU IJAD: Meine Gewährsmänner in der Hisb Allah sagen, man habe sie entführt, weil sie für Agenten des BND gehalten wurden. Sie hätten die Aufgabe gehabt, Informationen über Hisb Allah zu sammeln, die dann an die CIA weitergegeben werden sollten.

SPIEGEL: Das ist ein Vorwurf, der lebensgefährlich sein kann.

ABU IJAD: Dennoch ist die Hisb Allah weiterhin bereit, die deutschen Geiseln gegen Mohammed Ali Hamadei und seinen Bruder freizulassen.

SPIEGEL: Wären Sie unter Umständen bereit, mit Ihrem Einfluß zu helfen? Der deutsche Botschafter in Tunis hat doch zweimal mit Ihnen gesprochen.

ABU IJAD: Ja, er hat mit mir gesprochen – mit der Einschränkung, er habe keinen offiziellen Auftrag von seiner Regierung. Eins ist vor allem zu beachten: Es darf keinen Prozeß gegen die beiden Libanesen in der Bundesrepublik und keine Auslieferung an die Amerikaner geben.

SPIEGEL: Was raten Sie der Bundesregierung?

ABU IJAD: Nachdem die syrische Armee in West-Beirut einmarschiert war, habe ich Bonn geraten, direkt mit den Syrern zu verhandeln. Aber die Hisb Allah will keine Verhandlungen, die über syrische Mittelsmänner laufen.

SPIEGEL: Wen akzeptiert sie denn als Vermittler?

ABU IJAD: Entweder muß mit der Hisb Allah direkt verhandelt werden oder über den Iran.

SPIEGEL: Wie stehen die Überlebenschancen der Geiseln nach dem Einmarsch der syrischen Truppen in Beirut?

ABU IJAD: Ich weiß nicht genau, wieweit die Syrer zur Befreiung der Geiseln Druck auf die Hisb Allah ausüben werden. Sie stehen vor einem Dilemma: Verstärken sie ihren Druck zu sehr, erhöht sich die Gefahr, daß die Hisb Allah ihre Geiseln umbringt.

SPIEGEL: Aber die Hisb Allah braucht die Geiseln doch lebend, wenn

sie etwas für sie einhandeln will.

ABU IJAD: Richtig. Aber gleichzeitig betrachtet die Hisb Allah die Geiseln als Schutzschild gegen die Amerikaner und die Franzosen und sogar gegen die syrischen Truppen in Beirut. Wenn die Syrer die Hisb Allah zu sehr bedrängen, erhöhen sie deshalb die Gefahr, daß die Geiseln getötet werden. So bleibt den Syrern nichts anderes übrig, als sich mit dem Iran abzustimmen, um die Hisb Allah zu beeinflussen.

IHT 05.04.87

West Europeans Intensify Cooperation Of Security Units to Fight Terrorism

By Edward Cody
Washington Post Service

PARIS — Despite national rivalries and professional secrecy, West European security agencies have significantly increased cooperation and intelligence-sharing in the fight against terrorism, according to security officials.

The coordination has intensified particularly over the past year among France, West Germany and Italy, the three European countries most affected by domestic and Middle East terrorism, the officials said. Although still limited and bilateral, it has produced results in several cases by making information obtained in one country quickly available to a neighbor's security services, they added.

In the past, such exchanges traditionally had moved slowly through European security bureaucracies that were fearful of exposing leads and sources to foreign services.

France's recent arrest of eight persons charged with planning terrorist bombings in Paris, for example, was made possible in part by information passed along from West German investigators, security officials here said.

Information developed by French police from an abandoned car found loaded with arms has been sent to West Germany for use by German police in monitoring Iranian nationals there suspected of trying to set up a logistics network for future terrorist operations, a security specialist reported.

"There has been a lot more cooperation, and these are important developments," he said.

Spanish security officials also have received increased information from their French colleagues on Basque extremists along the border, sometimes leading to expulsions from French territory. Previously, the French had been reluctant to deal with Franco's security services.

The cooperation in part has grown from Spain's move to democracy, but also has expanded with the general European effort to cooperate against terrorism.

On another border, French authorities recently expelled several Italians suspected of connections to the Red Brigades group in Italy. In return, security officials in Paris said that France has received information obtained by the Italian services interrogating Bashir Khodr, a Lebanese arrested in January at the Milan airport carrying plastic explosives.

Such intelligence-sharing long has passed through security and intelligence liaison officers or diplomats, who are posted in embassies.

In the new atmosphere, some European countries have proposed tightening the arrangement by stationing their own liaison officers within security agencies of another country.

This would put a West German officer at the French Interior Ministry, for example, or an Italian with Belgian security police. It would mark a departure from traditional security police attitudes, which make secrecy such a strong principle that information is sometimes withheld from other agencies of the same country.

A European security official said, however, that the stationing of security officers abroad could be adopted soon.

But broader political considerations, including fears of permitting a "Big Brother" apparatus, have prevented installation of a multilateral security computer bank where agencies and border police from a number of countries could run immediate checks, the official added.

Similarly, he said, political considerations have generated a cautious response to inquiries from Warsaw Pact countries, including the Soviet Union, for increased cooperation against terrorism.

Such cooperation would present clear problems, such as conflicting definitions of terrorism or reluctance to pass any information to Soviet-allied security services. But one security official said the proposals are receiving careful consideration.

Increasingly, however, the relationships have been laid down formally in written agreements.

Italy signed such an accord with France in October and has been in contact with other European countries on the same subject.

France and West Germany have reached agreement on a similar accord and are scheduled to sign it later this month.

■ 2 Suspects Charged

Julian Nundy of the International Herald Tribune reported:

French counterterrorism forces charged two suspects Friday in the latest in a series of moves against suspected terrorist groups in France.

Officials at the 14th Section of the Public Prosecutor's office in Paris, which deals exclusively with the fight against terrorism, said the two, one a French national and the other Lebanese, had been charged on three counts, including illegal arms possession and the intent "to disturb public order by intimidation or terror."

The two, who were not further identified, were among a group of eight rounded up in the Paris region last Monday, Interior Ministry sources said. The sources said that the other six would probably be released shortly for lack of evidence.

An official of the counterterrorist unit said that another person, said by some sources to hold a Syrian passport, was sought in connection with the latest case.

The arrests appeared to have a Palestinian connection, some sources said. The sources linked the Syrian passport-holder with a Palestinian group opposed to the Palestine Liberation Organization chairman, Yasser Arafat.

The Interior Ministry said that the group had planned attacks on Israeli and Arab targets in Paris. A French radio report said that their targets had also included the offices of the Israeli El Al and of the American TWA airlines.

Police and security services have been on the alert in Paris since Georges Ibrahim Abdallah, a Lebanese Christian and alleged Marxist guerrilla leader, was given a life sentence for complicity in the murders of a U.S. and an Israeli diplomat on Feb. 28.

A characteristic of recent arrests has been to uncover "sleepers," inconspicuous operatives living in France for a long time.

Security sources have said that they believed that the basic support network that enabled Mr. Abdallah's supporters to carry out bomb attacks in September has remained in place in France. Eleven persons were killed in those attacks.

CCC-verdachte : vier jaar

Gaz, 2.4

De Correctionele Rechtbank te Brussel veroordeelde woensdagnamiddag de 25-jarige Pierre Vos tot vier jaar, waarvan 10 maanden effectief en 3.000 fr. boete.

Toen Vos op 30 juni 1986 werd aangehouden, werd hij aanvankelijk beschouwd als een lid van de CCC, de Strijdende Communistische Cellen. Weldra bleek echter dat hij geen uitstaans had met deze terreurgroep. De rechtbank achtte Vos niettemin schuldig aan het bezit van valse identiteitspapieren, valse naamdracht, heling van vuurwapens, het bezit en het dragen van vuurwapens. De rechtbank sprak hem echter vrij van de betichting van bendevorming.

Update on North American Political Prisoners

Libertad feb.

LINDA EVANS

Linda Evans will stand trial on gun-buying charges in a New Orleans federal court on March 13, 1987. Convicted and sentenced in a New York court last Spring for harboring Marilyn Buck, Linda has been awaiting trial on the gun charges in a New Orleans jail. Because she has refused to give handwriting exemplars under trial subpoena, Linda has been found in contempt of court. The time she has served thus far will not count toward her sentence.

LAURA WHITEHORN

Laura Whitehorn will be sentenced in a New York federal court on February 9, 1987 for her conviction on a passport fraud charge (applying for a passport under an assumed name). She faces a maximum sentence of 5 years on this charge. The Third Circuit US Court of Appeals has not yet ruled on the government's appeal of the suppression decision in the Baltimore decision. That decision stemmed from the May 11, 1985 raid of the Baltimore apartment where Laura was arrested. Laura, who was charged with possession of false ID s and weapons and assault, was granted a mistrial on January 1, 1985 when the jury was forced to throw out the evidence because it had been obtained illegally by the FBI during the raid.

ALAN BERKMAN

Alan Berkman will soon go on trial in a Philadelphia federal court on charges of conspiracy to possess explosives, false ID's and weapons on February 9, 1987. Compañero Alan's trial was delayed for a year while he battled to recover from Hodgkin's disease, a form of lymphatic cancer. In the State's latest maneuver to create an atmosphere of terrorism around Alan's trial, what appears to be an FBI "dirty tricks" job was carried out on January 9, 1987. Several weeks before the start of the trial, the car of US attorney Levine, who is in charge of prosecuting Alan, was vandalized while parked in front of his home during the night. A stethescope was conspicuously left in the back seat of the car. The next day in court, Levine arrived with his lawyer and in an outrageous manner, charged that "terrorists" were targeting the US attorney's office. He also announced that the FBI was conducting a full investigation of the break-in. Levine then demanded that judge Pollak officially reprimand Alan for orchestrating this "terrorist fear campaign" against himself and the US attorney's office. Alan responded by stating that this kind of "dirty tricks" and build ing of hysteria could only benefit the government and that it was most likely done by the FBI itself.

MARILYN BUCK AND MUTULU SHAKUR

Trial subpoenas for hair and handwriting samples were handed down earlier this week against Marilyn Buck and Dr. Mutulu Shakur in the Brinks-RICO trial. This move was an attempt to counteract the possibility that Mutulu may be granted bail. In the last few weeks, a bail package was presented to judge Haight by Mutulu's attorney, Chokwe Lumumba. Earlier, judge Haight had suppressed all the evidence from an initial search of an East Orange, New Jersey apartment after the attempted Brink's expropriation in October of 1981.

OHIO 7

In the Somerville, New Jersey trial of anti-imperialist Thomas Manning and Richard Williams, progressive forces scored a concrete victory as the jury declared a mistrial in the case of Richard Williams. Thomas Manning was found guilty of escape from the scene of a crime, robbery (of his own gun from Philip LaMonaco, the New Jersey state trooper subsequently killed in a pitched gun battle on the New Jersey Turnpike in 1981) and felony murder (being present at the scene of a murder). Compañero Thomas was acquitted of the first degree murder charge.

Although compañero Thomas testified that he killed LaMonaco in self-defense, and that his co-defendant Richard Williams was not present at the time, the State has argued that it was Richard Williams who killed the state trooper.

Richard and Thomas are being transferred to the Boston area, where they will face arraignment on charges of seditious conspiracy on Thursday, January 29, 1987. The other defendants in the conspiracy case, Ray Levasseur, Pat Gros, Barbara Curzi, Jaan Lamaan and Carol Manning have been informed that the evidence will be viewed starting February 2, 1987. The trial has been set for March 3, 1987 and is expected to last six to eight months. They have lost their motion to reconsider their choice of counsel.

Stern 02.04.1987

EURO-TERRORISMUS

Die Jagd auf ein Phantom

Während Bundesinnenminister Zimmermann vor der Gefahr des europaweiten Terrornetzes warnt, ist die Rote Armee Fraktion so isoliert wie nie zuvor

Nach dem Mord an dem italienischen Luftwaffengeneral Licio Giorgieri am Freitag vorvergangener Woche hatte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann sogleich die Aufklärung parat: Es sei das Werk der Euro-Terroristen, die versuchten, »eine gewaltorientierte westeuropäische Front gegen die Verteidigungsfähigkeit« der Nato und damit »gegen Freiheit und Demokratie aufzubauen«.

Sein italienischer Amtskollege Oscar Luigi Scalfaro spekulierte vor dem Parlament in Rom sogar, daß Mitglieder der deutschen Terrorgruppe Rote Armee Fraktion (RAF) mit gefälschten Pässen zum Morden nach Italien eingereist seien.

Eine bessere Propaganda hätten sich die RAF-Terroristen gar nicht wünschen können, die seit Jahren in ihren Bekennerschreiben und Untergrundzeitungen vom Aufbau einer »westeuropäischen antiimperialistischen Front« schwärmen.

Tatsächlich aber sind die bundesdeutschen Terroristen derzeit isoliert wie nie zuvor: Zu dem Mord an General Giorgieri, Chef der Abteilung für Luft- und Weltraumwaffen der italienischen Streitkräfte, hat sich ein Kommando der »Union kämpfender Kommunisten« (UCC) bekannt, die nach dem Urteil von Sicherheitsexperten ideologisch mit der RAF auf Kriegsfuß stehen.

Den einzigen Erfolg konnte die RAF in der Vergangenheit bei der französischen »Action directe« (AD) verbuchen. Doch nach der Verhaftung der letzten vier Führungsmitglieder der AD am 21. Februar auf einem Bauernhof bei Orleans hat die RAF in Frankreich »keinen Ansprechpartner mehr«, so Christian Lochte, der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes.

Dem angeblich von der RAF geknüpften europäischen Terrornetz, der »westeuropäischen Guerilla«, von deren Existenz auch BKA-Präsident Heinrich Boge noch im März sprach, werden immer wieder Gruppen in Italien, Frankreich, Belgien, Spanien und Nordirland zugerechnet. Doch das Werben der RAF um internationale Unterstützung ist eine Kette von Mißerfolgen.

Die Irisch Republikanische Armee (IRA), die am Montag vergangener Woche vor der Offiziersmesse der britischen Rheinarmee in Mönchengladbach-Rheindahlen eine Autobombe zündete und damit 31 Menschen verletzte, hatte Abgesandte aus Deutschland schon vor Jahren brüsk zurückgewiesen. Und als die RAF eines ihrer Kommandos nach dem im Gefängnis bei einem Hungerstreik gestorbenen Patsy O' Hara benannte, verwahrten sich die Nordiren gegen diese »Blasphemie«. Auch die baskische Separatisten-Organisation ETA lehnte jede Kooperation mit der RAF ab.

In Spanien verfaßte die »Communa Carlos Marx«, ein Zusammenschluß inhaftierter Mitglieder der Terrorgruppen PCE/r und Grapo, im März 1986 im Gefängnis von Soria ein Strategiepapier mit der Überschrift »Zwei unversöhnliche Richtungen in der revolutionären europäischen Bewegung«. Darin werden RAF und Action directe hart kritisiert: »Ihre bewaffneten Aktionen fußen nicht auf einem politisch-proletarischen Programm. Sie sind geprägt von Radikalität, Spontaneität und Opportunismus« – nur eine »schlechte Parodie«.

Eine ähnlich herbe Abfuhr bekam die RAF bei den belgischen »Kämpfenden Kommunistischen Zellen« (CCC), die nach zahlreichen Bombenanschlägen auf Nato-Einrichtungen Ende 1985 von der Polizei zerschlagen wurden. Die CCC wollte eine echte kommunistische Partei gründen und dafür auch militärisch kämpfen. Terror allein wie bei der RAF sei »Abenteurertum«.

Die einzige Spur, die von den belgischen Terroristen zur RAF und zur Action directe führt, sind die 845 Kilo Sprengstoff, die am 4. Juni 1984 aus einem Steinbruch im belgischen Ecausinnes gestohlen worden waren. Teile davon wurden sowohl bei Anschlägen in Belgien und Frankreich als auch bei dem versuchten Attentat auf die Nato-Schule in Oberammergau am 18. Dezember 1984 verwendet.

Allein mit der Action directe erreichte die RAF zeitweise eine politische, logistische und organisatorische Zusammenarbeit. Sie verfaßten ein gemeinsames Strategiepapier mit dem Titel »Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa«, das im Januar 1985 in Paris veröffentlicht wurde. Zwei Revolver und eine Pistole, die im November 1984 bei einem Überfall auf ein Waffengeschäft in Maxdorf von der RAF geraubt worden waren, sind jetzt in dem Bauernhof der Action-directe-Führer bei Orleans gefunden worden, dazu deutsche Personalpapiere, Kfz-Scheine und Autokennzeichen.

Nach einem gemeinsamen Konzept, die deutsch-französische »Militär-Connection« anzugreifen, ermordete die Action directe den französischen General René Audran am 25. Januar 1985 bei Paris und anschließend die RAF am 1. Februar 1985 in Gauting den deutschen MTU-Rüstungsmanager Dr. Ernst Zimmermann.

Die einzige echte Gemeinschaftsaktion von RAF und Action directe war der Bombenanschlag auf die US-Air-Base in Frankfurt am 8. August 1985, zu dessen Vorbereitung ein amerikanischer Soldat ermordet worden war, um seinen Dienstausweis zu bekommen.

Obwohl diese Kooperation zwischen RAF und Action directe durch den Fahndungserfolg von Orleans beendet ist, wird das Stichwort »Euro-Terrorismus« von den Politikern noch gern weiterbenutzt. Von den Italienern, weil sie der Bevölkerung verkündet hatten, sie hätten das Terror-Problem gelöst. Und von Bundesinnenminister Zimmermann, weil er hofft, daß sich schärfere Gesetze mit dem Gespenst einer europaweit operierenden Terrorgang leichter durchsetzen lassen.

THOMAS OSTERKORN/ MICHAEL SEUFERT

Hunt for mole as Italy faces terror onslaught.
The Observer 22.03.87

DAVID WILLEY ■ Rome

TWO VITAL questions remain unanswered as police helicopters buzz over Rome as part of a massive, and so far fruitless, search for the killers of General Licio Giorgieri, the man in charge of development of Italy's entire missile arsenal and air defence system.

Who was the mole in the Defence Ministry who enabled Red Brigades terrorists to identify an obscure soldier-boffin who was one of Nato's leading experts on the planning and construction of space weapons? !

And why did the Italian Government apparently fail to act upon intelligence provided by the French secret services earlier this month, when leaders of the Action Directe terrorist group were captured near Orleans with evidence of plans for joint operations with the Red Brigades ?General Giogieri was killed by a two-man assassination team who fired five shots through the windows of the car in which he was being driven home last Friday night. His driver escaped unhurt. It was a precision killing.

The general's body was taken to a special room in the ministry to lie in state until the funeral. Hundreds of people began filing past the bier when it was open to the public. Members of the Government —including Defence Minister Giovanni Spadolini — and leading personalities also paid their last respects.

The timing of the assassination was calculated for its maximum destabilising effect when Italy is virtually without a government. As the politicians continue long-drawn-out negotiations to try to set up a new coalition to replace the Craxi administration, which resigned three weeks ago, Italy has to face the gravest resurgence of domestic terrorism since the late 1970s.

Police investigators are concentrating on possible international links of the 'Union of Communist Combatants' the military wing of the new Red Brigades.

The leaders of the old Red Brigades, active during the late 1970s and early 1980s, are mostly in jail serving long sentences for terrorist crime. The old Red Brigades were responsible for the kidnap and murder of former Prime Minister Aldo Moro in 1978 and subsequently a whole series of leading public figures in journalism, the universities, and the law.

The 'Union of Communist Combatants' first appeared as an identifiable splinter group of the new generation of the Red Brigades in October 1985, when an attempt to kill one of Prime Minister Craxi's chief economic advisers failed.

A woman member of the terrorist group, Wima Monaco, was killed by police in a shoot-out when she bungled the attack.

Italy's leading daily, the *Corriere de la Sera*, pointed out in a sobering editorial yesterday that although the Red Brigades had been defeated politically 'the armed struggle is not over. Terrorism has become pathological in contemporary society,' the newspaper said.

'The Red Brigades are no longer trying to encourage the masses to strike at the heart of the state; they now want to destabilise western defence. And Middle East terrorism has the same strategy.'

General Giorgieri came from Trieste, where he held a chair of aeronautical and missile engineering at the university. On the door of his spacious flat in a Rome suburb he is described as 'General Professor Giorgieri.' For the past four years he had been in charge of an office through which passed all orders for aircraft and missiles for the Italian armed forces.

His work was highly classified, but it is known that in one point in his career he had worked with the aircraft and military vehicle division of Fiat. According to some reports, the general was Italy's leading expert on military research contracts for President Reagan's Star Wars project.

Haftbefehle gegen die Mörder von General Giorgieri

SDZ 1-4

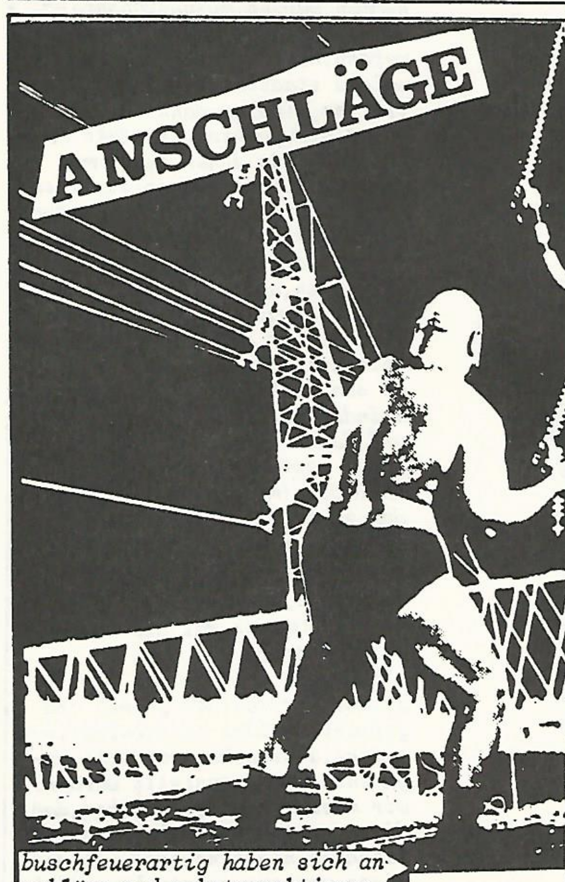
Rom (Reuter)

Die italienische Polizei hat gegen zwei mutmaßliche Mitglieder der linksextremen Untergrundgruppe „Vereinigung kämpfender Kommunisten" Haftbefehl erlassen. Ein Polizeisprecher sagte in Rom, den beiden werde vorgeworfen, an der Planung des Anschlags beteiligt gewesen zu sein, bei dem der Luftwaffengeneral Licio Giorgieri vor zwei Wochen getötet worden war. Außerdem würden sie beschuldigt, bereits im Dezember versucht zu haben, Giorgieri zu töten. Es handele sich um den 26jährigen Paolo Cassetta und den 25jährigen Fabrizio Melorio. Cassetta und Melorio befinden sich bereits in anderer Sache in Haft. Sie waren nach Polizeiangaben im Januar an einer Schießerei mit Polizisten beteiligt gewesen. Giorgieris Frau hatte aber von Libanesen als Attentäter gesprochen.

Karlsruhe: Annäherung zwischen RAF und Roten Brigaden

SDZ 1.4 **ker. Karlsruhe (Eigener Bericht)**

Von einer ideologischen Annäherung zwischen deutschen und italienischen Terroristen geht die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe aus. Nach Angaben eines Sprechers gibt es mehrere Hinweise auf eine solche Annäherung zwischen der Roten Armee Fraktion (RAF) und den Roten Brigaden. Knapp zwei Wochen nach dem Mord an dem italienischen General Giorgieri gebe es aber nach wie vor keine Beweise, daß die RAF in diesen Mord verwickelt sei. Der Bundesanwaltschaft liegen nach der Auskunft des Sprechers auch keine Hinweise auf gemeinsame Mordkommandos vor. Die Annäherung zwischen deutschen und italienischen Terroristen sei noch nicht so weit gediehen wie die zwischen deutschen und französischen Terroristen, die eine Basis für eine „EG des Terrorismus" erweitern wollten. Nach der Verhaftung von vier mutmaßlichen Führern der französischen Terroristengruppe „Action directe" hatten deutsche Sicherheitsbehörden erstmals Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit zwischen dieser Gruppe und der RAF gefunden.



buschfeuerartig haben sich anschläge und sabotageaktionen ausgeweitet- 1986:das neue rekordjahr! von "atom" bis "waanews",vom "arbeiterkampf" bis zum neuen "radikal-info" werden die bilanzen in übervollen herzschlagseiten gewürdigt und gefeiert.natürlich freuen auch wir uns über jede gelungene aktion,klar hoffen auch wir, daß die jetzige phase der "propaganda der tat" in absehbarer zeit in eine phase störender und blockierender militanter gegenmacht übergeht,daß z.b. zum iwf/weltbankgipfel '88 die herrschenden auch auf dieser ebene mit einer kampagne konfrontiert werden,die sie so hier in disem lande noch nicht erlebt haben.(wie war das:wer keinen mut zu träumen,hat keine kraft zu kämpfen!)
was uns fehlt,ist allerdings eine lebhafte debatte um ausführung und konsequenzen,um zeitpunkt und zielgerichtetheit der zumeist nächtlichen aktionen.diese debatte muß gleichermaßen andauernder bestandteil von,und notwendige bedingung für die weitere entwicklung revolutionärer gewaltmittel sein,und das zumindest in zweierlei hinsicht: zum einen in der direkten auswirkung auf kampagnen und bewegungen, also ob und wie aktionen den kampf weiterbringen oder zurückwerfen,wie weit sie vermittelt sind und aufgegriffen werden.und letzteres schlägt die brücke zum zweiten punkt:nämlich inwieweit sich die kleingruppenorganisierung stabilisiert (und weiter ausbreitet), daß sich vielfach spontanes und reaktives handeln zu kontinuierlicher radikaler praxis verfestigt.
im folgenden soll weniger das "genaue vorgehen und verantwortliche umgehen in der aktion" thematisiert werden.vielmehr sollen fragen um die zielgerichtetheit im mittelpunkt stehen, die wir gerade an den nachher genannten beispielen absolut unangemessen diskutiert sehen. sprachlose zustimmung wechselt hier mit sprachloser ablehnung, von lebhafter debatte ist nichts zu spüren.dieses fragment ist insofern als aufforderung zum streit zu verstehen.

sabotage an militärischen einrichtungen,an konzernen und banken,an juristisch/polizeilichen objekten,in datenzentralen,planungsfilialen und forschungsinstituten ... finden zweifellos eine zunehmend breitere akzeptanz.allein hier gilt: je höher der sachschaden, desto besser,denn die zielgerichtetheit spricht in aller regel für sich.
in der anschlagseuphorie haben allerdings auch ungezielte bis völlig blinde aktionen in "unseren hitlisten" einen platz gefunden.so feiern die "waanews" auf ihrer titelseite einen umgesägten holzstrommasten, unter den herzschlägen derselben ausgabe taucht gar eine "paketbombe an hertie-explodierte im paketpostamt-200000 dm im eimer"(!)-als erfolgsmeldung auf.eine hauptsache-es-kracht-mentalität scheint sich hier einzuschleichen,ohne daß sich- und das ist das schlimmste- noch irgendwer darüber aufregt oder wenigstens sichtbar darum gestritten wird. die theoretische maßgabe,daß "sich unsere aktionen immer klar von denen der bullen/faschos unterscheiden lassen müssen",ist so richtig,wie sie platt ist.sie hilft uns nicht weiter.umgekehrt heißt schweigen (z.b. zu obigen beispielen) zulassen; mit der gefahr,daß sich gegen die alltägliche imperialistische zerstörung eine ungezielte und verrohte gegengewalt breitmacht und in den vordergrund rückt.wir behaupten nicht, daß klare und scharfe grenzlinien gezogen werden können, nach denen aktionen immer eindeutig als "links",unüberlegt aktionistisch","unpolitisch", "rechts"... einzuordnen sind. kriterien können sich sehr wohl verändern,sie sind von uns ständig neu zu bestimmen, in der konkreten praxis,in der aktuellen situation.
um kriterien der zielgerichtetheit soll es denn auch im folgenden gehen,festgemacht an konkreten und aktuellen beispielen,die untereinander starke parallelen aufweisen:
- zum fällen von strommasten
- zu aktionen gegen die bundesbahn.

aktionen in diesen zwei bereichen sind vom staatsschutz sicherheitstechnisch kaum beizukommen.anders als an immer perfekter abgesicherten "neuralgischen punkten" läßt sich sabotage fast unbegrenzt ausweiten.das alleine kann allerdings kein kriterium sein.vielmehr verbinden sich damit chancen und probleme zugleich.
denn anders als bei obengenannten vermittelten angriffszielen treffen diese aktionen eine vor allem zivile infrastruktur und ökonomische projekte, die weithin als "gemeinnützig" anerkannte sind.selbst in oppositionellen kreisen wird deren funktion nicht als "aggressive" imperialistische begriffen, als angriffsziele sind sie wenig bis gar nicht vermittelt.
um so dringender ist die intesive diskussion,die fragen um möglichkeiten,grenzen und fehler in disen "problembereichen zu thematisieren.
ausgangspunkt der folgenden einschätzung ist ein in allen beiden bereichen nötiges und mögliches verantwortliches umgehen;zugespitzt formuliert: die perfekte ausführung.auch wenn es erstmal für die radikale linke hier spricht,daß trotz der stark ausgeweiteten aktivitäten in den letzten jahren keine unbeteiligten zu ernsthaften körperlichen schäden gekommen sind,wissen wir doch um die vielen fehler,leichtsinnigkeiten und (un-)glücksfälle.technische fragen,die da hineingehören, sollen jedoch nur ganz kurz zu beginn jedes komplexes angerissen werden.sie sind letztlich unabhängig von der inhaltlichen bestimmung zu beantworten.

* Unzertrennlich Autonomes Info Nr.4 März 1987

ZUM FÄLLEN VON STROMMASTEN

grundlage der auseinandersetzung ist also hier,daß die masten berechnend gefällt werden können,ohne unmittelbar menschen zu gefährden; d.h. weder die ausführenden aktivisten noch z.b. zufällig vorbeifahrende autoinsassen, weil der mast über eine straße gefallen ist.
1984 wurde ein strommast in unmittelbarer nähe des noch im bau befindlichen akw-brokdorf gesprengt.die aktion fand ungeteilte zustimmung und trug sicherlich wesentlich dazu bei,an dieser aktionsform verstärkt weiter zuüberlegen.zwar waren schon in früheren jahren einzelne masten umgelegt worden - in der schweiz lief gar eine regelrechte kampagne - durchgesetzt als permanente widerstandsform hatte sich diese aktion jedoch noch nicht.
im januar 85 kam es dann zu einem ersten "durchbruch". "hau weg den scheiß" - so nannte sich die ausführende gruppe - war in aller munde. die sprengaktion,die zwei gittermasten kippte und das akw krümmel mehrere wochen stillegte,schlug voll ein. über die unmittelbare nähe zum akw,mit der folgenden zwangsabschaltung hatte die aktion eine breitestvorstellbare vermittlung.trotzdem ist heute neu zu diskutieren, inwieweit ein direktes abschneiden vom zustrom bzw. vom abfließenden strom eine notabschaltung herausfordert, bei der wir auf die funktionsfähigkeit der akw-notsysteme vertrauen müssen.informationen in dies richtung haben sich mittlerweile verdichtet und stellen damit diese zielgerichtetheit - strommasten an laufenden atomanlagen - zunehmend in frage.
weniger diese problematik als die "katastrophe von tschernobyl" und die"entdekkung der eisensäge" forcierte ein bisher unbekanntes ausmaß vom strommastaktionen im letzten jahr.auf das problem eisensäge (gefährlichkeit contra massensabotagemittel contra leichte anwendung ohne die notwendige inhaltliche auseinandersetzung..) soll hier nicht weiter eingegangen werden.hinterfragt werden soll vielmehr die (heutige) legitimität von aktionen gegen die gesamte stromversorgungsinfrastruktur,sozusagen gegen jeden beliebigen masten.
wir unterstellen mal,daß die ausweitung der mastaktionen vielfach eine eher spontane antwort auf tschernobyl war. jetzt mußte was gemacht werden,mit radikalem ausdruck und doch relativ leicht durchführbar.die masten boten sich an,verbanden sich damit doch die elektrizitätsversorgungsunternehmen(evu's),die ja die akws betreiben,und nach und nach bekam die sache eine faszinierende eigendynamik."wo fällt der nächste?" ohne diesen spontanen und eigendynamischen momenten die wichtigkeit abzusprechen,muß doch (spätestens jetzt) genauer diskutiert werden,wer getroffen wird und wer betroffen ist,inwieweit die kampagne fortzusetzen ist, und was sich damit perspektivisch verbindet.

klar ist,daß mit den monopolistischen evu's - als akw-betreiber und verfilzt mit banken und konzernen (z. b. rwe) - keine falschen getroffen werden.
von den folgen - kürzeren und längeren stromausfällen - sind aber auch die verschiedensten stromverbraucher betroffen.daß empfindliche computeranlagen an selbst kurzfristigen abschaltungen - der netzaufbau überbrückt ausfälle zumeist innerhalb weniger minuten - schaden leiden,können wir nur positiv bewerten.aber es ist ja gerade merkmal der zivilen infrastruktur,daß es keine klaren trennungen gibt,daß sich die unterbrechung auf einzelhaushalte in dorf und stadtteil,auf beleuchtungs- und ampelanlagen wie auch auf fabriken in industriegebieten auswirkt.das bildet den hintergrund dafür,den leuten die neutralität des versorgungssystems einzureden und eine scheinbare interessenidentität herzustellen.auf diese problem kann sicher nicht unbegrenzt rücksicht genommen werden,genausowenig darf es aber zur belanglosigkeit erklärt werden.konkret heißt das zum einen,daß verkehrsstaus oder aufgetaute kühlschränke hingenommen werden müssen.andererseits muß sich die mühe gemacht werden,herauszukriegen,wann welche stadtteile,gebiete betroffen sind,um dann entsprechend die punkte verstärkt auszuwählen,mit denen bestimmte fabriken,industriegebiete oder bonzenviertel getroffen werden.
als ziemlich unüberlegt begreifen wir deshalb die holzmastfällungen,auch wenn sie in der nähe des waa-standortes stattfinden.hier gehen mit sicherheit die falschen lichter aus, ob nun in kleineren dorfgemeinden oder aussiedlerhöfen. und daran kann wohl kein interesse bestehen.solche aktionen über den (minimalen) sachschaden zu begründen ist völlig kurzgegriffen.und wer von unruhe" spricht,wenn ausschließlich die falschen getroffen werden,hat die "unruhe" nicht kapiert.
stattdessen sollten mit dem legitimen fällen der großen trägermasten klare antizentralistische,antitechnokratische argumente herausgestellt werden.
wir müssen deutlich machen,daß diese zentralistische megawattmaschine nicht neutral ist,daß diese versorgungsstruktur nichts mit unseren vorstellungen von einem anderen leben zu tun hat, daß sie teil eines macht- und sachzwangapparates ist,den wir nicht in ruhe lassen werden, mit und ohne akws!
insofern finden wir die position falsch,die solche aktionen (mit hinweis auf chile) erst in (fiktiven)bürgerkriegssituationen als gerechtfertigt ansieht und in der aktuellen situation als aktionistisch ablehnt.
sicherlich hat tschernobyl , die "katastrophen"situation, die ausweitung der strommastaktionen als auch deren (überraschend breite) vermittlung ausgelöst.das mag sich -bis zur nächsten katastrophe !? wieder abschwächen.aber das ist kein grund,dieses terrain wieder zurückzustellen oder gar ganz aufzugeben.vielmehr muß es darum gehen,-neben der klärung der technischen ausführung - informationen zu sammeln (empfehlenswert ist dazu ein artikel im "wiener" 12/86 -übrigens beschlagnahmt- auch wenn er in der aufmachung dem niveau dieses "zeitgeistblattes" entspricht) sowie praktische erfahrungen zu machen,um gezielter und systematischer die netzteile lahmzulegen,um

die es uns in erster linie geht.das dürften-so wie oben problematisiert- nicht mehr atomanlagen selbst sein.militärische,ökonomische,technologische knotenpunkte haben in der regel ihre zusätzliche eigenstromversorgung.dort sind also ebenfalls keine "durchschlagenden" erfolge zu erwarten."übrig" bleibt allemal eine ökonomisch-technologische struktur,deren funktionsfähigkeit den imperialistischen normalzustand entscheident mitträgt.die adern zum herzen der bestie anzustechen, und - auf längere sicht - das blut des öfteren ins stocken zu bringen,kann zum kollaps des ganzen systems beitragen,erst recht in weiteren zu erwartenden krisenhaften zuspitzungen.die vorbereitung und erprobung für diese situationen wäre ein weiteres,letztes argument, die legitimität,die notwendigkeit der sabotage an strommasten zu begründen. klar,wir zappeln mehr oder minder selbst im netz dieses versorgungssystems;je klarer wir aber diesen zustand als bewußt betriebene abhängigkeit von einer zentralistisch,technologischen gewaltstruktur begreifen,um so leichter fällt es uns,diese abzulehnen und zu zerschlagen. auch wenn es uns in zweiter linie selbst mitbetrifft.

ZU AKTIONEN GEGEN DIE BUNDESBAHN

ausgangspunkt bildet (wiederum) die genaue ausführung ohne eine gefährdung von personen.sofern es zutrifft,daß ohne jegliche sicherung und vorwarnung ein oberleitungsmast abgesägt wurde,in anderen fällen lange eisenketten auf die oberleitung geworfen wurden,kann nur von krasser gedankenlosigkeit, übelstem leichtsinn oder beidem zusammen geredet werden. mit einfachen und ausgemessenen haken sind züge zu stoppen,zugverbindungen zu blokkieren,ohne daß zugführer oder fahrgästen gefahr droht. schwerpunkt soll allerdings die frage sein - die parallele zum vorherigen beispiel der strommasten wird deutlich - inwieweit das bundesbahnnetz als ganzes ein begründetes ziel von sabotageaktionen abgibt.

die legitimität der blockaden von militär- und munitionszügen sowie atomtransporten steht außer frage.dies sind eingegrenzte aktionen,die sich gegen vermittelte ziele richten. sie beeinträchtigen das bahnnetz erstmal nur insoweit,wie es ganz bestimmten funktionen dient.gegen munitionszüge aus nordenham,an der güterbahnund potentiellen atomtransportstrecke nach gorleben sowie gegen weitere recherchierte militär- und atomzüge liefen zahlreiche aktionen.hierbei wurden wichtige praktische erfahrungen gesammelt.gleichzeitig zeigten sich die grenzen des aktuell machbaren in der auseinandersetzung mit den munitionstransporten.eine schwache informelle struktur zwischen den städten entlang der strecken (und die sich verschärfende repression) stand angesichts vieler ausweichmöglichkeiten im "zivilen" liniennetz ein immenser aufwand nicht zu bewältigender beobachtungen und recherchen gegenüber.letztlich blieben blockaden und andere aktionen auf den ersten streckenteil(um bremen) beschränkt.darüberhinaus ließ sichauch weil die züge an keine regelmäßigkeit gebunden wären- ein gezieltes und effektives vorgehen nicht aufbauen.

die überlegungen,die ankunft eines großen munitionsschiffes zum anlaß zu nehmen,am gesamten in frage kommenden dbnetz aktiv zu werden -also im wissen,daß munitionszüge rollen aber ohne diese speziellen transporte direkt getroffen würdensind nicht weiterdiskutiert worden.

hierin liegt aber ein ansatz, den bogen zu jenen aktionen zu schlagen,die in letzter zeitim zusammenhang mit dem kampf gegen das atomprogramm - gegen die bundesbahn ausgeführt wurden.noch vor tschernobyl lief in der oberpfalz eine koordinierte stopaktion,in der an vier hauptstrecken gleichzeitig (und fachgerecht) oberleitungsanker geworfen wurden und züge lahmlegten.in vielen vereinzelten und weiteren koordinierten aktionenhat sich diese praxis im letzten jahr stark ausgeweitet, zum großen teil in standortnähe (wie zur waa,zur rhein-main-air-base ..) zum teil aber auch ohne diesen bezug. in fast allen fällen ohne den anspruch,damit ganz unmittelbar einen bestimmten militär/ atomtransport zu stoppen.sicherlich sinkt damit die breitere vermittlung als "gezielter treffer".die prinzipielle kritik,die daraus platten aktionismus macht,weil die ungezieltheit als ausdruck fehlender mühsamer recherchen verstanden wird,können wir so absolut jedoch nicht teilen. mögen auch einzelne aktionen mehr vom drang zur tat geprägt sein als von genauen diskussionen- und einige haarsträubende ausführungsformen bestätigen. das- steckt in diesen (propagandistischen) angriffen auf die db-strecken ein weitergehender anspruch.als präventive aktion,als konkrete propagandistische drohung richten sie sich gegen eine staatsmonopolistisch organisierte infrastruktur in ihrer militärisch, ökonomisch,technologischen funktion.auf die darstellung der historischen bedeutung der eisenbahn als strategischem sektor und disziplinierungsmittel im klassenkampf kann hier nicht eingegangen werden, genausowenig auf die funktion und nutzung während des nazifaschismus.

in der totalen zurichtung dieser infrastruktur unter militärischen und ökonomischen gesichtspunkten liegt die kontinuität eines zentralisierten schnellbahnsystems,das - analog zur megawattmaschine der e-versorgung - mit unseren vorstellungen von waren und personentransport immer weniger bis gar nichts gemeinsam hat. die ständige militärische nutzung,der ausbau des netzes nach militärstrategischen versorgungsplänen ist nur die spitze des eisbergs.atom(müll)transporte treiben die logik nur auf die spitze,nach der gütertransporte insgesamt den imperialistischen normalzustand des weltmarktsystems mittragen. intercity- und airportexpress sind nur der offensichtlichste ausdruck einer schnelligkeitsgesellschaft,die hier als anerkannte und damit unangreifbare sachzwangnorm in herzen und hirne der menschen eingepflanzt werden soll.daß täglich millionen menschen von schlaf- in arbeitsstätte und umgekehrt geschafft werden müssen,gilt sowieso als unver-

änderbare normalität.
daß aktionen gegen die bundesbahn, die übrigens selbst am akw nekarwestheim beteiligt ist, in diesem zusammenhang als antizentralistischer, antitechnokratischer und antikapitalistischer widerstand zu begreifen ist, sollte verstärkt ausgedrückt werden.
und damit soll keineswegs der freischein ausgestellt werden, an allem aktiv zu werden, was überhaupt mit der bahn zu tun hat. wir finden es falsch, irgendwelche abgelegenen nahverkehrsstrecken anzugehen (parallel zu den hochspannungsmasten), und es bleibt mehr als fragwürdig, in der momentanen situation bewußt strecken an orten und zu zeiten lahmzulegen, wenn fast ausschließlich pendlerverkehr betroffen ist. (das könnte sich im zusammenhang mit ausgedehnten arbeitskämpfen ändern, als ergänzendes kampfmittel, wie es z.b. in japan von radikalen gruppen angewendet wurde - ohne daß uns die politische wirkung dort umfassend bekannt ist..).
als weniger problematisch begreifen wir also unterbrechungen auf fernverkehrsstrecken, nachts, mit denen vorallem güterzüge und evtl. intercityzüge getroffen werden. mögliche folgen in form verspäteten nahverkehrs sind hier hinzunehmen wie die aufgetauten kühlschränke. zunehmend gerechtfertigter werden die aktionen, wenn bestimmte versorgungswege zwischen produktionszentren und verteilungszentralen blockiert werden.
nicht zuletzt geht es mit den aktionen auch um das ziel, handlungsfähige gegenmacht zu entwickeln, in zugespitzten situationenalso auf entsprechende erfahrungen und kenntnisse zurückgreifen zu können.
die beispiele könnten weitergeführt werden. am straßenverkehrskomplex oder bei kommunikationssystemen stellen sich parallele fragen, hier müssen ebenfalls legitime möglichkeiten (an autobahnen und zufahrtswegen zu bestimmten objekten, industrieansiedlungen/ am glasfasernetz,..) mit notwendigen grenzen (kleinere straßen, telefonzellen) abgewogen werden.
die vorliegende argumentationslinie mag vielen schon zu weit gehen, und tendenziell vor allem jenen, deren utopie von veränderter, revolutionärer gesellschaft den gebrauch und nutzen der technologisch-zentralistischen versorgungssysteme einbezieht.
tatsächlich verbindet sich mit antitechnokratischen, antizentralistischen vorstellungen ein begriff von herrschaftstechnologien, der eine neutralität des standes sog. produktivkräfte (besser: destruktivkräfte) und angeschlossener notwendiger infrastruktur nicht zuläßt. insofern besteht eine ziel/mittel-relation, die zwar in diesem "militanz-fragment" nicht weiter thematisiert werden kann. dies ziel/mittel-verhältnis macht aber deutlich, daß diskussionen um die konkrete utopie vom anderen leben nicht unendlich wegzuschieben sind, daß zumindest - und das ist ja vermehrt spürbar - ein begriff von dem zu erarbeiten ist, was technologischer angriff in seiner ganzen dimension bedeutet. darin klare vorstellungen zu entwickeln, zu formulieren und zu propagieren ist - um den kreis zu schließen - eine vorraussetzung für den verstärkten und vermittelten angriff auf die herrschende infrastruktur: angriffe, deren vermittlung auf eine höchst verantwortliche ausführung angewiesen ist, und die ihre politische wirkung nur in kombination mit gezielten aktionen auf schaltstellen und knotenpunkte des systems erhalte

WAA-Gegner verüben erneut Anschlag auf Berliner Baufirma

SDZ 31.03.1987 **Berlin (dpa)**

Erneut haben Gegner der Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe (WAA) im bayerischen Wackersdorf einen Brandanschlag auf eine Berliner Baufirma verübt. Auf einer Baustelle im Bezirk Kreuzberg wurden ein hydraulisches Bohrgerät sowie zwei Pumpen des Bauunternehmens Brückner GmbH zerstört. Wie der polizeiliche Staatsschutz mitteilte, ließ eine „Autonome Zelle Erna Sielka" am Tatort ein Schreiben zurück, in dem der Brandanschlag mit dem Engagement des Essener Baukonzerns Hochtief in Wackersdorf begründet wird. Die Firma Brückner ist eine Tochtergesellschaft von Hochtief. Die „Autonome Zelle Erna Sielka" hatte sich bereits Anfang des Monats zweier Brandanschläge auf die Hochtief-Tochterfirma Hafemeister sowie auf eine weitere Baufirma am Kurfürstendamm bezichtigt. Der Name der Gruppe bezieht sich auf eine Frau, die im vergangenen Jahr bei einem Polizeieinsatz am Wackersdorfer Bauzaun einem Herzanfall erlag.

kommunikee

29. märz 87 berlin

heute nacht haben wir auf der baustelle tempelhoferufer / luckenwalderstraße in kreuzberg mehrere baufahrzeuge der baufirma brückner grundbau in brand gesteckt. brückner-grundbau ist ebenso wie hafemeister erdbau ein tochterunternehmen des hoch tief konzerns, beide sind zu 100 % in dessen besitz. hoch tief ist größtes bauunternehmen bei der errichtung der waa wackersdorf.
den zeitpunkt unserer aktion haben wir bewußt gewählt : am 28.3.1979 ereignete sich im three miles island akw bei harrisburg ein schwerer unfall, dessen folgen bis heute noch nicht abzusehen sind.
hoch die verluste - tief die gewinne
hände weg vom waa projekt in wackersdorf
es ist genug diskutiert worden

autonome zelle erna sielka

günter müller
3500 kassel,d. 25.3.87
theodor-fliednerstr.12
knast kassel I

erklärung

liebe companeras/os,

wie ihr wißt,wurde ich durch die verfügung des leiters des knastes bruchsal - in absprache mit den justizministerien baden-württemberg und hessen - vom 25.8.86 in den knast kassel I zwangsverlegt. begründung: wg meiner arbeitsverweigerung seit 81 - der zu intensiven kontakte zum günter sonnenberg und roland mayer(gefangene aus der raf) - meiner zunehmenden,an den zielen der raf orientierten politisierung - der nahezu ausschließlichen korrespondenz mit gesinnungsgenoss/inn/en und des bezugs von linksorientierten zeitschriften wie s'blättle, knipselkrant, radikal, arbeiterkampf... siehe dazu ak 274 vom 22.9.86 - zwangsverlegung wegen kontakt zu raf-gefangenen; taz vom 16.9.86 - normalvollzug ad absurdum geführt; die welt vom 12.9.86 - raf-kontakte zu inhaftierten; usw...

um diese eindeutige politische entscheidung abzuschwächen,die die andauernden propagandabehauptungen der staatsschützer vom 'normalvollzug der gefangenen aus der raf und dem widerstand' als lügen entlarvt,schrieben die justizministerien baden-württemberg und hessen auf meine beschwerden u.a. - zitat: 'die verlegung soll dem beschwerdeführer wenigstens die chance geben,in anderer umgebung dem vollzugsziel - nach der entlassung in sozialer verantwortung ein leben ohne straftaten zu führen - näher zu kommen.es geht also nicht darum,ehemalige mitglieder der raf in der vollzugsanstalt bruchsal zu isolieren,vielmehr soll beim gefangenen müller den in § 1 des stvollzg normierten zielen des strafvollzuges nähergekommen werden. da es nicht aufgabe des strafvollzuges sein kann,die entstehung einer neuen terroristengeneration sehenden auges zuzulassen,kann der rückverlegung derzeit nicht nachgekommen werden.'(schreiben des jumi ba-wü vom 29.1.87)

oder das schreiben des jumi hessen vom 7.1.87 - zitat: 'von einer verschärfung der haftbedingungen für den gefangenen durch die verlegung kann keine rede sein. die behandlung des strafgefangenen günter müller in der jva kassel I ist - wie bei allen andern inhaftierten - am strafvollzugsgesetz ausgerichtet.' zitat ende

nachdem ich hier anfangs tatsächlich mehr oder weniger'wie alle anderen gefangenen' behandelt wurde,verschärfen sich meine haftbedingungen seit 3 monaten kontinuierlich.

1. versuche ich seit september 86 per beschwerde und anträgen auf gerichtliche entscheidung meinen aus dem knast bruchsal eingebrachten radiorecorder ausgehändigt zu bekommen.den recorder brauche ich für meinen englisch- und spanisch-sprachkurs. begründung der nichtaushändigung: da ich nicht arbeiten würde.. hätte ich kein geld um den aus sicherheitsgründen notwendigen ausbau der mikrofone bezahlen zu können.

2. im dezember 86 wurde zum 1. mal die kopie eines zeitungsausschnittes(hier: interview mit nora astorga,nicaraguanische botschafterin in usa) aus dem'iht' beschlagnahmt. begr.: 'es besteht die gefahr der verdeckten nachrichtenübermittlung'. diese beschlagnahmungen nehmen immer mehr zu.

3. im januar 87 lehnte der hiesige knast meinen antrag ab,mir bücher von buchläden(z.b. schwarze risse buchladen,berlin) schicken zu lassen. begr.: 'es besteht die gefahr der unerlaubten nachrichtenübermittlung.' ich solle mir bücher bei einem, dem knast kassel zuverlässig erscheinenden buchhändler kaufen. dieses faktische totale bücherbezugsverbot gegen mich hat das landgericht kassel mit beschluß vom 9.3.87 legitimiert - zitat: 'es liegt auf der hand,daß die generelle zulassung von büchersendungen einen völlig unkontrollierbaren kontakt der insassen nach außen ermöglichen würde.'

garnicht zur kenntnis genommen hat das landgericht mein vorbringen, daß andere gefangene hier sich sehr wohl bücher sogar von privatpersonen schicken lassen dürfen oder, daß ich die bücher nicht bezahlen könnte, etc.

4. wurde mir am 27.2.87 arbeit angeboten - was ich natürlich zurückwies - obwohl hier über 30% der knapp 600 gefangenen arbeitslos sind und zig von denen seit monaten per beschwerden und petitionen versuchen den knast zu zwingen ihnen arbeit zu geben.
auf grund meiner arbeitsverweigerung wurde ich am 5.3.87 zu 3 tagen bunker 'auf bewährung' verknackt. da ein 'bewährungsbruch' vorprogrammiert ist werden sie mich also demnächst in den bunker schleppen.

allein diese offensichtlichsten schikanen gegen mich hier, seit meiner zwangsverlegung belegen, daß die verlegung einzig und allein dem zweck dient, zu versuchen, mich getrennt vom günter und roland - also in einzelisolation gehirnzuwaschen; mich und andere gefangene einzuschüchtern und abzuschrecken - nämlich, mit dem günter und roland nicht über mehr wie das wetter oder den scheiß knastfraß zu reden und dadurch die isolation der gefangenen aus der raf und dem widerstand im dauernd 'propagierten normalvollzug' perfekt zu machen.
natürlich wären sie auch mehr wie happy, wenn es ihnen durch diese zwangsverlegung und der nunmehr verstärkten pepression gelänge mich zu brechen - mich als gutes resultat/produkt ihres iso-gehirnwäscheprogramms gegen uns alle vorführen zu können. aber das wird ihnen nicht gelingen. genau so wenig wie es ihnen gelingen wird, den zunehmenden und immer breiter werdenden widerstand draußen durch willkürliche verhaftungen von ganzen veranstaltungen - kriegsmäßigen überfällen - kriminalisierungen abzuschrecken und einzudämmen.
grund: unser gemeinsamer kampf eben gegen vereinzelung, unterdrückung und ausbeutung weltweit durch den imperialismus/kapitalismus - für ein kollektives leben und arbeiten in freiheit und selbstbestimmung!
da die us-imperialisten nicht zulassen werden/können, daß wir ein kollektives und selbstbestimmtes leben/strukturen innerhalb des schweinesystems aufbauen - siehe hafenstr. in hh, el salvador, nicaragua, ganz aktuell die lager der palästinenser im libanon oder das massakrieren der gefangenen companeros vom leuchtenden pfad in peru durch die sozialfaschisten - kann das für uns nur heißen:
die internationale antiimperialistische front zu organisieren und im kampf drinnen und draußen dem, uns alle bedrohenden und uns alle gleichermaßen unterdrückenden us-imperialismus/kapitalismus ein für alle mal den garaus zu machen.
nehmen wir das nicht bald und unter vollem einsatz in angriff, in dem wir eine reale gegenmacht aufbauen wird es in absehbarer zeit nur noch ein großes us-nato-kz geben.

¡pasaremos!

mehr an infos zu diesen neuerlichen schikanen gegen mich bekommt ihr von:
ra elard biskamp, sandweg 50,
6 frankfurt 1



ABSCHRIFT

der präsident
des justizvollzugsamts

31 celle 11.3.1987

geschäftsnr. 264/87
- 4514 E/a „

betrifft: anhalten eines flugblattes 'hafenstr. febr. 1987'

bezug: ihr widerspruch vom 24.2.87
anlage: 1 rechtsmittelbelehrung gemäß ## 109,110.112
abs. 1 stvollzg

widerspruchsbescheid

sehr geehrte frau meerman!

gemäß # 109 abs.3 strafvollzugsgesetz in verbindung mit # 9 abs.3 des ausführungsgesetzes zum gerichtsverfassungsgesetz (nds. gesetz- und verordnungsblatt 1976, s.319) weise ich ihren o.a. widerspruch gegen die entscheidung des leiters der jva vechta vom 20.2.87, eröffnet am 23.2.87 zurück.

der angefochtene bescheid ist fehlerfrei ergangen.

nach # 31 abs.1 stvollzg kann der anstaltsleiter für den gefangenen eingehende schreiben anhalten, wenn das ziel des vollzugs oder die ordnung der anstalt gefährdet würde.

es ist davon auszugehen, daß nicht jeder gefangene schon von sich aus zur mitwirkung an der erreichung des vollzugsziels (## 2,4 abs.1 stvollzg) fähig und bereit ist. zur förderung der inneren voraussetzung für eine spätere straffreie lebensführung, zu denen die bereitschaft des strafgefangenen gehört, sind im einzelfall erforderlich werdende grundrechtsbeschränkende maßnahmen gerechtfertigt.

sie sind am 21.1.86 durch das hanseatische olg hamburg wegen gemeinschaftlicher unterstützung einer terroristischen vereinigung in tateinheit mit gemeinschaftlicher fortgesetzter sachbeschädigung zu einer freiheitsstrafe von 1 jahr und 6 monaten verurteilt worden. seitdem befinden sie sich in haft; seit dem 23.7.86 - nach rechtskraft des urteils - in strafhaft. das voraussichtliche strafende ist auf dem 14.8.87 vermerkt.
vor ihrer inhaftierung haben sie in der 'hafenstraße' gewohnt und waren in das dortige milieu eingebunden, das sich durch radikale politische selbstdarstellung und die bereitschaft zu gemeinschaftlichen rechtsbrüchen auszeichnet.
bis zum 14.1.87 waren sie in der untersuchungshaftanstalt hamburg inhaftiert. nach den dortigen erkenntnissen sind ihre außenkontakte in dem milieu 'hafenstraße' angesiedelt. in diesem bereich sind sie offensichtlich alternativlos verwurzelt und daher auch bemüht, bei dem 'harten kern' der terroristischen gewalttäter anerkennung zu finden.
so haben sie in einem vom 29.8.86 andauernden hungerstreik versucht, ihre verlegung in die jva lübeck zu den dort einsitzenden terroristischen gewalttätern durchzusetzen.

in einem schreiben an den in der jva celle I einsitzenden terroristischen strafgefangenen knut folkerts vom 28.10.86 teilen sie mit, wie sie durch ihr eigenes verhalten die gefangenen aus der 'raf' und deren solidarisierung unterstützen und stärken wollen. auf den beschluß der strafvollstreckungskammer des landesgerichts lüneburg bei dem amtsgericht celle vom 22.12.86 - 17 stvk-830/86 - verweise ich.

das flugblatt 'hafenstr. febr. 87' ruft in seiner tendenz zur gewaltsamen demonstration auf, enthält unter namentlicher benennung des innensenators der freien und hansestadt hh beleidigungen und verunglimpfungen der brd und deren organe, in den ausgeführt wird:
"... weil aber pawelczek und seine sinnesgleichen nie begreifen, wie aus unserem zusammenleben power entsteht, haben sie sich mit ihren strategien verkalkuliert. aus unserem gemeinsamen leben, aus unserer fähigkeit, grundbedürfnisse zusammen zu organisieren, uns gegenseitig zu unterstützen, schaffen wir eine grundlage zur solidarität zum gemeinsamen kampf, die von den schweinen immer wieder angegriffen wird, aber niemals zerstört werden konnte... alfons pawelczek muß geräumt werden! befreiung oder barbarei ..."

ferner wird auf einen 'vermeintlichen staatsterrorismus' hingewiesen. das flugblatt ist inhaltlich durchgehen geeignet, den gerichtsbekanntlichen staatsfeindlichen gesinnungen der angesprochenen

und deren organisatorischen zusammenhalt sowie eine gemeinsame entsprechende willensbildung zu bestärken, ferner die haßhaltung gegenüber der brd und deren organe zu fördern.
schriften dieses inhalts gefährden das ziel des vollzugs sowie die ordnung innerhalb der anstalt erheblich.

dabei habe ich berücksichtigt, daß sie in einer anstalt untergebracht sind, wo auch ein jungtätervollzug praktiziert wird. aufgrund der baulichen konstruktion der anstalt ist es jederzeit möglich, derartige schriften an vorgenannten personenkreis weiterzuleiten. die verbreitung dieses gedankenguts würde die wiedereingliederung dieser personengruppe erheblich gefährden.

das flugblatt 'hafenstraße februar 1987' war aus vorstehenden gründen anzuhalten.
im auftrag eger
beglaubigt bender (verw. angestellter)

rechtsmittelbelehrung (gemäß ## 109,110,112; abs.1 stvollzg)

gegen diesen widerspruchsbescheid können sie gerichtliche entscheidung bei der strafvollstrekkungskammer des landesgerichts oldenburg beim amtsgericht vechta beantragen. der antrag muß binnen zwei wochen nach zustellung oder schriftlicher bekanntgabe meiner entscheidung oder zur niederschrift der geschäftsstelle des gerichts gestellt oder begründet werden.



DER TERROR PAKT

Seit dem 18. März tagt wieder der U-Boot-Untersuchungsausschuß in Bonn. Er soll endgültig klären, wie weit Helmut Kohl, Franz Josef Strauß, Gerhard Stoltenberg und andere Spitzenpolitiker in den illegalen Verkauf deutscher U-Boot-Pläne an Südafrika verstrickt sind. Aber die Fragestellung ist falsch: Denn der eigentliche Skandal taucht dabei still und heimlich weg.

WIENER enthüllt: Die verkauften U-Boot-Pläne wurden von deutschen Firmen so modifiziert, daß sich die U-Boote ausschließlich für Terroraktionen gegen die schwarzafrikanischen Nachbarn Südafrikas eignen. Und allen Beteiligten war das von Anfang an klar: Dokumente listen auf, wie dieses Geschäft verschleiert werden sollte. Ein Bericht von René Zeyer.

Bekannt: Die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) verkauften U-Boot-Pläne an Südafrikas Apartheidregime: ein illegales Umgehungsgeschäft, ohne offizielle Zustimmung des Bundessicherheitsrates und ohne Exportgenehmigung.

Bekannt: Franz Josef Strauß hat sich bei Helmut Kohl für das Geschäft stark gemacht und „von diesem eine positive Antwort erhalten" *(BILD)*. Das Hamburger Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* berichtete, in Kenntnis des Abschlußberichtes des Bonner U-Boot-Untersuchungsausschusses, von einer „dubiosen Rolle" des Kanzleramtes „nicht ohne Zutun Kohls".

Die neuen Fakten im WIENER: Die an Südafrika gelieferten U-Boot-Pläne ermöglichen den Bau von U-Booten, die ausschließlich für Terrorzwecke gegen die schwarzafrikanischen Nachbarn Südafrikas eingesetzt werden sollen.

Allen Beteiligten war von Anfang an klar, daß es sich bei den von Südafrika gewünschten U-Booten nicht um ein konventionelles Modell handeln sollte, wie es beispielsweise in zwei Exemplaren 1986 an Indien geliefert wurde. Dort dienen die zwei U 209 für Tiefwasserpatrouillen zum strategischen Schutz der Küstengewässer.

Das mit der Planung und Entwicklung beauftragte Ingenieurkontor Lübeck (IKL) hielt in einem internen Vermerk vom 14. November 1983 fest, daß die südafrikanischen Interessenten die Prüfung folgender Spezifikationen des an Indien gelieferten U-Boots wünschen:

Das U 209 sollte in der Lage sein,

„1. zwei Kampftaucherunterstützungsfahrzeuge an Bord zu haben, die getaucht in 35 Meter Tiefe ausgestoßen und wieder an Bord genommen werden können, unter Nutzung eines besonders schnell funktionierenden Mechanismus", technologisches Neuland für die deutsche U-Boot-Industrie.

Da dieser Zusatz das Schiff von 64 auf knapp 70 Meter verlängern würde, müßte

„2. das Haupttriebwerk so verstärkt werden, daß der Aktionsradius über 6000 nautische Meilen beträgt.

3. Das U-Boot sollte 40 Tage lang mit 47 Mann Besatzung unterwegs sein können."

Damit war jedem Beteiligten völlig klar, wofür die südafrikanische Armee das U-Boot braucht: für Terror- und Sabotageeinsätze in den schwarzafrikanischen Frontstaaten. Man muß dafür noch nicht einmal wissen, daß der südafrikanische U-Boot-Stützpunkt Simonstown knapp 3000 nautische Meilen von der Erdölförderungsanlage Cabinda entfernt liegt, von der Angola den Hauptteil seiner Exporterlöse bezieht.

Und man konnte damals noch nicht wissen, daß in der Nacht vom 13. auf den 14. Mai 1985 die südafrikanische Armee mit einer von einem Schnellboot israelischer Bauart ausgesetzten Terrorgruppe versuchte, die Anlage in die Luft zu sprengen.

Der Anschlag scheiterte, der Befehlshaber du Toit wurde festgenommen; mitsamt einem Farbeimer, der dazu hätte dienen sollen, die Losung „Viva UNITA" auf den Boden zu pinseln, um diesen Sabotageakt als das Werk der angolanischen Contras erscheinen zu lassen.

Nach diesem Debakel verstärkte sich natürlich der Wunsch Südafrikas, über bessere technische Möglichkeiten verfügen zu können. In einer Aktennotiz über ein Kundengespräch ist bei dem IKL festgehalten, daß das U-Boot ebenfalls eine besondere Kiel-Konstruktion bekommen sollte, die es ermöglicht, es an einer bestimmten Stelle so lange fixiert am Untergrund zu halten, bis die ausgesandten Sabotagetrupps wieder zurückgekehrt sind.

Zu deren zusätzlicher Unterstützung sollte das U-Boot ebenfalls Abschußmöglichkeiten für senkrecht startende Kurzstreckenraketen erhalten; zur Verteidigung gegen Luftangriffe oder zur Bombardierung von Landzielen.

Das stimmt auch völlig mit der offiziellen südafrikanischen Militärdoktrin überein. Mit der Verabschiedung des „Verteidigungsergänzungsgesetzes" von 1977 wurde der Einsatz von Streitkräften „an jeder

Stelle außerhalb der Republik" für legal erklärt.

Im Gegensatz zu Südafrika ist Deutschland eine Demokratie – mit Gesetzen, die ein Waffengeschäft reglementieren. Das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) bezieht sich aber auf eigentliche Waffen, von der Lieferung von Plänen ist nicht die Rede. Kein Problem also für IKL und HDW. Dann gibt es noch das Außenwirtschaftsgesetz (AWG), das jeden mit Strafe bedroht, der durch seine Strafe bedroht, der durch seine Handlungsweise die „auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik erheblich stört".

Unterschied: Verstöße gegen das KWKG sind Straftaten, gegen das AWG nur Ordnungswidrigkeiten, die mit Geldbußen geahndet werden.

Dann gibt es noch die UN-Resolution 418, die ein Waffenembargo gegen Südafrika verhängt hat. Aber diese Resolution bindet nur die Bundesregierung, nicht einen privaten Unternehmer. Auch kein Problem.

Dennoch wußten die führenden Leute bei HDW und IKL, daß sie um eine offizielle Genehmigung der Bundesregierung nicht herumkommen; schließlich befindet sich die HDW zu über 75 Prozent in Staatsbesitz. Angesichts des besonderen U-Boot-Modells und des Vertragspartners war klar, daß selbst eine gewogene CDU/FDP-Regierung Skrupel bekommen könnte.

Daher entschloß sich der bei IKL zuständige Manager Lutz Nohse zu einer Doppelstrategie. Vom ersten Gespräch am 12.7.1983 mit dem Staatssekretär Tietmeyer an wurde Wert darauf gelegt, die Zusammenarbeit mit Südafrika so darzustellen, daß die Bundesregierung keinen Anlaß finden sollte, das Geschäft zu untersagen. In internen Aktenvermerken der Firma IKL ist immer wieder die Rede davon, daß Vertragsteile „heruntergespielt" werden sollen. Außerdem wurde alles unternommen, um den wahren Charakter des Geschäfts zu verschleiern.

In diesem Sinne wurde am 15. Juni 1984 nach mehreren Vorverträgen ein Vertrag zwischen IKL/HDW einerseits und der Firma Liebenberg und Stander Maritime (LSM) andererseits abgeschlossen. Dieser Vertrag trat am 6.8.1984 in Kraft, nachdem IKL/HDW schriftlich bestätigt hatten, daß die nötige Zustimmung der Bundesregierung für die Erfüllung des Vertrages „in ausreichendem Maße vorliegt". Umgekehrt bestätigte die halbstaatliche südafrikanische Rüstungsbeschaffungsagentur ARMSCOR bereits am 15.6.1984 ihren deutschen Geschäftspartnern, daß die „Firma LSM unser Eigentum ist und unter unserer ausschließlichen Verfügungsgewalt" steht und verspricht, falls LSM in Schwierigkeiten geraten sollte, „unwiderruflich sämtliche finanzielle Verpflichtungen zu übernehmen".

Dieser Vertrag umfaßt die Lieferung von Konstruktionsunterlagen, Einkaufsunterlagen, Prüf- und Qualitätssicherungsverfahren sowie Dokumente zur Produktionsplanung von vier U-Booten in Südafrika. IKL sagt zu, alle nötigen Änderungen nach Kundenerfordernissen planerisch durchzuführen.

Diese Vertragsanlagen, aus denen der eindeutige Einsatzzweck hervorgeht, wurden dem Untersuchungsausschuß, nach Kenntnisstand des WIENER, bisher nicht vorgelegt.

Weiter wurde zugesagt, ein Plastikmodell der U-Boot-Druckhülle im Maßstab 1:5, technische Unterstützung und Ausbildung in Südafrika zu liefern. In Punkt 20 des Vertrages ist festgehalten: „Sollte IKL aus welchen Gründen auch immer, verhindert sein, seine Verpflichtungen gemäß dieser Vereinbarung zu erfüllen, vereinbaren die Parteien, sich in der Absicht zu treffen, alternative Wege zu finden, um den Geist und die Absicht dieser Vereinbarung zu realisieren und/oder alternative Methoden für die Auslieferung von Dokumenten oder des Modells zu arrangieren."

Im Klartext: Man rechnete von allem Anfang an mit Schwierigkeiten – und legt fest, sie notfalls illegal zu lösen.

Damit nicht genug. Bereits im Februar 1984 war den mit der Projektierung befaßten Mitarbeitern beim IKL eine Verpflichtung vorgelegt worden, in der es heißt: „Sie sind bzw. werden demnächst an Arbeiten tätig sein, die unter der Arbeitsnummer IK 97 (Projektbezeichnung für die südafrikanischen U-Boote, die Red.) – in Abstimmung mit dem Bundesverteidigungsministerium (Unterstreichung durch Red.) – abgewickelt werden. Wir haben dem Kunden zusichern müssen, diese Arbeiten unter strengster Geheimhaltung durchzuführen."

Nach Abschluß des Vertrags und vor Beginn der Lieferungen kamen die beteiligten Firmen überein, zusätzliche Sicherungsmaßnahmen einzubauen. Unter dem Begriff *„cover story"* wurde beschlossen, das Projekt IK 97 in IK 91 umzubenennen, aus der Zusammenarbeit mit Südafrika wird die Kooperation mit einer US-Werft. Gleichzeitig werden in internen Papieren Code-Namen für die Beteiligten eingeführt: „Decotor" für das IKL, „Karate" für Südafrika, „Tjello" für die Bundesrepublik und „Eyebolt" für die südafrikanische Werft Sandock, die die U-Boote baut.

Außerdem ergeht die Direktive, aus sämtlichen Unterlagen das HDW-Firmenzeichen zu entfernen. Es werden Überlegungen angestellt, das Aussehen des U-Bootes so zu verändern, damit es nicht mehr als deutsches Produkt identifiziert werden kann.

All diese Vorsichtsmaßnahmen waren auch nötig, denn am 18.6.1985 wird es Lutz Nohse klar, daß die Bundesregierung negativ zu einem Export eingestellt ist. Die letzte zugegebene Dokumentenlieferung via Diplomatengepäck wird noch schnell am 19.6. über die Bühne gebracht, aber erst am 16.8.1985 teilen IKL und HDW den Südafrikanern mit, daß die Bundesregierung die Weitergabe von zusätzlichen Unterlagen untersagt hat.

Eigentlich ein Kündigungsgrund, denn Punkt 14.4 des Vertrages schreibt vor, daß bei einer Verzögerung der Vertragserfüllung von mehr als sechs Monaten der andere Vertragspartner kündigen darf. Diese Frist wäre am 19.12.1985 abgelaufen. Im Januar 1986 wird aber bei einem Treffen in Paris vereinbart, die Zusammenarbeit fortzuführen.

Diese Vereinbarung korrespondiert mit einem Dokument vom 22.10.1984. Der Handlungsbevollmächtigte Willem Venter der südafrikanischen Tarnfirma LSM führt in einem Brief an Lutz Nohse aus, daß zur Sicherheit und falls alle anderen Stricke reißen folgende Taktik gewählt werden sollte:

„a) Durch eine Abfolge von subtilen Veröffentlichungen von Desinformation sollte der Eindruck erweckt werden, daß die Bauphase un-

seres Projekts eine unbestimmte Verzögerung erfahren hat.

b) Unter keinen Umständen sollte dies offiziell angekündigt werden.

c) Alle Personen und Gruppen, die in die verdeckte Fortsetzung des Programms verwickelt sein werden, müssen über diese Lage völlig informiert werden.

d) Der gültige Vertrag sollte ohne Unterbrechung durch diese Verschleierungstaktik fortgeführt werden.

f) IKL/HDW sind gebeten, ausgewählten Einzelpersonen innerhalb der Verwaltung der Bundesrepublik über die wahre Sachlage zu informieren und ihnen insbesondere zu versichern, daß dieses Vorgehen gewählt wurde, um jede Möglichkeit eines Risikos auszuschließen.

Ich hoffe, daß diese Strategie mit Ihren Vorstellungen übereinstimmt."

Am 29.10.1984 telext die IKL ihr völliges Einverständnis.

Damit waren alle Schotten dichtgemacht für sämtliche Stürme, die über dieses Geschäft hereinbrechen können. Immerhin geht es um einen Gewinn aus der Lizenzvergabe von etwa 40 Millionen Mark, da lohnt sich schon der Einsatz unternehmerischen Weitblicks. Und alles läuft nach Plan: 1991 soll das erste U-Boot in Südafrika von Stapel laufen. Die Unterlagen wurden geliefert, und ein sachkundiger Projektleiter auch: der Kieler Oberingenieur Gerd Rademann weilt bereits in Durban; seinen Dienst bei HDW hat er quittiert.

WIENER *April 87*

STARTBAHN WEST

Am 5. April wählt Hessen. Kurz vor Schluß bringen die WIENER-Autoren *Jo Angerer* und *Erich Schmidt-Eenboom* neue Fakten, die auf eine militärische Nutzung der *Startbahn West* durch die benachbarte US-Air Base hindeuten. Sie dokumentieren: Für den militärischen Flugbetrieb auf der Startbahn West wird gerade jetzt der Anschluß an die NATO-Pipeline installiert. Sie belegen: Die USA investieren Millionen Dollar in den Ausbau der Rhein-Main-Basis. Mit dem Ziel, den Flughafen als zentrale europäische Operationsbasis für Kriseneinsätze umzurüsten. Wenn die US-Pläne greifen, dann hat SPD-Spitzenkandidat Hans Krollmann ein Riesenproblem: die SPD hat die militärische Nutzung der Startbahn West immer ausgeschlossen.

Anflug auf den Flughafen Frankfurt. Voraus die beiden Start- und Landebahnen „25 rechts" und „25 links". Rechtwinklig dazu die Startbahn „18 West". Rhein-Main-Airport, eine der Drehscheiben im europäischen Flugverkehr. Startbahn West: jahrelang *der* Kristallisationspunkt für Bürgerwiderstand.

Jenseits der beiden Start- und Landebahnen liegt die US-Air Base. Kaum bekannt ist, daß Frankfurt der größte militärische Frachtflughafen der US-Air Force außerhalb der USA ist. Und überhaupt noch nicht bekannt ist, daß Frankfurt – nach dem WIENER zugänglich gemachten Informationen – zur zentralen militärischen Operationsbasis für US-Luftstreitkräfte in Europa ausgebaut werden soll.

„Gateway to Europe." „Eingangstor nach Europa" steht am Torbogen der Air Base. Weit über 300 Hektar ist das Areal groß, über 10000 Menschen leben und arbeiten hier, unterstellt dem Militärischen Lufttransportkommando der US-Streitkräfte.

Täglich starten und landen hier tarnfarbene Transportflugzeuge vom Typ „Hercules", „Starlifter" oder „Galaxy". Rund 100000 Tonnen Militärgut werden auf der Air Base Jahr für Jahr umgeschlagen. Panzerteile für die Türkei, Jeeps für Spanien, Jet-Triebwerke für Italien. Und natürlich Munition und Nachschubgüter für die in der Bundesrepublik stationierten US-Truppen. Jährlich werden auf dem militärischen Teil des Frankfurter Flughafens 500000 Passagiere abgefertigt, hauptsächlich Soldaten.

Achtung Lebensgefahr! Betreten des Waldes wegen Munitionsbergung verboten!" steht auf dem Schild. Nacht für Nacht werden 30000 Quadratmeter Wald am Südrand des Frankfurter Flughafens hermetisch abgeriegelt. Die Polizei sperrt sämtliche Zufahrtsstraßen. Schaulustige sind zur Nachtzeit nicht gerne gesehen im Wald bei Mörfelden-Walldorf.

Im Mai 1984 hatte man dort 18 Kampfstoffgranaten gefunden, die aus Kaiser Wilhelms „chlorreichen" Zeiten stammen, gefüllt mit dem Arsengift CLARK. Für Hessens Innenminister Horst Winterstein (SPD) war der Fundort am Frankfurter Flughafen „die gefahrenträchtigste Stelle hinsichtlich der Verseuchung mit Kampfstoffen" in der Bundesrepublik.

Die Räumungsarbeiten begannen Mitte September letzten Jahres. Doch es werden nicht nur die Hinterlassenschaften des Ersten Weltkrieges beseitigt. Es wird auch der nächste vorbereitet. Im Schutz der „Betreten verboten"-Schilder errichtet die Firma HOCHTIEF, bekannt als Spezialist für Bunkerbauten, direkt neben der verseuchten Stelle einen neuen Tower für den Flugbetrieb auf der Frankfurter Startbahn West. Auf dem Flughafengelände sind fabrikneue Pipeline-Rohre gelagert.

Dieter Zindler (Name von der Red. geändert), der uns im Frankfurter Flughafengebäude gegenübersitzt, ist ein intimer Kenner der Flughafen-Frankfurt-Main AG (FAG), die den zivilen Teil des Flug-

hafens betreibt. „Um Giftgas geht es nur am Rande", sagt er, „das ist nur ein Vorwand, um unter Ausschluß der Öffentlichkeit den militärischen Ausbau des Flughafens vorzubereiten."

Geplant seien, so Zindler*, ein neues, unterbunkertes Parkfeld für US-Militärflugzeuge an der Startbahn West sowie mehrere Gebäude.

Niemals hätten bei der Entscheidung für den Bau der heißumkämpften Startbahn West militärische Aspekte eine Rolle gespielt, das hat Holger Börners SPD-Landesregierung immer wieder betont. Und die müßte es ja wissen: schließlich sitzt der jetzige SPD-Spitzenkandidat Hans Krollmann als Vorsitzender im Aufsichtsrat der FAG.

Hans Krollmann, der für die SPD am 5. April die Landtagswahlen in Hessen gewinnen soll, am 9. März 1987 zum WIENER: „Wer den Ausbau des Frankfurter Flughafens mit einem militärischen Hintergrund verbindet, der spinnt!" Die Fakten deuten aber auf das Gegenteil hin.

Die Frankfurter Air Base ist nicht den europäischen US-Luftstreitkräften unterstellt. Sie gehört direkt zum Militärischen Lufttransportkommando der USA. „Rapid Deployment Forces", so heißen die schnellen Eingreiftruppen der USA. Im „Wartime Host Nation Support"-Abkommen zwischen der Bundesrepublik und den USA, unterzeichnet im April 1982, ist die Unterstützung dieser Truppen auch bei Einsätzen außerhalb Europas garantiert.

Die militärischen Aufgaben der Flugplätze in der Bundesrepublik sind genau festgelegt. Es gibt „Main Airports of Debarkation", das sind Flughäfen, über die Verstärkungstruppen und Kriegsmaterial eingeflogen werden. Und es gibt „Main Operating Bases", Airports, von denen aus die Kampfflugzeuge operieren.

Frankfurt spielt als einziger bundesdeutscher Flughafen eine Doppelrolle. In den US-Planungspapieren ist der Frankfurter Flughafen sowohl als „Main Airport of Debarkation" als auch als „Main Operating Base" verzeichnet. Und das funktioniert nur mit der Startbahn West. Sie liegt rechtwinklig zu den beiden anderen Start- und Landebahnen. Somit kann man sie als eigenständigen Flughafen betreiben. Alles, was hierzu benötigt wird, ist zur Zeit im Bau oder zumindest geplant. Belegen läßt sich das schwarz auf weiß. In „Construction Hearings" werden im US-Repräsentantenhaus alle militärischen Baumaßnahmen der USA überall in der Welt diskutiert. Unter dem Stichwort „Rhein Main Air Base, Germany" sind in den Protokollen für 1987 die Ausbaupläne detailliert aufgelistet:

- ein Abstellgelände für Flugzeuge soll errichtet werden, 27000 Quadratmeter groß, Kostenpunkt: 2,6 Millionen Dollar.

Die „Combat Control Team Facility" (Einrichtung zur Kampfkontrolle) soll erweitert, ein „Operationscomplex" für 5,5 Millionen Dollar neu gebaut werden.

- den militärischen Passagier-Terminal wollen die Pentagon-Planer für über elf Millionen Dollar erweitern.

STARTBAHN WEST

Gesamtsumme der Baumaßnahmen: rund 22,5 Millionen Dollar.

Auffallen sollen diese militärischen Baumaßnahmen nicht. Denn gleichzeitig baut die Flughafen-Frankfurt-Main AG (FAG) 2,3 Milliarden Mark will man bis 1999 investieren. Das größte Einzelprojekt ist der neue Passagier-Terminal Ost, der am 1. April 1992 in Betrieb gehen soll. In Spitzenstunden können dann über 12000 Passagiere abgefertigt werden, 120 Parkpositionen für Flugzeuge sollen dann zur Verfügung stehen.

Bis 1988 soll der neue Tower fertig sein, in direkter Nachbarschaft zu den beiden Flugzeughallen 8 und 9, dort, wo zur Zeit die C-Waffen weggeräumt werden. 70 Meter hoch soll das Bauwerk werden, von dem aus die Startbahn West kontrolliert werden kann, unerläßlich für einen eigenständigen Flugbetrieb.

Diese Maßnahmen garantieren der US-Armee die Nutzung des Rhein-Main-Flughafens mit der Startbahn West als zentral europäische Operationsbasis für Kampfflugzeuge.

Einsätze in der Dritten Welt, das Kriegshandwerk der schnellen Eingreiftruppen, werden in Manövern und Übungen immer wieder geprobt. Im November 1981 starteten Flugzeuge der „Rapid Deployment Force" zu einem Großmanöver in der ägyptischen Wüste. Ausgangspunkt des Unternehmens waren der Stützpunkt RDF in North Carolina (USA) sowie drei Flugplätze in Europa, darunter auch Frankfurt.

November 1981: Während auf der Air Base die Flugzeuge betankt wurden und in Richtung Kairo starteten, räumte die Polizei wenige Meter weiter das Hüttendorf der Gegner der Startbahn West. Deren Notwendigkeit, begründet mit einer gelinde gesagt unrealistischen Zuwachsrate des zivilen Luftverkehrs, hat nichts mit militärischen Erfordernissen zu tun, das beteuerten die FAG und Hessens SPD-Regierung immer und immer wieder.

Anfang März 1987, Waldspaziergang in der Nähe von Mörfelden-Walldorf. Der Absperrzaun um das angeblich C-Waffen-verseuchte Gelände ist erweitert worden, obwohl die Bergungsarbeiten, ungeachtet der Tatsache, daß sie am besten in der kalten Winterzeit stattfinden können, eingestellt wurden.

Die Holzpflöcke des neuen Maschendrahtzauns sind noch frisch, kaum zwei Tage alt. Auf dem Flughafengelände liegen Rohre, die Zug um Zug in Richtung Startbahn West verlegt werden. Das bestehende Unterflurhydranten-System zur Flugzeugbetankung soll erweitert werden.

Unter dem gesamten Flughafengelände ist ein Netz von Kerosin-Leitungen verlegt, an jeder Flugzeugabstellposition ist eine Tanksäule. In den FAG-Karten sind am Ende der Startbahn West bereits Feuermelder für dieses System eingezeichnet. Solche Feuermelder befinden sich an jeder Zapfstelle.

Nur: an der Startbahn West gibt es keine Abstellpositionen für zivile Flugzeuge.

Im Waldgelände verfolgen wir Spuren. Kilometerlange Aufgrabungen. Um die Beseitigung alter Kampfstoffgranaten kann es sich dabei kaum gehandelt haben. Das giftverseuchte Gebiet liegt einige hundert Meter entfernt. Schließlich entdecken wir einen Metallstutzen, Betondeckel auf dem Waldboden. Zieht man eine Verbindungslinie vom Rohrlager auf dem Flughafengelände bis zu den Betondeckeln, so stellt man fest, daß diese Linie genau zu einer Pipeline führt, deren Existenz in der Bundesrepublik geheimgehalten wird.

Das „Central European Pipeline System", die sogenannte NATO-Pi-

peline, erstreckt sich über Ostfrankreich, die Beneluxstaaten und die Bundesrepublik. Neben diesen Nationen nutzen die Stationierungsstreitkräfte der USA, Kanadas und Großbritanniens dieses militärische Pipeline-System.

Es kann davon ausgegangen werden, daß im Wald bei Mörfelden-Walldorf ein neuer Anschluß an das militärische Netz gebaut wurde. Nachts, unter dem Deckmantel der C-Waffen-Räumung, geschützt vor den neugierigen Augen der örtlichen Bürgerinitiativen. Ziel: US-Kampfflugzeuge direkt an der Startbahn West zu betanken.

Betrieben wird die NATO-Pipeline in der Bundesrepublik von der staatlichen „Fernleitungsbetriebsgesellschaft mbH". Um einen Teil der Betriebskosten durch Einnahmen abzudecken, werden in Friedenszeiten Aufträge ziviler Firmen zur Lagerung und zum Transport von Kraftstoffen ausgeführt. Unsere Anfrage beantwortete die für den Frankfurter Flughafen zuständige Betriebsverwaltung Süd unter Hinweis „auf die militärische Geheimhaltungsbedürftigkeit" nicht.

Aber in einem internen FAG-Papier findet sich die Bestätigung für den Anschluß an die NATO-Pipeline: „Die Grundstücke Flur 7, Nr. 1/3 und 1/7 der Gemarkung Walldorf sind in der Abteilung II des Grundbuches wie folgt belastet: Treibstoffeinleitung der Bundeswehrverwaltung, eingetragen am 1.8.1977." Im Klartext: Keine zivile Nutzung, sondern militärische Nutzung der Pipeline.

Das Waldstück, auf dem sich der Pipeline-Anschluß befindet, hat die FAG im Februar 1985 in einem komplizierten Tauschgeschäft vom Land Hessen erworben. Für die FAG ein Verlustgeschäft: 283825 Mark hatte sie als Wertausgleich an das Land Hessen zu zahlen. Aber die FAG besitzt nun zwischen Air Base und Startbahn West einen zwischen 300 und 500 Meter breiten Waldstreifen. Die von der militärischen Planung betroffenen Städte und Gemeinden werden über die Pläne nicht informiert.

Im Gegenteil: am 14. März 1986 beantwortete der damalige Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann eine Anfrage im Parlament nach der Gesamtfläche der US-Air Base mit der Zahl 297,8 Hektar. Im „Inventory of Air Force Military Real Property Overseas" vom 30. September 1985 wird die Größe der Air Base aber mit 327 Hektar angegeben. Differenz: fast 30 Hektar.

Alle Fakten deuten darauf hin: Die Startbahn West wird in Zukunft militärisch genutzt — und zwar von den Amerikanern.

WIENER *April 87*

Politische Berichte 07/87

Stammheim

Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung

Essen. Am 22.3. fand in der Zeche Carl eine Veranstaltung „Stammheim 77 – Situation der politischen Gefangenen 87" statt. Die Veranstaltung wurde unterstützt von Autonomen aus Essen, Gelsenkirchen, Moers und Oberhausen, dem Autonomen-Plenum Mülheim, dem Autonomen Schüler- und Schülerinnen-Plenum Bonn, BWK – Bezirk Ruhr, Cafe Nix Da Düsseldorf, Eschhaus Duisburg, Infoladen „Zündstoff" Duisburg, Knastgruppe Gelsenkirchen, Politischer Buchladen Bochum, VSP – Bezirk Ruhr und Volksfront Essen.

Pieter Bakker Schut, Rechtsanwalt aus Amsterdam, stellte sein Buch „Stammheim – die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung" vor. Frau Barabaß und Frau Wagner stellten die Arbeit der Angehörigen- Gruppe dar und sagten konkret etwas zu den Haftbedingungen ihrer Tochter bzw. ihres Sohnes. Weiterhin erzählten Duisburger Autonome etwas zu den neuerlichen Verhaftungen in Duisburg, wo zwei Leuten die Anschläge gegen Statistische Landesämter in Leverkusen und Oberhausen vorgeworfen werden und einem die Mitgliedschaft in der RAF.

An der Veranstaltung nahmen ca. 350 Menschen teil, ca. 720 DM wurden gesammelt. Am Schluß der Veranstaltung wurde ein Solidaritätstelegramm an die Duisburger Verhafteten verabschiedet, in dem sich die Veranstaltungsteilnehmer solidarisch mit dem Kampf aller revolutionären Gefangenen gegen Isolationshaft, für Kollektivität und Selbstbestimmung erklärten und die Zusammenlegung der Gefangenen, die Freilassung von Günter Sonnenberg und die notwendige Operation für Angelika Goder fordern. Vom Fachschaftsrat Jura der Ruhr-Universität Bochum lag eine Solidaritätsadresse vor.

Nachfolgend Pieter Bakker Schut zur Kontaktsperre:
„Die Kontaktsperre, das Kontaktsperregesetz, die vollständige Isolation der Gefangenen, auch von ihren Verteidigern, muß ... im Rahmen einer in den westeuropäischen Staaten immer größere Dimensionen annehmenden ‚Politik der inneren Sicherheit' gesehen werden ... Die sich stetig verschärfende ökonomische, soziale und politische Krise führt zur Herrschaft von Ausnahmeregelungen ... So eine Ausnahmeregel ist auch die Kontaktsperre ... Bundesinnenminister Zimmermann zufolge befand sich die Bundesrepublik Deutschland damals im Kriegszustand. Und später erklärte auch Bundeskanzler Schmidt im ‚Spiegel', es war erst Januar 79: ‚Ich kann nur nachträglich den deutschen Juristen danken, daß sie das alles nicht verfassungsrechtlich untersucht haben.' Zum Kontaktsperregesetz konnte selbst die Springer-Presse nicht umhin zuzugeben: ‚Hier wird in der Tat ein schwerer Eingriff in die Rechte von Beschuldigten legalisiert, der üblicherweise ein Kriterium für Diktaturen darstellt.'"

Frau Barabaß zu den Haftbedingungen:
„Solange es politische Gefangene gibt, seit ca. 15 Jahren, solange kämpfen sie gegen Isolation und für Zusammenlegung. Durch ihren Kampf und die Unterstützung von draußen gab es immer mal Hafterleichterungen. Aber ihr Ziel, in großen Gruppen zusammengelegt zu werden, ist bis heute nicht erreicht worden ... Im Prozeß gegen Ingrid und Mareille sollte die Konstruktion ‚RAF im Knast' festgeschrieben werden ... Der materielle Kern dieser Propaganda war, die Isolation aufrechtzuerhalten und zu verschärfen. Die Frage der Haftbedingungen sollte ... entpolitisiert werden, eben als Sicherheitsproblem hingestellt werden. ‚RAF im Knast' bedeutet auch eine Kriminalisierung der Angehörigen und des Widerstands ..." – (i.)